

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: pro Nummer 1 Pf. monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1,10 Pf., halbjährlich 2,20 Pf., jährlich 4,40 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Pf. pro Monat. Eingetragene in die Post-Belegungsliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Pf., für das übrige Ausland 3 Pf. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die festgesetzte Kolonnenbreite über dem Raum 10 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Veramendungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Pf. (zweifach 2 festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schiffsstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 27. Juni 1912.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die russischen Flottenrüstungen und der imperialistische Kurs.

3. Die Deckungsfrage und die finanzielle Zerrüttung Russlands.

Das bemerkenswerteste Moment bei der Annahme des russischen Flottenprogramms ist die ganz unglaubliche Leichtfertigkeit, mit welcher die Regierung die finanzielle Seite der Frage behandelt hat. Derselbe Minister (Kokowzew) ist zu gleicher Zeit Ministerpräsident und Finanzminister, der noch soeben um 2 Millionen für die allgemeine Schulbildung gefleht und die Herabsetzung der Akzise auf Zucker unter Hinweis auf die Kosten des Flottenbaues kategorisch abgelehnt hatte, erklärt, die finanzielle Lage Russlands sei so günstig, daß die Flottenrüstungen aus den ordentlichen Einnahmen bestritten werden könnten. Allerdings passierte ihm hierbei das Malheur, daß die für die nächsten 10 Jahre berechneten Budgetüberschüsse von 849 Millionen Rubel von dem Kabinetts-Schätzmeister als freche Fälschung angesehen und in ein gewaltiges Defizit umgerechnet wurden. Aber der verantwortliche Leiter des russischen Finanzwesens verbarnte auf seinem kurz vorher im Reichsrat formulierten Standpunkte, wonach der russische Etat auf dem Wachstum der Bevölkerung, der Steigerung des Volksumsatzes und der Zunahme der steuerpflichtigen Verbrauchsgüter fest begründet sei. Der räuberische Charakter des russischen Staats-etats, der auf der automatisch zunehmenden Ausplünderung der Konsumenten durch direkte und indirekte Steuern aufgebaut ist und von dem arbeitenden Volke 33 Proz. seiner Reineinnahme in Form von Steuern erpreßt, berechtigt den Finanzminister allerdings zu seinem zynischen Optimismus. Je mehr „Untertanen“, desto mehr Steuerzahler; je größer der Konsum, desto höher die Staatseinnahmen! Die Rechnung stimmt nur insofern nicht, als sie den fortschreitenden Ruin der Landwirtschaft und die Verelendung des Hauptproduzenten, des Bauernstandes, übersehen, und für die Ausplünderung der Massen keine Grenzen und keine Widerstände kennt. Indessen zeigen sogar die offiziellen Publikationen, daß es auf diesem Gebiete bergab geht. Nach den kürzlichen Berechnungen Dementjews im „Finanzboten“, dem Organ des Finanzministeriums, sind die Staatseinnahmen von 1907 bis 1911 um 26 Proz., die Bevölkerungszahl jedoch nur um 10 Proz. gestiegen. Klafft das Finanzsystem des genialen Herrn Kokowzew nicht schon jetzt auseinander, so nur infolge der günstigen Ernten, die Russland 1909 und 1910 gehabt hat. Getreu dem System, wonach das arbeitende Volk sich alljährlich Hunderte von Millionen abhungern muß, um die Polizei- und Spitzelwirtschaft zu unterhalten und die Zinsen für die auswärtige Schuld zu bezahlen, hat die Regierung durch rückfällige Eintreibung der Steuerrückstände und durch Erhöhung der indirekten Steuern die Bauernschaft zu einer zunehmenden Getreideausfuhr getrieben. Im Jahre 1909 exportierte sie 16 Proz., 1910 10 Proz. und im Hungerjahr 1911 gar 21 Proz. ihrer Getreideernte nach dem Auslande. Das ist der Ursprung der „glänzenden Finanzlage“ Russlands; das — im Verein mit den auswärtigen Anleihen — ist der Quell, aus welchem die Etatsüberschüsse und der „freie Verbestand“ fließen. Die Frucht dieser wahnsinnigen Finanzpolitik, die die Brutalität des alten Strauchrittertums mit dem Raffinement der modernen Steuerpolitik vereinigt, ist der kulturelle Stillstand des Landes, die Verelendung der arbeitenden Massen, vor allem der Bauernschaft, die im verflochtenen Herbst und Winter in 20 Gouvernements allen Schrecken der Hungersnot ausgeliefert war.

Auf dieser Grundlage ist nun eine Milliarde Mark für das „kleine“ Flottenprogramm bewilligt worden, und im Hintergrunde lauern weitere Milliardenforderungen für das „große“ Programm und für die entsprechende Verstärkung der Militärkräfte auf dem Lande. Schon im nächsten Jahre wird der Etat des Militär- und Marinerefforts mehr als 900 Millionen Rubel (zirka 2 Milliarden Mark) verschlingen. Rechnet man hierzu noch die jährlichen Zinszahlungen von 400 Mill. Rubel für die ca. 9 Milliarden Rubel betragende Staatsschuld, so bekommen wir die ungeheure Summe von 1300 Millionen Rubel, die für den Militarismus und Marinismus wie für die meist für dieselben Zwecke verwendeten Anleihen dem Volke erpreßt werden soll. Mit Recht weist der bereits zitierte reaktionäre Schriftsteller Menschikow in der „Nowoje Wremja“ darauf hin, daß der gedriese freie Verbestand nichts weiter ist als das Resultat der gewaltigen Verschuldung und der ungeheuren Nichtbefriedigung der unausschiebbaren Lebensbedürfnisse des Landes. „Wir mögen — schreibt er — noch so viel Milliarden auf dem Papier bewilligen, in Wirklichkeit werden wir sie nicht aufzubringen vermögen. . . . Nach persönlich glaube nicht, daß unser Land eine solche Buchführung genügend lange aushalten kann. Die Ausschöpfungsmöglichkeit hat ihre Grenzen, und sie sind nahe.“ Noch drohender lauten die Prophezeiungen der westeuropäischen Fachschriftsteller. Dr. Paul Rohrbach schrieb schon 1908 in seinem Buche „Deutschland unter den Weltvölkern“, der russische

Staat steuere dem finanziellen Bankrott entgegen und „das um so sicherer, je mehr er Milliarden anleihen für eine so nutzlose Verwendung wie den Wiederaufbau der russischen Kriegsflotte projektiert.“ Die scheinbaren Fortschritte der russischen Finanzwirtschaft und die Bluffpolitik Kokowzew haben dieses Urteil eines Sachkundigen nicht zu erschüttern vermocht. Im Vorworte zu der 1911 erschienenen Neuauflage seines Buches schreibt Rohrbach: „Sehr ernstlich habe ich mir überlegt, ob es notwendig ist, die bisher von mir vertretene Beurteilung des russischen Staatskredits zu ändern. Schließlich ist es mir doch nicht möglich gewesen, mich davon zu überzeugen, denn durch eine Anzahl unbefriedigender Ernten würde die Finanzkrisis in kurzer Zeit wieder genau so akut gemacht werden, wie sie es nach dem japanischen Kriege schon war. Daß aber auf die guten Ernten auch wieder schlechte folgen, ist nicht nur möglich, sondern höchst wahrscheinlich.“ Nun ist zu einer sehr schlechten Ernte, deren Wirkungen noch jahrelang anhalten werden, noch das Flottenprogramm hinzugekommen, das den Nagel zum Sarge Russlands bedeutet.

4. Betrübten, Kriegsgefahren und Zusammenbruch.

Zeigt sich auf finanziellem und innerpolitischem Gebiete, daß die jetzt eingeleitete Rüstungsverstärkung das russische Reich dem Bankrott entgegenreibt, so tritt sie auf dem Gebiete der auswärtigen Politik als ein Ausfluß der Babanque-Politik der russischen Konterrevolution hervor. Das Betrübten beruht in allen kapitalistischen Staaten auf dem Bestreben der herrschenden Klassen, die endgültige Auseinandersetzung mit dem Proletariat hinauszuziehen und durch Einwürfen in das imperialistische Fahrwasser die Sterbestunde des Kapitalismus und seiner Macht aufzuhalten. Im verzweifeltsten Ringen um ihre Existenz, im Konkurrenzkampf des Kapitals um neue Anlageplätze und Absatzmärkte haben die herrschenden Klassen die kapitalistische Welt in ein waffenstarrendes Heerlager verewandelt. Aber während in den kapitalistisch hochentwickelten Ländern die ganze Macht der Bourgeoisie hinter der Armee und der Flotte steht und den imperialistischen Kurs der Regierung unterstützt, muß dieses Verhältnis in rückständigen Ländern wie Russland ein wesentlich anderes sein. Auch hier ist die Armee ein Instrument der Klassenherrschaft, in gleicher Weise benutzt von dem halbfeudalen Landadel wie von dem modernen Großkapital. Aber die wirtschaftliche und politische Rückständigkeit des Landes bedingt es, daß die bewaffneten Kräfte des Reiches sich zum Teil verselbständigen: einerseits dienen sie als wichtigster Stützpunkt des nur notdürftig verhillten absolutistischen Regierungssystems, andererseits — als Werkzeug der Prestigepolitik, die von der Regierung — eben infolge ihres absoluten Charakters — getrieben wird. Einzelne Schichten der Kapitalistenklasse begrüßen es natürlich, daß die Regierung ihnen Persien und die Mongolei zur Blindung ausliefert, sie schnappen gierig nach den Profiten, die die Flottenrüstungen ihnen versprechen, aber als Klasse steht die russische Bourgeoisie nicht hinter der Abenteuerpolitik, die die Regierung mittels einer starken Flotte zu betreiben gedenkt. Der russische Imperialismus, der nun wieder aufs Meer hinauszieht, steht auf tönernen Füßen, denn er basiert nicht auf der hohen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes.

Ministerpräsident Kokowzew hat in seiner Dumarede vom 19. Juni klipp und klar erklärt: „Würde eine Kriegsflotte nur zum Schutze der Wirtschafts- und Handelsinteressen notwendig sein, so würde ich sagen, eine Flotte sei nicht notwendig. Aber, meine Herren — fuhr er fort — die russische Flotte ist nicht für diese Zwecke erforderlich; sie ist nötig, um die Interessen Russlands zu schützen und seine Sicherheit und Würde zu wahren!“ Dieses unzweideutige Bekenntnis zur Prestigepolitik ist aber nicht das einzige Charakteristikum des russischen Regierungskurses. Zum „Schutz“ seines Territoriums und seiner Sicherheit bedarf Russland einer Hochseeflotte ebensowenig wie zur Verteidigung seines Handels und seines Kolonialbesitzes in Asien. Alles Gerede über die „Sicherung“ Petersburgs vor einer deutschen Invasion — dieses Moment wurde in der Budgetkommission und im Plenum der Duma von den Ministern unterstrichen — ist zu einseitig, als daß es irgendwie ernst genommen werden könnte. Auch als Waffe gegen Deutschland — worauf die Minister unter Berufung auf das Einverständnis mit England hinwiesen — kommt eine russische Flotte im Baltischen Meer nicht in Betracht, da ihr durch die Minierung des Belt und des Sundes der Ausgang versperrt werden kann, während ein genügender Küstenschutz als Abwehr gegen eventuelle Landungsversuche ausreicht. Das einzige Ziel, das ernstlich in Betracht kommt, ist die Stärkung der Bündnisfähigkeit Russlands gegenüber der einen oder der anderen Mächtegruppe Westeuropas und die Vermehrung der maritimen Kräfte Russlands im Schwarzen Meer und im fernen Osten. Während der Ausbau der russischen Flotte hier die Aktivierung der russischen Politik der Türkei und Japan gegenüber bedeutet, kennzeichnet er den Weststaaten gegenüber eine größere Selbstständigkeit und Regsamkeit der russischen Diplomatie.

Es ist klar, daß diese Entwicklung eine Verschärfung der Weltlage bedeutet und die Möglichkeit neuer Kriegsgefahren

vermehrte. Anzeichen dafür sind in ausreichendem Maße vorhanden. Die drohende Haltung der Türkei gegenüber der Flotte mit Italien, das Bestreben, den italienisch-türkischen Krieg zur Aufrollung der Dardanellenfrage oder zu neuem Vorderraub in Anatolien auszunutzen, die brandschürerische Tätigkeit der russischen Diplomatie und ihrer Agenten am Balkan, endlich das neue Anbahnen mit Deutschland, das bereits die Form einer Zusammenkunft Wilhelms II. und Nikolaus II. (die nach wenigen Tagen in den finnischen Schären stattfindet) angenommen hat — alles dies sind ernste Anzeichen, daß die Kriegspartei in Russland wieder am Ruder ist und daß die zarische Diplomatie, gestützt auf die neuen Rüstungen, auf neue Abenteuer ausgeht. Wie der Redner der Kadettenpartei, Professor Miloufow, bei der Flottendebatte in der Duma mit Recht unterfuchen hat, wird der aggressive Ton der russischen Diplomatie immer schärfer, während ihre Versuche, Ultimata zu diktieren, ohne die Mittel zu haben, sie zu unterstützen, immer häufiger werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Ton von nun an immer lauter und dringender werden wird. Obgleich die militärische und maritime Macht Russlands, wie der japanische Krieg gezeigt hat, nicht ernst zu nehmen ist, findet die russische Diplomatie in der Herrissenheit Europas und vor allem im Konkurrenzkampfe Englands und Deutschlands einen günstigen Boden, der ihr zu einem Einfluß verhilft, der ihrer wirklichen Macht keineswegs entspricht.

Aus der hier skizzierten Situation ergibt sich vorerst, daß infolge des aggressiven Vorgehens Russlands eine größere Spannung und häufigere Kriegsgefahren in der internationalen Politik eintreten werden. Würde Russland ein innerlich gefestigter, wirtschaftlich hochstehender, durch seine Klassenkämpfe zerrissener Staat sein, so würde der Eintritt Russlands in die europäische Politik ernste Folgen nach sich ziehen können. Wie die Dinge aber in Wirklichkeit liegen, kann die aggressive äußere Politik Russlands nur den Zusammenbruch des jetzigen Staatswesens beschleunigen. Auch im Konkurrenzkampfe der Staaten steigt letzten Endes nur der besser organisierte, kulturell und wirtschaftlich überlebende. Die auf tönernen Füßen ruhende Macht des Zarenreiches muß um so schneller zusammenbrechen, je mehr es seine finanziellen und wirtschaftlichen Kräfte für nutzlose Rüstungen verzettelt, je mehr es die Aufmerksamkeit von dem inneren zu den äußeren Angelegenheiten hinwendet; je eifriger es auswärtigen Abenteuern nachgeht. Ob seine unverantwortlichen Führer wollen oder nicht — das Ende einer solchen Politik ist der Zusammenbruch im Kriege gegen einen kleineren, schwächeren Feind, und die unaussprechliche Folge — der Sieg der Revolution über das morsche Gebäude der zarischen Despotie.

Kolonialzauber.

Die Zahl der Deutschen, die im Jahre 1911 über deutsche und fremde Häfen ihr geliebtes Vaterland verließen, betrug 22 990. Nicht inbegriffen sind darunter diejenigen, welche nach den deutschen Schutzgebieten umzogen. Das wird nicht als Auswanderung gerechnet, weil alle diese Auswanderer doch „in“ Deutschland bleiben. Wir wissen aber, daß nach den arabischen Gefilden, welche die deutschen Kolonien doch offiziell sind, 1598 Personen auswanderten. Die Zentralauskunftsstelle für Auswanderer gab allerdings 11 427mal über die deutschen Kolonien Auskunft! Im Jahre 1910 kam in den deutschen Kolonien auf 188 Quadratkilometer ein Weißer. Um dies in einem greifbaren Bilde festzuhalten, wollen wir annehmen, das Königreich Sachsen wäre in durchschnittlicher Dichtigkeit wie unsere Kolonien besiedelt — dann wohnen in ganz Sachsen 79 Weiße, dazu wäre nach der Zuwanderung von 1911 Einer hinzugekommen.

Die amtliche Einwohnerstatistik der Kolonien hat eine recht originelle Lücke! Unter den 20 074 Weißen, die es 1910 in allen deutschen Kolonien gab, sind auch sämtliche weiße Polizei- und Schutztruppen, ebenso alle Beamte mitgezählt! Allein die ersigennanten beiden Mannschaften umfassen 5065 Personen, es verbleiben ohne sie nur noch 14 109 „Zivil“weiße, von denen alle Beamten ebenfalls abzuziehen sind! Der Zuwachs von 1911, der angeblich 1598 beträgt, ist so tatsächlich ganz wesentlich geringer, weil unter dieser Ziffer alle die neu nach den Schutzgebieten abkommandierten Schutztruppen, Polizisten, Beamten usw. mit eingezählt sind!

Von den einzelnen deutschen Kolonien nimmt naturgemäß Deutsch-Südwestafrika das größte Interesse für sich in Anspruch. Die Zahl der weißen Bevölkerung betrug hier 1910 insgesamt 12 935, 1911 13 962. Unter den 12 935 Personen im Jahre 1910 sind 3009 weiße Schutztruppen und Polizeibeamte mitgerechnet, dazu kommt natürlich noch das ganze Heer der weißen Beamten, das ohne weiteres gar nicht festzustellen ist, aber erheblich mitzählt. Der Jahreszuwachs ergab für Deutsch-Südwestafrika 1027 Personen. Darunter sind fast 300 Familienangehörige, die auf Kosten der Deutschen Kolonialgesellschaft hinüberfuhren, resp. geschafft wurden. Hierzu gehören auch 99 Diensthelfer. Des weiteren kommen dazu 89 weiße Beamte, Zuwachs an Polizei und Schutztruppe. Den eigentlichen wirtschaftlichen Zuwachs stellen die Farmer dar. Das amtliche Kolonialblatt hat aber erst kürzlich festgestellt, daß 1911 nach Deutsch-Südwestafrika ein großer Farmer eingewandert ist!

Ohne die Schutztruppe, die Polizei und die Beamten, von

benen in den südwestafrikanischen Kolonialhauptplätzen die ganze Bevölkerung lebt, wäre Südwestafrika, die herrliche deutsche Eroberung, einfach tot! Dazu kommt noch, daß sich immer mehr herausstellt, daß man die Resultate der Diamantensuche überschätzt hat. Wenn es erst einmal zu einer völligen Säuberung auf dem Gebiete der Diamantengesellschaften gekommen ist, wird es in Südwestafrika noch trauriger werden.

Eisenbahnen besaß Südwestafrika Ende 1911 2126 Kilometer, davon 741 Kilometer im Bau. Die Weichen, die im Eisenbahnbetrieb und am Eisenbahnbau beschäftigt sind, gehören natürlich auch zur weißen Bevölkerung Südwestafrikas! Auf den vollspurigen Eisenbahnkilometer kommen in Deutschland zwölf Eisenbahnpersonen, diese Verhältniszahl läßt sich nicht auf Südwestafrika übertragen, nimmt man dort auch nur für jeden Kilometer eine Person an, und wird die im Bau begriffene Strecke ebenso mitgerechnet, so sind das wieder 2126 Personen, die mit der eigentlichen Produktion gar nichts zu tun haben resp. nur insofern zu tun haben, als die Kolonie wirtschaftlich lebensfähig ist.

Abgesehen von der Versorgung der amtlich tätigen weißen Bevölkerung, die im besonderen für das Militär ziemlich umfangreich ist, kommt in Südwestafrika in erster Linie die Diamantenausfuhr in Betracht; sie erbrachte 1911 insgesamt 11,4 Millionen Mark mehr als 1910. Nur 1,2 Millionen Mark der Steigerung in der Gesamtwarenausfuhr kommen auf andere Waren, darunter in erster Linie auf die Kupferausfuhr, die um eine Million Mark zugenommen hat. Die Meisenausfuhr hat sich vermindert. Die Wollausfuhr ist um ganze 50 000 M. gesunken. Die Kleinviehexporte wieder ist um 46 280 M. zurückgegangen, im Vorjahr war sie um gerade ungefähr soviel gestiegen!

An Farmbetrieben, die, wie wir weiter oben schon ausführten, gerade einen Farmer mehr bekommen haben, existierten 1141 in Privatbesitz. Sie wurden am 1. April 1911 gezählt. Davon sind 1911 116 verkauft und 58 verpachtet worden. Unbewirtschaftet waren 146 Farmen! Noch nicht bewirtschaftet 18. Die Viehziffern zeigen eine kleine Steigerung.

So steht es in der bedeutendsten deutschen Kolonie Südwestafrika aus.

Interessant ist auch, nachzuprüfen, aus welcherlei Einnahmen sich die Steuerkassen dieser Kolonie füllen. Da haben wir eine Spirituosen-, Schenk- und Handelssteuer, eine Branntweinsteuer, eine Biersteuer und eine — Hundsteuer, die zusammen 435 000 M. einbringen sollen — Statutwurf 1911 —, alle anderen Steuereinnahmen — Grundsteuer, Umsatzsteuer — bringen 346 000 M.

Alles in allem, die Regierung und ihre bürgerlichen Parteien mögen sich das nächste Mal, ehe sie Südwestafrika wieder erwähnen, genauer überlegen, es wird ihnen manche Wahrheit zu sagen sein.

Der Krieg.

Die Massendefektion türkischer Soldaten in Albanien.

Konstantinopel, 23. Juni. Nach den letzten Meldungen aus Monastir soll die Zahl der fahnenflüchtigen albanischen Soldaten zweihundert überschreiten. Der Rangälteste der desertierten Offiziere ist der albanische Hauptmann Tajar Bey. Die Defektoren, die angeblich einige Maschinengewehre in ihrem Besitz haben, sollen sich im Gebirgsgebiete bei Demitshisar, etwa dreißig Kilometer nördlich von Resna, befinden. Hauptmann Tajar Bey hat ein Schreiben an den Kommandanten von Monastir hinterlassen, in welchem er erklärt, die Bewegung sei nicht gegen das Vaterland, sondern gegen die Herrschaft des jungtürkischen Komitees gerichtet. Zwei Bataillone sind zur Beobachtung der Defektoren mit denen die Alttürken sympathisieren sollen, abgefannt. Südlich von Stutari haben am 23. Juni zwischen Regierungstruppen und Kalfikoren Zusammenstöße stattgefunden, wobei es auf beiden Seiten einige Tote und Verwundete gab.

Schwierige Lage der Türkei in Arabien.

Rom, 22. Juni. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Massaua von gestern: Die türkische Garnison der Farosinseln, die aus über 800 Mann bestand, ist von den Truppen Said Idris (des rebellischen und jedenfalls mit italienischem Gelde unterstützten Araberscheiks D. N.), die auf 11 Kriegsmäßig ausgerüsteten arabischen Segelschiffen dorthin geschickt waren, gefangen genommen worden. Die Garnison leistete nur geringen Widerstand. Auf dem Festlande haben während der letzten Wochen mehrere Zusammenstöße stattgefunden, die sämtlich günstig für Said Idris waren. Soliman Pascha, der sich eingeschlossen in Söha befindet, versuchte auszubringen, wurde aber nach kurzem Kampfe, in dem er über zweihundert Mann verlor, gezwungen, sich von neuem in der kleinen Festung einzuschließen, wo er, nur mit dem Notwendigsten an Lebensmitteln versehen, belagert wird. Auch Anusuda ist von den Truppen Said Idris belagert. Loheia und Hobeida droht die Belagerung. Die Zahl der Anhänger des Scheichs wächst mit jedem Tage. Auch einer der stärksten Stämme Iman Jahia, der Stamm Goseed, der mehrere tausend Kamele zählt, ist von Iman Jahia zu Said Idris übergegangen und befindet sich gegenwärtig in Horaba. Diese Tatsache ist sehr wichtig, weil der Abfall der Leute von Iman Jahia auch die Lage in Sana, der Hauptstadt des Jemen, schwierig macht. Ueber türkische Bewegungen gegen den Scheich liegen keine Nachrichten vor, im Gegenteil, die Nachrichten über Anläufe von Kamelen, die die Türken vornehmen sollten, werden aus guter Quelle in Abrede gestellt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Juni 1912.

Strafe dem, der sein Recht für das Volk gebraucht!

Die „Deutsche Tageszeitung“ tritt mit lebhafter Verriedigung über das Eiletempo der Anklagebehörde in der eigenartigen Anklage gegen die Genossen Vorchardt und Reinert ein. Sie hält die mit der Verfassung und dem Gesetz unvereinbare Anklage für völlig begründet. Weshalb? Die Gründe muß man zwischen den Zeilen lesen.

Wie liegt denn der Sachverhalt? Die Angeklagten sind zu Mitgliedern des preussischen Abgeordnetenhauses gewählt. Als solche haben sie das Recht und die Pflicht, an den Sitzungen des Abgeordnetenhauses teilzunehmen. Das taten sie. Ein Polizeileutnant und eine Anzahl Schulleute hat den auf Grund der Verfassung im Sitzungssaal weilenden Abgeordneten Vorchardt gewaltsam aus dem Saal entfernt, also einen Hausfriedensbruch und das im § 105 St.G.B. gekennzeichnete Verbrechen gewaltsamer Entfernung eines Abgeordneten aus dem Sitzungssaal begangen. Darauf wird Vorchardt, dessen verfassungsmäßig feststehendes Recht zum Aufenthalt im Sitzungssaal aufs gründlichste verletzt ist, wegen — Hausfriedensbruchs angeklagt. Genosse Reinert, der von der Polizei zum Regierungstisch getragene wurde, erhielt, wie überdies Vorchardt, die Anklage wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Die „Deutsche Tageszeitung“ findet das ganz in der Ordnung, weil

der Präsident des Abgeordnetenhauses die Polizei zu ihrer Handlung heranlieferte.

Wäre die Auffassung der ogranischen Zeitung richtig, so würde ein Bauer, der sich einer gewaltsamen Fortnahme seiner Kuh widersetzt, oder der Redakteur Dr. Oertel, der dem gewaltsamen Fortnehmen seiner Uhr Widerstand leistete, strafbar, wenn der Präsident die Fortnahme „angeordnet“ hätte. Einer auf diesem unsinnigen Schluß aufgebauten Anklage würde Dr. Oertel mit Recht entgegenhalten: „Ich bin nicht strafbar, weil ich von meinem Recht Gebrauch gemacht habe! Uebrigens ist es ja eine tolle Justiz, daß die Anklage gegen mich erhoben ist, bevor über meine Beschwerde wegen Nichtanklage gegen den Dieb und Anstifter zum Diebstahl entschieden ist!“ Im Fall Vorchardt und Reinert aber sollte mit einem Male anders liegen! Weshalb? Weil die beiden angeblichen Missetäter Sozialdemokraten sind und weil der Satz „Strafe dem, der das Recht eines anderen verletzt“ umgedreht wird in den Satz: „Strafe dem, der sein Recht für das Volk gebraucht“.

Uns ist es recht, daß so recht unerbötlich durch diesen Prozeß vor aller Welt gezeigt wird, daß nach dem Wunsch der Agrarier Recht und Gerechtigkeit für Arbeiter und Arbeitervertreter in das Gegenteil zu wandeln ist.

Die „Deutsche Tageszeitung“ nimmt noch Bezug auf einen uns nicht bekannten Aufsatz des Staatsrechtsprofessors von Vor. In diesem Aufsatz lege von Vor dar, daß die oberstaatsanwaltliche Ablehnungsbegründung der Anzeige gegen den Polizeileutnant und die Schulleute hinfällig sei, denn die Oberstaatsanwaltschaft, die das Recht zum Eingriff des Präsidenten und der Polizeitruppe aus der Geschäftsordnung debuziere, verwechsle die Begriffe autonom und souverän. Diese Ansicht stimmt mit der von uns wiederholt dargelegten und im Jahre 1879 im Reichstag auch von konservativer Seite geäußerten Ansicht durchaus überein. Das Abgeordnetenhause ist autonom, das heißt von Regierung, Herrenhaus und anderen Faktoren unabhängig bei Schaffung seiner Geschäftsordnung. Der Inhalt dieser Geschäftsordnung darf aber gegen kein Gesetz, insbesondere nicht gegen die Verfassung oder ein Reichsgesetz verstoßen. Das tut aber eine Aufforderung, einen Abgeordneten aus dem Saal zu entfernen oder dem Dr. Oertel seine Uhr fortzunehmen. Sie ist rechtswidrig, verletzt die Verfassung und enthält im Falle Vorchardt den Tatbestand der in §§ 106, 108 St.G.B. mit Justizhaus bedrohten Verbrechen, im Fall Dr. Oertel den Tatbestand des § 242 St.G.B. (Diebstahl). Das Recht des Präsidenten wie das eines anderen Abgeordneten, im Sitzungssaal anwesend zu sein, beruhe auf derselben Quelle, der Verfassung und der Wahl. Beide haben ein Recht auf Anwesenheit im Sitzungssaal und keiner von beiden habe ein größeres Recht, dem, der von diesem Recht Gebrauch macht, des Hausfriedensbruchs zu geizen, ist der Gipfel der Verwilderung des Rechtsgefühls.

Professor v. Vor soll weiter darlegen, eventuell könne vielleicht ein Notwehrrecht des Präsidenten in Frage kommen. Notwehr ist diejenige Verteidigung, welche erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich abzuwehren. Auf Seiten Vorchardts und Reinerts kann von einem rechtswidrigen Angriff ihrerseits gegen den Präsidenten ganz und gar keine Rede sein. Würde Beweisaufnahme über den Vorfall angeordnet werden — solche in einer Voruntersuchung vorzunehmen wäre am Platze gewesen —, so würde nochmals in aller Oeffentlichkeit klar gelegt werden, daß für die Entfernung des Genossen Vorchardt nicht die geringste Veranlassung vorlag. Hätten die Abgeordneten Vorchardt oder Reinert die Truppe, die unter Verletzung der Verfassung und des Strafgesetzbuchs den rechtswidrigen Angriff vornahm, niedergeschossen, so hätten sie in berechtigter Notwehr gehandelt.

Eine stürmische Sitzung im bayerischen Landtage.

Am Schluß der Mittwochssitzung, in der der Etat des Innern beraten wurde, kam es in der Kammer der Abgeordneten zu einem seit zwei Jahrzehnten im bayerischen Landtage nicht erlebten Zusammenstoß der Linken mit dem Präsidium. Genosse Segiß sprach über die Nichtbestätigung sozialdemokratischer Beigeordneter und Bürgermeister. Das frühere Ministerium hat von Fall zu Fall entschieden, je nach Lage der Verhältnisse. In großen Gemeinden hat es die Wahl von Sozialdemokraten bestätigt, in kleineren Gemeinden aber die Bestätigung verweigert. Von einem grundsätzlichen Ausschluß der Sozialdemokraten als Bürgermeister und Beigeordnete war jedoch keine Rede. Die früheren Minister hatten also, so schloß Segiß, jedenfalls vor der Verfassung mehr Achtung und Respekt als die jetzigen. (Sehr richtig! links.)

Vizepräsident Frank erwiderte, es sei nicht zulässig, wenn auch auf indirektem Wege, einem Minister die abschließliche Richtsichtigung der Verfassung vorzuzusetzen (Großer Widerspruch links.)

Segiß: Es kann gar kein Zweifel darüber sein, daß die Nichtbestätigung sozialdemokratischer Bürgermeister ein glatter Verfassungsbruch ist. (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Frank, der sich kaum Gehör verschaffen kann, erklärt, er rufe den Redner abermals zur Ordnung, denn sein Verhalten verstoße gegen die Ordnung des Hauses. (Entrüstungsturm links. Rufe: Schmarren! Feuerwehr! Andauernder Lärm.)

Segiß verließ nunmehr die entsprechenden Verfassungsbestimmungen. Er wiederholte, daß die Nichtbestätigung sozialdemokratischer Bürgermeister ein glatter Verfassungsbruch sei. (Anhaltender Weisfall bei den Sozialdemokraten; große Bewegung.)

Vizepräsident Frank: Ich muß nunmehr dem Redner das Wort entziehen. (Entrüstete Rufe bei den Sozialdemokraten: Unerhör! Schuhmann!) So kann man die Verhandlungen nicht weiterführen. (Rufe links: Wo ist der Leutnant!?)

Abg. v. Solimar (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Ich will in aller Ruhe dem Präsidenten beweisen, daß er im Unrecht ist. Wir sind hier als Volksvertreter und haben das Recht, Beschwerden gegen die Regierung vorzubringen, und wenn wir finden, daß die Regierung sich mit Gesetz und Verfassung in Widerspruch gesetzt hat, so müssen wir das auch sagen dürfen. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich würde den Präsidenten bitten, sich die ganze Sache nochmal zu überlegen, und er wird einsehen, wie unrecht er hat.

Vizepräsident Frank machte geltend, daß das Wort „Verfassungsbruch“ in diesem Zusammenhang sicherlich nicht etwa bloß die objektive Tatsache einer Verfassungsverletzung enthalte, sondern die subjektive Absicht der Verletzung und Mißachtung der Verfassung auszudrücken solle. (Stürmische Zwischenrufe links: In solcher Unterscheidung fehlt Ihnen ja die Intelligenz!) Im übrigen, schloß Frank, könne an das Haus appelliert werden.

Abg. Süßheim (Soz.): Es ist eine unberechtigte Zumutung des Präsidenten, vom Kollegen Segiß zu verlangen, daß er erklärt, wie er seinen Ausdruck gemeint hat. Wenn wir der Ueberzeugung sind, daß eine Maßnahme der Regierung eine Verletzung der Verfassung darstellt, so ist es unsere verdamnte Pflicht und Schuldigkeit als Volksvertreter, das auch zum Ausdruck zu bringen. Die Nichtbestätigung von Sozialdemokraten als Bürgermeister ist eine Maßnahme, die im glatten Widerspruch steht mit

den Bestimmungen und dem Geiste der Verfassung. Wir haben die Verpflichtung und das gute Recht, dies zum Ausdruck zu bringen und werden uns in diesem Recht nicht irren machen lassen, sobald ein Minister die Verfassung bricht. Ich nehme den Ausdruck des Kollegen Segiß auf und wiederhole ihn unter der vollen Zustimmung meiner ganzen Fraktion. (Stürmische Bravo links.)

Vizepräsident Frank rief nunmehr auch Süßheim zur Ordnung. (Lärm links.)

Segiß verlangte nun Abstimmung über die Berechtigung des Ordnungsrufes und der Wortentziehung.

Vizepräsident Frank: Das ist der ordnungsmäßige Weg, den auch ich für das Beste halte.

Es folgte die Abstimmung, deren Resultat vom Präsidenten für zweifelhaft erklärt wurde; aber es schien ungewiss, daß bei der schwachen Besetzung der rechten Seite des Hauses die Mehrheit hatte. Vizepräsident Frank proklamierte nun namentliche Abstimmung, um Zeit zu gewinnen und schwarze Hülfstruppen aus den umliegenden Aneipen herbeiholen lassen zu können. Das Resultat war schließlich, daß das Haus mit 54 Stimmen der Rechten gegen 42 Stimmen der Sozialdemokraten und Liberalen das Vorgehen des Präsidenten billigte, so daß dem sozialdemokratischen Redner das Wort entzogen blieb.

Die Sitzung wurde nach einigen weiteren Reden unter großer Bewegung geschlossen.

Streikjustiz.

Ein Wubensstück gemeinster Art.

Der Bergmann Joh. Böwer aus Oespel bei Dortmund wurde lange nach dem Bergarbeiterstreik, am 10. April, abends, in angetrunkenem Zustande vor der Wirtschaft Wügge körperlich mißhandelt. Die Böwer angab, mit einem durch einen scharfen Gegenstand verstärkten Gummischlauch. Böwer erhielt mehrere Schläge ins Gesicht und war 21 Tage arbeitsunfähig. Der Beschlagene wußte nicht, wer der Täter war. Sehr interessiert zeigte sich ein Bekannter Böwers, Dieser, mit Namen Otto Hafe, teilte Böwer mit, daß der Bergmann Friedr. Heine aus Oespel den Ueberfall verübt habe. Hafe soll auch die Anzeige gemacht haben. Bei der Polizei hat er mehrfach erklärt und unterschrieben bestkräftigt, daß er gesehen habe, wie Heine aus der Wirtschaft Wügge kam und den gleich danach kommenden Böwer überfallen habe. Böwer und Hafe haben während des Streiks gearbeitet, Heine hat gestreikt. Die Beschuldigung brachte ihm als Angeklagter vor die Streikammer. In der Verhandlung wollte Hafe seine polizeilichen Angaben nicht wahr haben. Er erklärte, nicht bestimmt Heine als den Täter bezeichnet zu haben, er habe es nicht angenommen. Den Vorfall wollte Hafe beobachtet haben, als er vor der Wirtschaft in einem Graben saß. Eine Erklärung dafür, warum er da seinem Kameraden nicht geholfen habe, wußte Hafe nicht zu geben. Der Wirt Wügge stellte bestimmt in Abrede, daß Heine am dem Tage überhaupt in seiner Wirtschaft gewesen sei. Heine vermochte auch leicht und rasch nachzuweisen, daß er zu der Zeit wo anders gewesen ist. Die Entlastungszeugen wurden gar nicht alle vernommen. Hafe hingegen machte sich sehr verdächtig; er bestritt zwar unter Eid, selbst der Täter zu sein, ein Wirt Uhlend bekundete jedoch, daß Böwer und Hafe vor dem Ueberfall in seiner Wirtschaft gewesen seien, dort gezehrt hätten, in einen Wortstreit geraten seien und daß Hafe dem Böwer gedroht habe, dieser werde noch seine Schläge bekommen!

Der Staatsanwalt beantragte selbst die Freisprechung. Der Verteidiger hielt den Verdacht dringend nahelegend, daß durch eine wesentlich falsche Anzeige ein Wubensstück schlimmer und gemeinster Sorte gerührt worden ist, wie ja die Streikjustiz häufiger benützt worden sei, um einer schmutzigen persönlichen Rache genügen zu können. Kein einziger Fall sei bekannt, daß Streikende nach Beendigung des Streiks schwere Körperverletzungen begangen hätten. Im vorliegenden Fall sei es um so unwahrscheinlicher, weil Böwer Tagesarbeiter sei. Hafe habe unwahre Angaben gemacht. Der Gedanke liege recht nahe, daß Hafe, der dem Böwer Prügel angedroht habe, den Mann selbst mißhandelt und dazu, um sich zu schützen, wesentlich falsch Heine beschuldigt habe. Der Staatsanwalt werde wohl sehr untersuchen, ob Hafe einen Reineid geleistet habe.

Das Gericht kam zur Freisprechung. Auch die notwendigen persönlichen Auslagen des Angeklagten, einschließlich der Kosten des Verteidigers, wurden der Staatskasse zur Last gelegt. In der Begründung wurde ausdrücklich erklärt, daß die Unschuld Heines erwiesen sei. Das Gericht ließ „dahingestellt“, ob Hafe oder ein anderer der Täter sei.

Hagenow-Grevesmühlen.

Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Mecklenburgs und der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins für den Kreis Hagenow-Grevesmühlen haben beschlossen, die sozialdemokratischen Wähler dieses Kreises aufzufordern, ihre Stimme bei der am 28. d. Mts. stattfindenden Stichwahl zwischen dem freisinnigen Kandidaten Oberlehrer Sivlovich und dem konservativen Kandidaten Paulk für Herrn Sivlovich abzugeben. Sie haben deshalb bereits am 24. d. Mts. folgenden Aufruf erlassen:

An die sozialdemokratischen Wähler des ersten mecklenburgischen Wahlkreises!

Parteiengenossen!

Nachdem der sozialdemokratische Kandidat in der Hauptwahl ausgefallen, hat nunmehr Stichwahl zwischen den bürgerlichen Kandidaten stattzufinden.

Wir fordern unsere Wähler auf, ihre Stimme dem liberalen Oberlehrer Sivlovich zu geben. Herr Sivlovich hat unsere Jamar-Stichwahlbedingungen unterschrieben anerkannt.

Der Landesvorstand.

J. A.: B. Ströger.

Der Kreisvorstand.

J. A.: D. Zurban.

Oesterreich-Ungarn.

Die Polizei gegen den Volksprotest.

Eine Massenversammlung, die am Sonntag in Mährisch-Osttau gegen die Annahme der Wehvorlage protestierte, wurde vom Polizeikommissar aufgelöst und von den Gendarmen auseinandergetrieben. Gegen den Redner, den tschechloslawischen Sozialisten Abgeordneten Prokeß wurde wegen seiner Kritik des Eingreifens des Kaisers in die Beratungen des Parlaments von der Polizei eine Anzeige wegen Majestätsbeleidigung erstattet.

Ein Protest der ungarischen Opposition.

Lissa hatte jüngst behauptet, daß die von den Sitzungen nicht ausgeschlossenen oppositionellen Abgeordneten von niemandem gehindert würden, ihr Mandat auszuüben, weshalb man „erklären“ müsse, daß sie den Beratungen des Abgeordnetenhauses „freiwillig“

fernbleiben. Als Antwort hat der leitende Ausschuss der beteiligten oppositionellen Parteien folgende Rundgebung beschlossen:

Nachdem sich der Präsident des Abgeordnetenhauses und der Ministerpräsident trotz unserer wiederholten Erklärungen darauf berufen wollen, daß die um das Abgeordnetenhaus aufgestellte bewaffnete Gewalt nur die ordnungsgemäß ausgeschlossenen Abgeordneten verhindert, das Abgeordnetenhaus zu betreten, während die übrigen oppositionellen Abgeordneten ungehindert eintreten könnten und sich daher nur aus freiem Willen der Ausübung ihrer Abgeordnetenmandate enthalten, erklären wir:

1. Wir erkennen die seit 4. Juni erfolgten Ausschließungen von Abgeordneten nicht als hausordnungsgemäß an, denn seit dem genannten Tage hat im Parlament die Gültigkeit der Hausordnung aufgehört und an ihre Stelle wurde die Laune der Willkür gesetzt;

2. ist nicht der Umstand entscheidend, ob einzelne Abgeordnete in das Parlament eingelassen werden, sondern die Tatsache, daß das Parlament umringt von der bewaffneten Gewalt tagt, welche allen Mitgliedern des Reichstages nur einen schmalen Weg läßt und auf allen anderen Zugängen die Abgeordneten ausnahmslos zurückweist, daß ferner Polizeibeamte die Auswahl unter den Abgeordneten treffen und sie in Einzulaufende und Nichtzulassende klassifizieren.

Unter solchen Umständen ist das Abgeordnetenhaus überhaupt nicht imstande, zu verhandeln und jeder Abgeordnete, der das Haus auf Grund einer polizeilichen Erlaubnis betritt, erkennt mit diesem Schritt schon die Verletzung der Herrschaft der Rechtsordnung an und ist ein Teilnehmer der Verletzung des freien Weges der Abgeordneten und jenes Systems der Willkür, das seit dem 4. Juni die Herrschaft der Rechtsordnung im Abgeordnetenhaus abgelöst hat.

Der ungarische Justizminister rüffelt die Advokatenkammern.

Die Advokatenkammer in Pünksirchen war die erste, die in einer außerordentlichen Generalversammlung gegen die parlamentarischen Gewalttaten protestierte und ihre Schwesterkammern zur gleichen Stellungnahme aufgefordert hat. Dieser Aufforderung ist, wie bereits gemeldet, die Budapest Advokatenkammer schon nachgekommen und andere folgen. Jetzt erhielt die Advokatenkammer in Pünksirchen eine Verordnung des Justizministers, wodurch ihr Beschluß mit der Begründung annulliert wird, daß sich die Kammer nicht mit Politik beschäftigen dürfe und daher zur Einbringung eines politischen Beschlusses nicht berechtigt sei!

Ungarn.

Das Wüten der Reaktion.

Aus Budapest wird berichtet: Unser Budapest Partei-Blatt, die „Népszava“, wurde am Mittwoch wieder konfisziert, angeblich wegen Majestätsbeleidigung und Mähachtung der Verfassung. Der Bürgermeister der Hauptstadt hat der Zeitung das Kolportage-Recht entzogen. Die Partei ließ sofort riesige Plakate machen und, da in Budapest das alleinige Recht zum Plakatieren die Stadtverwaltung besitzt, die Plakate den Beamten der betreffenden Abteilung zur Plakatierung übergeben. Diese Behörde schickte aber die Plakate zurück, angeblich, weil auf den Plakatsäulen kein Platz dazu sei. Unsere Genossen gaben sich damit nicht zufrieden und verlangten, daß die Plakate am Donnerstag oder Freitag angeheftet würden; jedoch die Herren vertagerten das Anheften der Plakate. Laut einer Verordnung des Handelsministers als Chef der ungarischen Staatsbahnen wurde unser Parteiorgan auch von sämtlichen Bahnhöfen des Landes ausgeschlossen, d. h. das Blatt darf auf den Bahnhöfen nicht mehr an Reisende verkauft werden.

Laut Erlass des Landesverteidigungsministers werden vorläufig 3000 Soldaten dem Polizeidienst im Lande zugeteilt. Ein weiteres Regiment Infanterie soll nach Budapest dirigiert werden, angeblich, um die Unruher zu erzeigen, in Wirklichkeit aber, um das Volk im Zaum zu halten.

Marokko.

Die Beruhigungsarbeit in der Region von Fez.

Paris, 26. Juni. Aus Fez wird von gestern gemeldet: General Dalbiez hatte am 23. d. M. ein sehr lebhaftes Gefecht bei Niba mit den Beni Mric und den Sidrako, die zurückgeworfen wurden. Auf Seiten der Franzosen wurden drei eingeborene Soldaten getötet und 13 Mann verwundet. Wahrscheinlich wird General Gouraud in den ersten Julitagen in Fez eintreffen. Einige feindliche Abteilungen haben ihre Unterwerfung angeboten.

Amerika.

Die Kauferei um die demokratische Kandidatur.

Baltimore, 25. Juni. Bryan hat im Kampfe um die Kontrolle des demokratischen Nationalkongresses seine erste Niederlage erlitten. Der Kongress wählte den früheren Richter Parker mit 579 Stimmen zum zeitweiligen Vorsitzenden, während Bryan, der selbst für das Amt des Vorsitzenden kandidierte, 508 Stimmen erhielt. Vor der Abstimmung herrschte die wildeste Unruhe. Bryan erklärte, dieselben räuberischen Interessen, die den Chicagoer Kongress zu einer Parze gestaltet hätten, seien jetzt auch hier tätig. Der Delegierte von Texas, Johnson, sagte, es handle sich um einen Kampf zwischen Bryan auf der einen, Wallstreet auf der anderen Seite. Infolge der großen Unruhe und der Ermüdung der Delegierten sowie der Zuschauer wurde der Kongress bis zum Abend vertagt.

Baltimore, 26. Juni. (M. T. B.) Bryan hat den Vorschlag im Resolutionskomitee, der ihm auf Anregung Parkers angeboten wurde, abgelehnt.

China.

Die Soldatenmeuterei in Mukden.

Mukden, 25. Juni. In der Stadt ist Ruhe noch nicht wieder hergestellt. In der nördlichen Vorstadt sind die Handelsgeschäfte geschlossen. Das an den Unruhen beteiligte 3. Regiment ist entwaffnet worden. Die Verhaftungen werden fortgesetzt und die Meuterei hingerichtet. Die Konsulate der fremden Regierungen werden durch Truppen bewacht. Aus Hsin-min-tun sind 1500 Mann Verstärkung angekommen.

Aus der Partei.

Sonderbare Sozialdemokraten.

Unter dieser Epithete schreibt die Chemnitzer „Volkstimme“ folgendes:

Nebe Charakterstärke könnte einigen Stadtverordneten in Stollberg, die auch Sozialdemokraten sein wollen, nichts schaden. Der Bürgermeister veranstaltete am Dienstag ein Festessen, zu dem alle Stadtverordneten, auch die Sozialdemokraten, mit Ausnahme von dreien, erschienen waren. Wie es diese Leute mit ihrer Parteischere vereinbaren können, dem Manne ihre Aufmerksamkeit zu machen und sich von ihm abfüttern zu lassen, der ihre eigene Partei und deren Zeitung beschimpft, werden die Parteigenossen schwer begreifen. Oder glauben diese Genossen, sich ein Anrecht dadurch erworben zu haben, daß sie dem Bürgermeister zur Silberhochzeit ein Geschenk machten? Ist es überhaupt angebracht, für den Bürgermeister Geld zu sam-

meln zu Geschenken? Und ausgerechnet ein Sozialdemokrat besorgt das.

Wir sind wahrhaftig die Lechten, die einen Höflichkeitsakt ablehnen oder seine Erfüllung den Parteigenossen verweigern oder die glauben, daß der Verkehr mit Andersgesinnten abföhrt. Aber was hier geschehen ist, ist eine Verhöhnung der gesamten Partei. Die bürgerlichen Mächte sind hier seit Jahren bemüht, das Gemeindegewaltrecht zu ändern und sonstige Verschlechterungen durchzuführen, und ein Teil unserer Genossen teiltelmecht mit ihnen. Das ist wohl das Stärkste, was der Partei geboten werden kann. Was dem Bürgerium auf geradem Wege bisher nicht gelungen ist, Uneinigkeit in unsere Reihen zu tragen, versucht es jetzt hinterhältig, und ein Teil unserer Genossen läßt sich dazu berufen.

Sehr treffend antwortet darauf unser Jützkauer Parteiorgan: Ein tief beschämender Vorgang allerdings. Aber gesagt muß werden, daß man in Stollberg nur die praktische Anwendung jener Politik gezogen hat, die in der Teilnahme an Königswahlen, Präsidentenwahlen mit byzantinischen Weigaben und sonstigen monarchisch angehauchten Eruptionen nur einen unumgänglichen Höflichkeitsakt erblickt, der in zivilisierten Ländern angeblich unumgänglich ist und die monarchischen Seelenregungen unzugänglicher Sozialdemokraten durchaus nicht beeinflusst.

Die Anerkennung der tschechischen Sozialdemokratie.

Bekanntlich ist aus den wegen ihrer Treue zur Internationalen von der tschechoslowakischen Separatistenpartei ausgeschlossenen die tschechische Sozialdemokratie entstanden, die von den Parteitag der deutschen, polnischen, südslawischen und ukrainischen (ruthenischen) Sozialdemokratie in Oesterreich anerkannt wurde. Nun ist diese Anerkennung auch durch die Aufnahme der neuen Partei in die aus allen Nationen zusammengesetzte Gesamtexekutive der Sozialdemokratie Oesterreichs zur Tat geworden. Da die Eingliederung der tschechischen Sozialdemokratie auf der Tagesordnung der Sitzung der Gesamtexekutive stand, lehnte die tschechoslowakische Sozialdemokratie die Beteiligung an der Sitzung ab, die sich im übrigen mit der Vorbereitung des 1913 in Wien stattfindenden Internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongresses beschäftigte.

Zur Aenderung des Organisationsstatutes.

In ihrer Dienstagnummer nimmt die „Mülhauser Volkszeitung“, unser ober-sächsisches Parteiblatt, Stellung zum Entwurf des neuen Organisationsstatutes der Gesamtpartei. Der Artikel stimmt der Erhöhung des Parteibeitrages und der Schaffung des Parteiausschusses zu, wendet sich aber gegen die Delegation nur eines Teiles der Reichstagsfraktion zu den Parteitag. Es heißt darüber:

„Es ist nicht zu leugnen, daß in manchen Kreisen Fälle zu verzeichnen sind, wo die Auffassungen der parteigenössischen Abgeordneten in sehr wichtigen Fragen nicht übereinstimmen mit dem Standpunkte der Genossen des Kreises. Das ist sicher kein idealer Zustand. Auch wir sind der Meinung, daß in allen wichtigen und grundsätzlichen Parteifragen in der Meinung des zum Abgeordneten gewählten Genossen sich der Standpunkt der Mehrheit der Genossen des Kreises widerspiegeln soll, die ihn zu ihrem Vertreter bestimmt haben. Es ist aber zu beachten, daß solche Standpunktsdifferenzen vielfach mit dem Einflusse der parlamentarischen Tätigkeit nichts zu tun haben.

Es handelt sich hier aber auch um Ausnahmen. Als Regel darf wohl gelten, daß — steht man von einzelnen tatsächlichen Fragen von weniger großer Bedeutung ab — die Mitglieder der Fraktion mit den grundsätzlichen und tatsächlichen Anschauungen der Genossen ihres Kreises übereinstimmen. Demgemäß bleiben auch die Gegenstände in den Anschauungen, die sich manchmal auf den Parteitag zwischen den Delegierten eines Kreises und seinem parlamentarischen Vertreter herausbilden, Einzelerscheinungen. Der gesunde Masseninstinkt, der stets den Gradmesser für die ökonomische Entwicklung und die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe bildet, schützt die Partei auch nach dieser Richtung vor einer Ueberwucherung dieser oder jener Extravaganzen einzelner Genossen, die ihr nicht dienlich sind.

Wir sind daher der Meinung, daß keine Gründe stichhaltiger Natur für eine Beschränkung der gegenwärtigen Rechte der Mitglieder der Fraktion auf den Parteitag sprechen. Dagegen besteht der Vorschlag der Kommission, da Gegenstände in den Anschauungen innerhalb der Fraktion nicht zu leugnen sind, u. E. sehr wohl weitere Reibungsflächen, die zu vergrößern wir keinen Grund haben. Andererseits halten wir es nicht für richtig, daß die Mitglieder der Fraktion, über deren Tätigkeit der Parteitag befindet, nicht das Recht haben sollen, ohne Beschränkung auf dem Parteitag vertreten zu sein. Der Parteitag hat das Recht und die Pflicht, jedes Mitglied der Fraktion wegen seiner Tätigkeit zur Verantwortung zu ziehen, wenn dies notwendig ist. Daraus muß aber auch das Recht und die Notwendigkeit einer unbeschränkten Vertretung der Mitglieder der Fraktion hergeleitet werden. Man lasse es daher bei dem gegenwärtigen Zustande, der für die Mitglieder der Fraktion das Stimmrecht auf den Parteitag in parlamentarischen Fragen ausschließt.

Zum Schluß wird in dem Artikel betont, daß auch nach Schaffung des Parteiausschusses die Bezirkssekretär- und Redakteurkonferenzen beibehalten werden, ja, es sei zu wünschen, daß speziell den Redakteurkonferenzen vom Parteivorstande künftig noch mehr Beachtung geschenkt werde.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Was die Polizei nicht sieht.

Ein Beispiel dafür, was die Polizei sieht und was sie nicht sieht, wurde vor der Strafkammer in Bochum in einem gegen zwei Parteigenossen wegen Uebertretung des Preßgesetzes anhängig gemachten Verfahren geliefert. Die beiden sollten am Tage der Reichstagswahl ein Plakat mit der Aufschrift: Nieber mit dem Bedenkandidaten! Hoch! Otto Hucl zur Schau gestellt haben. Das Schöffengericht und die Strafkammer hielten eine Uebertretung für erwiesen und erkannten auf 5 M. Geldstrafe. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß am Amtshause ein riesengroßes Plakat der Bedenkpartei aufgestellt war. Bestrafung ist aber nicht erfolgt.

Jugendbewegung.

Der Tag der schwäbischen Arbeiterjugend.

Der Jugendausschuß der freien Jugendorganisationen Württembergs hatte die verschiedenen Ortsgruppen auf den vergangenen Sonntag zu einer Zusammenkunft auf dem Hohenstaufen bei Göttingen eingeladen. Durch das schöne Wetter günstig beeinflusst gestaltete sich die Veranstaltung zu einer herrlichen Rundgebung der württembergischen Proletarierjugend. Von allen Seiten kamen um die Mittagstunde die einzelnen Ortsvereine zu dem sagenberühmten Schwabenberg heraufmarschier, der einst das Stammvolk der Hohenstaufen trug und auf dem 1628 freibeisidurftige Dauern den stolzen Bau erkürmten und den Plannen übergaben. Die Zahl der Teilnehmer und Teilnehmerinnen an der Zusammenkunft betrug nahezu 1000. Oben auf dem grünen Rasen des weiten Gipfels hatte sich bald ein lebhaftes Treiben entwickelt. Tee und alkoholfreie Getränke wurden abgegeben und die Wanderlöcher und Wanderlöcher der einzelnen Ortsgruppen verlornten die ihren mit schmackhaften Speisen. Genosse Stadtrat Schwab - Stuttgart begrüßte die Erscheinenden im Namen des württembergischen freien Jugendausschusses und Genosse Otto Krille, der erst seit einigen Tagen wieder im Lande weilte, hielt eine feurige Festrede. Sein Appell an die württembergische Arbeiterjugend fand in den Herzen der Jugendgenossen und Jugendgenossinnen begeisterten Widerhall. Den Beschluß dieser so schön verlaufenen Rundgebung des schwäbischen

Jugendproletariats machte ein glänzender Demonstrationsszug der Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Ueber 800 ordneten sich auf den Ruf in die Reihen, wobei die zahlreichen Jugendgenossinnen eine besondere Gruppe im Zug bildeten. Vor jeder Ortsgruppe marschierte ein Bannerträger mit einer roten Fahne und eine Anzahl jugendlicher Pfeifer und Trommler. Es war ein freudiger und erhebender Anblick, wie dieser Demonstrationsszug der schwäbischen Arbeiterjugend die anderthalb Stunden lange Straße durch den Wald vom Dorf Hohenstaufen bis nach Göttingen marschierte. Die letztgenannte Stadt prangte anlässlich des württembergischen Eisenbahntages, der an diesem Tage in ihren Mauern stattfand, in buntem Flaggen- und Girlandenschmuck. Um so mehr Aufsehen erregte die große Demonstration der württembergischen Jugendorganisationen.

Zweckverband der kassenärztlichen Gruppen Berlins.

Am Dienstagabend tagte eine ärztliche Versammlung von Vertretern aller kassenärztlichen Gruppen im Langenbeckhause. Wie der Referent in seinem einleitenden Referate ausführte, sei der Zweck der Tagung die Gründung eines Zweckverbandes aller kassenärztlichen Gruppen Berlins. Dieser Verband resp. dessen Ausschuss solle mit der Zentralkommission oder einer anderen von den Kassen zu bestellenden Zentralvertragsinstanz in Verbindung treten, um einen Normalvertrag für Berlin auszuhandeln und ihn den verschiedenen Ärztsystemen anzupassen. Diese Kommission solle ein Ersah für den § 441 des ersten Entwurfes zur Reichsversicherungsordnung bieten, der bestimmte, daß „zur näheren Regelung des Verhältnisses zwischen den Kassen und den Ärzten, insbesondere zur Einigung über die zukünftige Arztordnung die Beteiligten Einigungskommissionen bilden können“. Dieser Paragraph sei, wie der Referent ausführte, weder von den Kassen, noch von den ärztlichen Organisationen bekämpft worden, und führte der Referent weiter aus, wenn jetzt die Ärzte seinen Inhalt, auch ohne daß er Gesetzeskraft erlangt hat, in die Tat umzusetzen bestrebt sind, so dokumentieren sie mit dieser Absicht sicherlich alles andere eher, als den Wunsch zu einem rückwärtslofen Kampf gegen die Krankenkassen. Der Referent spricht die Hoffnung aus, daß die Krankenkassen sich dem einmütigen Verlangen der Berliner Ärzteschaft, in gemeinschaftlichen Verhandlungen zu einem für beide ehrenvollen friedlichen Uebereinkommen zu gelangen, nicht widersehen würden. Der Referent schloß mit den Worten: Mit meinen Vorschlägen will ich, wie ich nochmals betonen möchte, Sie nicht etwa zum Kampf gegen die Krankenkassen auffordern, wohl aber fordere ich, daß die Berliner Ärzteschaft auf dem Boden absoluter Parität der Ärztsysteme den Krankenkassen, insbesondere der Zentralkommission, eine gleichwertige Organisation gegenüberstellt.

Nach einer Diskussion, in der sich sämtliche Redner für die Gründung des Zweckverbandes aussprachen, wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Versammlung erklärt sich mit der Bildung des Kassenärzte-Ausschusses einverstanden.
2. Grundlage der Bildung ist die Parität der Kassenärztsysteme. Es wird hier folgende Definition angenommen: „Der Ausschuss des zu gründenden Zweckverbandes hat die Aufgabe, die Verträge jeder Arztgruppe ohne Rücksicht auf das von ihr vertretene kassenärztliche Prinzip nach Möglichkeit zu fördern. Demnach soll der Ausschuss nicht das Recht haben, über das kassenärztliche System zu befinden.“
3. Der Ausschuss soll einen Berliner Normalvertrag ausarbeiten. Der Ausschuss soll auch die Aufgabe haben, eine Vereinbarung mit der Zentralkommission oder einer eventuell neu gebildeten Kassenorganisation über den Normalvertrag anzustreben. Den Abschluß der Verträge sollen aber die einzelnen kassenärztlichen Organisationen übernehmen. Die Vertragskommission der Kassenkammer prüft, ob die Einzelverträge dem Normalvertrag in den Grundlagen entsprechen.
4. Der Ausschuss soll zunächst aus 15 Mitgliedern bestehen; je drei entsendet der Verein der freigeübten Kassenärzte, der Verein Berliner Kassenärzte und der Verein der Berliner Gewerksärzte. Die übrigen sechs werden von den anderen kassenärztlichen Vereinigungen delegiert, und zwar je zwei von Gruppen mit dem System der freien Arztwahl, der beschränkten freien Arztwahl und des fixierten Kassenärztsystems.
5. Die bei den Tarifkassen des Leipziger Verbandes tätige Gruppe gehört, da jeder dem Leipziger Verband beitreten kann, zum System der freien Arztwahl.

Die Versammlung nahm sofort die Nominierung von 15 Ausschussmitgliedern vor.

Der Wortlaut der Beschlüsse und die Ausführungen des Referenten können eine Basis zur Befestigung des den Kassen, den Kassen und den Kassenmitgliedern gleich schädlichen fortwährenden Kampfes bilden. Freilich darf bei den Verhandlungen auch nicht außer acht gelassen werden, daß das Selbstverwaltungsrecht der Kassen ungeschmälert bleiben muß, und daß den Kassen durch den Pfang zu ärztlicher Hilfeleistung aus Kassenmitteln statt aus Staats- oder Gemeindegeldern eine außerordentlich schwere Last auferlegt ist, die sie oft hindert, statutarische Erweiterungen der Rechte der Kassenmitglieder und der Pflichten der Kasse durchzuführen. In diesem Zustand ist der Gesetzgeber schuld, der die soziale Pflicht, für erkrankte Arbeiter zu sorgen, von den Schultern des Staats, der Gemeinden und der Wohlhabenden auf die breiteren Schultern der Arbeiter abgewälzt hat. Der Leipziger Ärzteverband hat, auf dem Behandlungsprivileg der Ärzte poehend, die aus der Pfanglage der Kassen erwachsenden Nachteile in einseitiger Weise zuungunsten der Arbeiterklasse auszubuten gesucht. Statt Hand in Hand mit den Kassen für eine organische Aenderung des Kassenarztsystems, durch Einführung eines Behandlungszwangs als Korrelat der Behandlungsverpflichtung einzutreten, hat er die Beförden und gefehenden Faktoren gegen die Kassenverwaltungen und gegen die Arbeiterklasse gerichtet. Die Ausnutzung der Zwangslage der Kassen, die ihnen das Gesetz schafft, und des Hasses der Kulturfeinde gegen die Arbeiterklasse durch den Ärzteverband, Dr. Mugdan und Genossen, ist um so verurteilenswerter, als die Leipziger Bewegung sich hütet, ihre Forderung freier Arztwahl den reichen Berufsgenossenschaften gegenüber aufzustellen. All das hat allen Schritten ärztlicher Organisationen gegenüber das lebhafteste Mißtrauen der Arbeiter bewirkt.

Es läßt sich aber anerkennen, daß der Wortlaut der am Dienstag gefaßten Beschlüsse, wenngleich auch sie vor einer Regelung mit den mächtigen Berufsgenossenschaften zurückzucken, die einseitig vom Leipziger Verband beschrittenen Bahnen nicht wandelt. Nach dem Wortlaut der Beschlüsse und den Ausführungen in der Versammlung liegt den Berliner Ärzten jede aggressive Tendenz der Gründung durchaus fern, zumal die Streitpunkte über das Ärztsystem völlig ausgeglichen sind. Da der Verband absolute Parität aller Ärztsysteme (freie Arztwahl, fixiertes System, beschränkte Arztwahl usw.) beschlossen hat, so kann wenigstens in Berlin von einer Okkupation der freien Arztwahl durch die Ärzte keine Rede mehr sein; auch scheint bei dieser Gründung der Leipziger Verband nicht einseitig befristigt zu sein: Verbändler ebenso wie Nichtverbändler sind in ihm gleichmäßig vertreten. Demnach bieten die Beschlüsse eine Grundlage für eine Verhandlung mit den Kassen.

Gewerkchaftliches.

Keine Existenzberechtigung.

Aus Anlaß des Gewerkschaftskonfliktes im Christenlager haben die M.-Glabbacher in der Höhe des Gefechtes selbst die Existenzberechtigung der christlichen Gewerkschaften verneint. Das ist jedenfalls das Erbaulichste unter den vielen Erbaulichkeiten, mit denen die unchristliche Auseinandersetzung bei den Christen die Welt bereichert. Bei der Suche nach Gründen für das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter in bezug auf ihre wirtschaftliche Organisation stehen die M.-Glabbacher auf die einheitlichen Vereinbarungen der Bauern, Metzger, Rechtsanwälte usw., und vor allem die der Unternehmer. Wathetisch riefen sie aus: Will man den Arbeitern verwehren, was allen anderen Berufsklassen erlaubt ist?

In der böhmischen Zentrums-Presse, in den christlichen Gewerkschaftsblättern, auch in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ des Herrn Giesberts, ist dieses Argument gegen katholische Gewerkschaften vielfach variiert worden. Selbst der Vorstand des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften sah in der Konstatierung der Einheitslichkeit der Unternehmerorganisation die stärkste Waffe gegen die Forderung der Konfessionalität. In seiner Proklamation zum Gewerkschaftsstreik heißt es:

„In den Arbeitgeberverbänden jeder Industrie und in jedem Teile Deutschlands wirken evangelische, katholische und andersgläubige Arbeitgeber einheitslich zusammen. Mit diesen nicht weniger als konfessionellen Arbeitgeberverbänden müssen die Gewerkschaften ihre Arbeitsverträge abschließen. Bei solcher Sachlage ist ein einheitliches gewerkschaftliches Zusammenarbeiten aller Arbeiter unvermeidlich.“

Die Logik ist zwingend. Dagegen läßt sich gar nichts einwenden. Allerdings, die M.-Glabbacher vergemäligten die Logik, indem sie in die auspunktete Stelle des Zitats das Epitheton „christlich-national“ einschmuggelten. Wo steht das bei den Unternehmern? Nirgends! Warum müssen die Arbeiter in christliche und nichtchristliche Organisationen gespalten und dadurch geschwächt werden, wenn, wie die Christen selbst konstatieren, für die Unternehmer solche Trennung nicht existiert und nicht verlangt wird? Weistehen etwa grundsätzliche Verschiedenheiten in den wirtschaftlichen und sozialen Forderungen oder in der Wahl der zu ihrer Durchsetzung erwählten Mittel? Nein! Solche Gegensätze sind nicht vorhanden!

Die freien Gewerkschaften fordern Arbeiterschutz, vernünftige Arbeitszeit mit dem Ziel des Achtstundentages, mögliche Abschaffung der Ueberzeitarbeit, Sonntagsruhe, auskömmliche Löhne, Ausbau der sozialen Versicherung! Diese Forderungen sind ziemlich identisch mit denen von Bischof Rettler erhoben, die das soziale Programm der christlichen Gewerkschaften bilden.

Die gleichen Ziele haben auch die gleichen Kampfmittel und -methoden zur Voraussetzung. Beeinflussung der Gesetzgebung, Kritik von Mißständen, Verhandlungen mit den Unternehmern, Abschluß von Tarifen usw., das sind die Mittel, mit denen die freien Gewerkschaften auf eine Befriedung der Arbeitsverhältnisse einzuwirken versuchen. Nur wenn alle friedlichen Mittel verfallen, ein direkter Kampf unvermeidlich geworden ist, greifen sie zur Waffe des Streiks. Und diese Taktik reklamieren auch die christlichen Gewerkschaften als die einzig richtige und mögliche für sich. Damit gerade stellen sie sich ja in einen Gegensatz zu den Facharbeitern.

Unterschiede zwischen den christlichen und freien Gewerkschaften in der Kampfmethodik sind jedoch höchstens solche der Taktik, des Grades, nicht aber grundsätzlicher Natur. Für die Zerspaltung der Arbeiter gibt es demnach gar keine stichhaltige Begründung. Das um so weniger, als die einheitlich organisierten Unternehmer den Forderungen der christlichen Gewerkschaften genau denselben Widerstand entgegenzusetzen, als wie denen der freien Gewerkschaften.

Weil man keinen sachlichen Grund für die Spaltung und Schwächung der Arbeiter angeben kann, man auf diese aber nicht verzichten will, muß der Einwand einer verschiedenen Weltanschauung als Argument herhalten. Wieso rechtfertigt aber eine unterschiedliche Weltanschauung die Zerspaltung der Arbeiter bei Wahrnehmung ihrer Interessen, wenn die gleiche Forderung erhoben, nach der gleichen Methode gekämpft wird? Wenn trotz der gleichen Interessen, Forderungen und Kampfmethoden die Weltanschauung eine Trennung in christliche und unchristliche Lager bedingt, warum nur bei den Arbeitern, nicht auch bei den Unternehmern? Sind unter diesen etwa keine Nichtchristen, keine Atheisten?

Hier verlag die Rabulistik der christlichen Gewerkschaftsdemagogen. Hier wird ihre Zwielspaltigkeit offenbar, hier enthüllt sich als Vorwand, was man als Grund der Zerspaltung der Arbeiter ausdient. Man befürchtet, eine einheitliche freie Gewerkschaftsbewegung könnte die bisher irreführenden Arbeiter von der Anhängerschaft des arbeitereindlichen, die Religion für reaktionäre Parteizwecke und kapitalistische Interessen mißbrauchenden Zentrums befreien. Um das zu verhindern, darum der Lug und Trug gegen die Arbeiter. Daß man sie absichtlich beschwindelt, sich der Zwielspaltigkeit bewußt ist, die darin liegt, daß Arbeitern verboten wird, was als unbeschränktes Recht der Unternehmer kein Glaubensritter anzutasten wagt, dafür liefert die letzte Nummer der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ — Nr. 25 — einen netten Beleg. Das Blatt kommt wieder auf die Einheitslichkeit der Organisation anderer Berufsklassen zu sprechen — aber es unterschlägt dabei die Unternehmerverbände, die eigentlichen Gegner der Gewerkschaften! Das ist sehr bezeichnend. Doch hören wir die „Westdeutsche“.

„Daß die für unsere Verhältnisse notwendigen interkonfessionellen Arbeitergewerkschaften nicht anders behandelt werden können als die Bauernvereine und Handwerkerorganisationen, versteht sich unseres Erachtens nachgerade von selbst.“

Nest sollen auf einmal nur Bauernvereine und Handwerkerorganisationen zum Vergleich herangezogen werden, die wirtschaftlichen Verbände der Unternehmer nicht! Operiert man mit den Unternehmerverbänden, dann ist den Argumenten der Christen jede Grundlage entzogen, dann müssen sie selbst ihre Existenzberechtigung verneinen!

Taber der plumpe Versuch, die Unternehmerverbände aus der Debatte auszuschalten. Man merkt die Absicht. — Sie muß auch die bisher gutgläubigen Arbeiter stutzig machen und auf den Weg zur freien, einheitlichen Organisation verweisen. Wohl oder übel: der Konflikt im Christenlager wird manchem Arbeiter die Augen öffnen.

Berlin und Umgegend.

Zum Fleischerboikott in Neukölln ist mitzuteilen, daß der Fleischermeister W. Pasewaldt, Verstr. 60, den Tarifvertrag anerkannt hat. Der Fleischermeister W. Witte, Kaiser Friedrichstraße 89, weigert sich noch immer den Tarif anzuerkennen. Doch der Verbandsleitung und einer Anzahl Kunden gegebene Versprechen.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin, Inseratenteil verantw.:

den Tarif bis Dienstag zu unterschreiben, hat Herr Witte bis jetzt noch nicht eingelöst.

Bezugnehmend auf die Notiz in Nr. 143 des „Vorwärts“ teilen wir mit, daß nicht in der Gastwirtschaft Lieberts Raab, Kottbuser Damm 22, Fleischwaren aus Geschäften verkauft sind, deren Inhaber nicht bewilligt haben, sondern in der im selben Hause befindlichen Gastwirtschaft von Scharstein. In der Gastwirtschaft von Lieberts Raab, werden überhaupt keine Fleisch- und Wurstwaren verkauft. Es sei jedoch noch bemerkt, daß Herr Scharstein keine Fleischwaren jetzt ebenfalls nicht mehr aus unter Tarifbedingungen arbeitenden Geschäften kauft.

Zentralverband der Fleischer.

Deutsches Reich.

Erfolgreich beendete Malerbewegung.

Nach 21 tägiger Dauer ist auf der Schiffswerft J. C. Tecklenburg u. Co. A.-G. in Seestemünde der Streik der Maler mit vollem Erfolg beendet worden. Die guten Organisationsverhältnisse haben nicht zum wenigsten dazu beigetragen, daß trotz der Ausbreitungsarbeit der Vorleute und Meister der Streik mit dem Sieg der Arbeiter endete. Während des Streiks fand auch ein Stapelauflauf statt. Während nun sonst an solchen Tagen Schiff und Werk im Festkleide prangten, wurde diesmal der neue Dampfer ohne jeden Anstrich zu Wasser gelassen, dah er ausfah wie ein Wrack und nicht wie ein vollständig neues Schiff.

In den bestreikten Steinzeugwerken Friedrichsfeld in Baden gibt die Direktion alle Mühe, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen und Arbeitswillige heranzuziehen. In allen Lohnblättern der dortigen Gegend werden die „guten“ Löhne der Arbeiter sowie die Einrichtungen der Betriebe vorgeritten, was sich allerdings mit der Tatsache, daß allein im Jahre 1908 577 Arbeiter aus dem Betriebe ausgeschieden sind, sehr schlecht vereinbaren läßt. In einem umfangreichen Flugblatt führen denn auch die streikenden Arbeiter die literarischen Äußerungen der Direktion der Steinzeugwerke auf ihren wahren Wert zurück. Am 24. Juni ist der erste größere Streikbrechertransport in Stärke von circa 60 Mann von Hamburg aus in Friedrichsfeld eingetroffen. Jedemfalls sind die Ausbreiter Dintjergardisten. Von fünf Gewerkschaften und zwei Agenten wurden diese nützlichen Elemente in die Betriebe geleitet. Mehr als 100 Streikende und Frauen gaben ihnen dabei das Ehrengeleit. Aus Heidelberg zugereiste Arbeiter verließen zum größten Teil Friedrichsfeld wieder, nachdem sie in Erfahrung gebracht hatten, zu welchen Zwecken sie mißbraucht werden sollten. Die Direktion verspricht jedem Arbeitswilligen, der einen Monat ausfällt, 20 M. Extragrattifikation.

Die bisher importierten Arbeitswilligen können in der Praxis der Firma nicht viel helfen. Das Übergewicht in diesem Kampfe liegt vor allem bei den gelehrten Arbeitern, den Tüpfelern, und für diese dürfte schwerlich auch nur einigermaßen vollwertiger Ersatz beschaffen sein. Die streikenden Arbeiter der Friedrichsfelder Steinzeugwerke in ihrem schweren Kampfe tatkräftig zu unterstützen durch Fernhalten des Zuguges von Tüpfelern, Steinzeug-, Möbren- und Hilfsarbeitern von den Friedrichsfelder Steinzeugwerken!

Ausland.

Böhmen Eisenbahner und der Separatismus.

Durch besondere Vereinbarungen war die Eisenbahnerorganisation Oesterreichs, der „Allgemeine Reichsbahn- und Gewerkschaftsverein“, von der separatistischen Zerspaltung der tschechischen Sozialdemokratie unter deren Zustimmung ausgenommen worden, wofür sich der Eisenbahnerverband zur Neutralität im Kampf zwischen Internationalismus und Separatismus verpflichtete. Diese Abmachung wurde treulos gebrochen und der Zerspaltungverband natürlich von der Prager separatistischen Gewerkschaftskommission als Mitglied aufgenommen worden, was die offizielle Anerkennung und Förderung der Zerspaltung bedeutet. Nach langem Zusehen haben nun die böhmischen Mitgliedschaften des Eisenbahnerverbandes die notwendigen Konsequenzen gezogen. Es wurde beschlossen, die Mitgliedschaft bei der Prager Separatistenkommission von dem Tag der Anerkennung der Separatisten an für erloschen zu erklären, die seitdem zurückgehaltene Beiträge nicht abzuführen, sondern zunächst zur Deckung der Kosten der durch die Zerspaltung notwendig gewordenen Gegenaktion zu verwenden und weiter der zentralistischen Kommission zuzuführen. Getreu dem Grundsatze, daß die beste Parade der Dieb ist, gehen aber die Eisenbahner zum Angriff über. Sie beschlossen, daß alle Anteile an sämtlichen Unternehmungen der tschechischen nationalen sozialistischen Zerspaltungspartei gelündigt, das Geld aber in den entsprechenden internationalen Anstalten anzulegen sei, daß aus der Separatistenpartei auszutreten und der internationalen tschechischen Sozialdemokratie beizutreten, ihre Presse zu fördern und ihr die Gründung des eigenen Tagesblattes nach Kräften zu erleichtern sei.

Beendigung des Streiks in den böhmischen Glasfabriken.

Die Meister der Glasfabriken im Teplischer sowie im Duxer Bezirk haben den Streikenden eine Reihe von Zugeständnissen gemacht, so daß die Arbeit bereits heute in den meisten Fabriken wieder aufgenommen wurde. Auch in den übrigen Fabriken steht eine Einigung bevor.

Der Streik der französischen Seelente

gewinnt fortgesetzt an Umfang. Am Dienstag ist es den Streikenden gelungen, die Befahrung von drei Handelsdampfern, die aus den Kolonien zurückkehrten, zu bewegen, sich dem Streik anzuschließen. Der Streik nimmt einen immer größeren Umfang an, so daß den Schiffahrtsgesellschaften bei einem längeren Andauern erheblicher Schäden erwächst. Dennoch verharren die Meester in ihrer ablehnenden Haltung und es ist fraglich, ob eine Einigung beider Parteien für die nächste Zeit zu erwarten ist.

Es hat jetzt den Anschein, daß die Dodarbeiter sich den streikenden Seelenten anschließen werden. Am Dienstagabend hat nämlich das Zentralkomitee der französischen Dodarbeiter in Paris eine Sitzung abgehalten, um die Lage zu besprechen. Die Versammelten beschlossen, am nächsten Donnerstag eine große allgemeine Versammlung der Dodarbeiter in Paris abzuhalten. Alle Häfen haben die Anweisung erhalten, für diese Versammlung je einen Abgeordneten nach Paris zu entsenden. Wenn der Streik der Seelente bis Donnerstag nicht beendet sein sollte, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Dodarbeiter auf dem Pariser Delegiertentage den Sympathiestreik beschließen werden.

Aus Industrie und Handel.

Einen Boykott gegen den Lebensmittelverein Reich haben die organisierten Bäckermeister verlangt. Da die Verwaltung der Konsumgenossenschaft die Beteiligung an der Erhöhung der Preispreise abgelehnt hat, wurde über sie die Reichsgerichte verhängt. Die Müller wurden bei hoher Vertragsstrafe verpflichtet, die Lieferungen einzustellen. Boykottierte patriotisieren bei der Bäckerei des Vereins, um die eingehenden Rechnungen zu kontrollieren. Da dieser Kampf nicht der Hebung der Lebenshaltung der Arbeiter, sondern der hehren Aufgabe der Brotverteilung dient, entrissen sich die Gutgeiminten natürlich nicht über „Terrorismus“ und „Postenwesen“. Uebrigens versteht die Maßregel ihren Zweck, da dem Verein genügend Lieferanten zur Verfügung stehen. Sollte er wirklich einmal lästig werden, so würde er nur den Verein oder den Verband der Vereine veranlassen, früher zu schaffen, was ohnehin kommen muß; die eigene Mühe. Auch hier, wie im Falle der Schuhfabrik, wird sich die reaktionäre Eigenmühseligkeit der Kleinrentnerbeisenden wider Willen als Mittel des genossenschaftlichen Fortschritts erweisen.

Ph. Glode, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt

Aus der Frauenbewegung.

Frauenkonferenz in Baden.

Am Sonntag, den 23. Juni, tagte in Karlsruhe eine Frauenkonferenz für Baden, einberufen vom badischen Landesvorstand. Beschied war sie von 28 Delegierten aus allen Teilen des Landes. Genossin Luise Zieg war als Vertreterin des Parteivorstandes anwesend, Genossin Strobel-Mannheim als Vertreterin des Landesvorstandes und Genossin Dietrich als Vertreterin der Karlsruher Parteiorganisation. Genossin Zieg hatte das einleitende Referat übernommen über das Thema: „Wie schulen wir die Frauen für die politische Betätigung?“

Die Rednerin besprach zunächst kurz und präzis die Notwendigkeit der politischen Betätigung der Frauen, die tief und fest in den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen unserer Zeit wurzelt. Sie ging dann über zu einer eingehenden Besprechung der verschiedenen Methoden, die sich als praktisch erweisen haben bei dem Bemühen, die indifferenten Frauen zum politischen Leben zu erwecken und sie zu organisieren. Den Schluß des Referates bildete eine eindringliche Darlegung der Notwendigkeit die politisch organisierten Frauen theoretisch und praktisch zu schulen und eine Besprechung der Methoden und der Mittel, die dabei am besten Anwendung finden. Eine sehr lebhaft diskutierte, die erfreulichste Weise auf einem bemerkenswert hohem Niveau sich bewegte, folgte dem Referat.

Mit ruhiger Sachlichkeit äußerten diese, mit leidenschaftlichem Eifer ihre Ansichten zu dem Vorgelegenen, jene ergänzten es aus ihren, durch die örtlichen Verhältnisse bedingten Erfahrungen. Aus allen Reden leuchtete der lebhafteste Wunsch, die junge, aufstrebende Bewegung unter dem weiblichen Proletariat Badens schnellstens und stetig vorwärts zu treiben.

Ein kraftvolles Vollen sprach aus den schlichten aber lebhaften Worten der Vertreterin des industriereichen Westens, Freude am bereits Erreichten und der lebhafteste Wunsch, recht bald neue Erfolge den alten zuzugesellen, leuchtete aus den Reden der Delegierten der Schwarzwälder Universitätsstadt Freiburg. Von tüchtiger planvoller Arbeit und prächtigen Erfolgen erfuhr man aus den Reden der Mannheimer Vertreterinnen, die auch eine Anzahl von Anträgen begründeten, die von dem lebhaftesten Verlangen Kunde geben, in Zukunft noch Besseres zu leisten. Von guten Fortschritten, aber auch von schweren Hemmnissen, die sich der Arbeit unserer Genossinnen entgegenstellen, erfuhr man aus den Darlegungen unserer tüchtigen, züchtigen Genossinnen der Oberrheinischen Provinz, dem Städtchen Durach, der Residenz Karlsruhe und dem Tabakarbeiterort Hohenheim.

Von den eingegangenen Mannheimer Anträgen wurden angenommen: 1. Die weiblichen Kreisvorsitzenden bilden eine Agitationskommission, die nach Bedarf, mindestens aber einmal im Jahre zu einer Besprechung über die Agitation im Lande zusammentritt. 2. Die tätigen Genossinnen der verschiedenen Orte in den einzelnen Kreisen kommen mit der Kreisleitung nach Bedarf zusammen, um über die Agitations- und Organisationsarbeit im Kreise sich zu beraten. 3. In den Landesvorstand ist eine Vertreterin der Genossinnen zu wählen.

Ein anderer Antrag auf Anstellung eines weiblichen Parteisekretärs für Baden wurde als verfrüht zurückgewiesen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 1. Juli: Ausflug mit Kindern nach Treptow in Ludwig's Parkrestaurant, Am Treptower Park 25/26. Gäste willkommen.

Letzte Nachrichten.

Der türkische Kriegsminister über die Lage.

Wien, 26. Juni. In einer Unterredung mit dem Korrespondenten der „Neuen Freien Presse“ in Konstantinopel äußerte sich Kriegsminister Mahmut Schefket Pascha über die Neuere in Albanien und über die Friedensfrage. Der Minister sagte u. a.: Im ganzen haben in Albanien zwölf Offiziere und 71 Mann gemuert. Die Offiziere haben offenbar unter dem Einfluß der nordalbanischen Propaganda die Soldaten durch die Behauptung verführt, daß die Regierung die europäische Türkei an eine fremde Macht verkauft habe. Der Gedanke des „Tanin“, die von den Italienern besetzten Küstenorte von Tripolis und der Chrenaisa den Italienern zu überlassen, sei eine Privatmeinung dieses Mannes. Die türkische Regierung könne die Souveränität von Tripolis niemals preisgeben, weil dies eine Revolution hervorrufen würde, die für den Frieden Europas noch schrecklichere Folgen hätte als der bisherige Krieg.

Die beiden Abgefallenen.

Baltimore, 26. Juni. (P. C.) Die schon verschiedentlich aufgetauchte Vermutung, daß sich die Partei Roosevelt's und die Bryans zusammenschließen würden, um gemeinsam gegen ihre Gegner vorzugehen, ist nunmehr zur Tatsache geworden. Wie jetzt bekannt wird, haben zwischen den Parteigängern Roosevelt's, die sich auf der Suche nach Anhängern für die neue Fortschrittspartei befinden, und zwischen den Parteigängern Bryans bereits geheime Verhandlungen stattgefunden.

Hochwasser in Schlesien.

Oirschberg, 26. Juni. (P. C.) In vielen Ortschaften wurde infolge Hochwassers großer Schaden angerichtet. Einige Orte, wie Bobersdorf und Lahn berichten, daß die durch die Balkenbrüche angerichteten Verheerungen bedeutender sind, als bei dem Hochwasser im Jahre 1907. Sehr schlimm lauten die Nachrichten aus Samerta bei Marklissa, und besonders aus Probsthain und Bilgramsdorf. Hier stand das Wasser teilweise bis zu den Wipfeln der Bäume. Viel Vieh ist ertrunken, Bäume und Gärten sind weggeschwemmt, die Feldfrüchte größtenteils vernichtet. Die meisten Früchte wurden weggerissen, so auch die Brücke bei Bilgramsdorf über die schnelle Deichs, auf der der 14jährige Sohn eines Stellenhefters hand, der von den Fluten fortgerissen wurde und ertrank.

Die Typhusepidemie im Ruhrgebiet.

Witten (Ruhr), 26. Juni. (P. C.) Die Typhusepidemie gewinnt in erschreckendem Maße an Ausdehnung. Im hiesigen Diakonienhause befinden sich ungefähr 60 Erkrankte. In Dortmund hat die Epidemie bereits vier Todesfälle gefordert. Auf polizeiliche Anordnung wurde gestern die Ruhrbadeanstalt geschlossen. Die Zahl der bisher festgestellten Typhusfälle wird auf insgesamt 120 angegeben. Die Schließung der Schulen steht bevor.

Schwer bestrafte kindlicher Leichtsin.

Weitenkirchen, 26. Juni. (P. C.) Im benachbarten Nebach schien sich zwei Knaben auf die Verbindungslänge zwischen einem Lastautomobil und einem Anhängerwagen. An einer abschüssigen Stelle der Straße brach die Verbindungslänge und beide Knaben wurden überfahren. Der eine starb bald darauf, während der andere mit schweren Verletzungen daniederliegt.

2000 Arbeiter auf die Straße geworfen.

Krausen, 26. Juni. (P. C.) Die Sodafabrik in Jaldai Dorf wird infolge der Versteuerung der zur Herstellung der Fabrikate erforderlichen Salze geschlossen. Durch diese Maßnahme werden 2000 Arbeiter brotlos. Die Fabrik ist Eigentum des österreichischen Sodafabrikanten Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbll.

Die Gewerkschaften Groß-Berlins im Jahre 1911.

Was schon die Geschäftsberichte der einzelnen Gewerkschaften gezeigt haben, das wird durch den folgenden ausführlichen Jahresbericht der Berliner Gewerkschaftskommission

in vollem Umfange bestätigt: Die Gesamtheit der gewerkschaftlichen Organisationen Berlins hat auch im Jahre 1911 wieder erfreuliche Fortschritte gemacht. Das drückt sich in erster Linie in dem Wachstum der Mitgliederzahl aus. Während das Jahr 1910 mit einem Mitgliederbestande von 266 080 abschloß, verfügten die Berliner Gewerkschaften am Schluß des Jahres 1911 über eine Mitgliederzahl von 296 795. Inzwischen dürfte die Zahl von 300 000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern erreicht, vielleicht schon überschritten sein.

Will man die Mitgliederzunahme der Gewerkschaften zutreffend würdigen, so muß man sie vergleichen mit der Zahl der in Berlin (gemeint ist immer Groß-Berlin) überhaupt beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Zu einem solchen Vergleich gibt der Bericht die nötigen Anhaltspunkte. Er verweist darauf, daß die Zahl der Krankentassenmitglieder, die sich ja mit der Zahl der Beschäftigten decken muß, im Berichtsjahre von 974 669 auf 1 026 222, also um 4,9 Proz. gestiegen ist. Etwa der vierte Teil der gegen Krankheit Versicherten ist, wie der Bericht annimmt, nicht organisationsfähig. Es sind dies die Gelegenheitsarbeiter und die vorübergehend in der Heimindustrie Beschäftigten. Rechnet man diese von der Gesamtzahl der Beschäftigten ab, so bleiben rund 700 000 organisationsfähige gewerbliche Arbeiter und Arbeiterinnen übrig. Die Gewerkschaften haben also insgesamt noch nicht die Hälfte der organisationsfähigen Arbeiter und Arbeiterinnen in ihren Reihen. Auf der anderen Seite aber zeigt diese Gegenüberstellung, daß die Mitgliederzahl der Gewerkschaften in weit stärkerem Verhältnis gewachsen ist als die Zahl der überhaupt Beschäftigten. Während diese um 4,9 Proz. stieg, nahm die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder um 81 706 oder 11,9 Proz. zu. Dank der Agitationsarbeit der Gewerkschaften bringt die Organisation, wie wir aus diesen Zahlen sehen, mehr und mehr in den Reihen der Indifferenten vor.

An der Zunahme um 81 706 Mitglieder sind die männlichen mit 27 472, die weiblichen mit 30 011, die jugendlichen mit 1143 beteiligt. Prozentual hat sich die Zahl der männlichen Mitglieder um 11,1, der weiblichen um 13,1, der jugendlichen um 33,3 Proz. vermehrt. Die weiblichen Mitglieder, deren absolute Zahl von 23 626 auf 26 617 gestiegen ist, verteilen sich auf 37 Gewerkschaften. Die jugendlichen Mitglieder, deren Zahl sich von 3760 auf 4903 gemehrt hat, gehören 14 Gewerkschaften an. Der Metallarbeiterverband hat 1903, der Transportarbeiterverband 1910 jugendliche Mitglieder. In diesen beiden Verbänden sind also 77,4 Proz. aller jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder.

An der Mitgliederzunahme sind fast alle Gewerkschaften beteiligt. Nur einige kleine Berufsgruppen verzeichnen geringe Mitgliederzuwächse. Die am Schluß des Jahres 1911 festgestellten Mitgliederzahlen der einzelnen Gewerkschaften (denen wir in Klammern die Zahlen von 1910 beifügen) sind nach der Reihe ihrer Größe folgende:

- Metallarbeiter 88 272 (78 218), Transportarbeiter 46 906 (39 400), Holzarbeiter 29 289 (26 064), Bauarbeiter 12 008 (nicht angegeben), Buchdrucker 11 802 (11 225), Schneider 9550 (8014), Gemeindevorarbeiter 9214 (7486), Fabrikarbeiter 8125 (7255), Buchbinder 8061 (6924), Maler 5510 (6005), Bäcker 5418 (3746), Buch- und Steindruckerhilfsarbeiter 5024 (5078), Brauereiarbeiter 4682 (4001), Gastwirtsgehilfen 4223 (2904), Lithographen und Stein-drucker 3953 (3788), Sattler und Porzellanarbeiter 3546 (3348), Textil-arbeiter 3558 (3267), Schuhmacher 2840 (2988), Schmelze 2780 (2554), Zimmerer 2580 (2634), Handlungsgehilfen 2555 (1796), Steinseher und Kammer 2403 (2060), Köpfer 2130 (2108), Tapezierer 1970 (1970), Kassisten und Heizer 1821 (1721), Bureau-angestellte 1811 (1473), Gärtner 1409 (1352), Fleischer 1354 (823), Kürschner 1280 (1503), Gutmacher 1113 (1150), Tabakarbeiter 1105 (888), Steinarbeiter 1028 (856), Glasarbeiter 1013 (1069), Dach-decker 926 (876), Wildhauer 900 (910), Lederarbeiter 857 (921), Hausangestellte 814 (875), Stufkatoren 769 (710), Kupfer Schmiede 704 (632), Glaser 701 (631), Wöltcher 617 (607), Feisere 572 (576), Apphalter 388 (320), Porzellanarbeiter 340 (334), Ruffler 320 (367), Theater- und Kinoangestellte 145 (150), Lagerhalter 128 (100), Blumen- und Blätterarbeiter 93 (100), Schiffszimmerer 62 (58), Zigarrenfertiger 59 (70).

Kleines feuilleton.

Der Städtebauer von Groß-Berlin. Man kann die Zahl des hiesigen Neubauer Stadtbaumeisters Reinhold Kiehl zum Städtebauer von Groß-Berlin nur beglückwünschen. Wir wissen sehr gut, daß Kiehl ein vortrefflicher Architekt ist und über ein gutes Maß jener Politik verfügt, die man braucht, um mit der Spekulation, mit dem Widerstand verbissener Eigentümer und kurzfristiger Stadtbauer fertig zu werden. Kiehl hat aus Neuland das gemacht, was sich unter den heutigen Umständen überhaupt machen ließ. Der arg vernachlässigte, der dichtesten Bebauung ausgelieferte, mit den erbärmlichsten Mietkasernen voll-gesteckte Ort zeigt heute immerhin einige Oasen und, was noch wichtiger ist: Neuland hat heute einige Aussicht, bei seinem weiteren Ausbau etwas von den Ergebnissen des modernen Städtebaus zu profitieren. Kiehl hat aber die Erweiterung der Stadt gegen Treptow und nach der Hafenhälfte hin sehr klug disponiert; zu einem Teil ist es ihm gelungen, die bereits vorhandenen Bebauungspläne mindertwertiger Qualität wieder aufzuheben, um dafür Besseres festzusetzen. In guter Erinnerung ist noch der Wettbewerb, den Kiehl ohne Engbrüchigkeit für die Herrichtung eines größeren Terrains inmitten der Stadt ausgeschrieben; mit großer Erwartung sieht man auf die Verwirklichung des Körnerparcs, der nach Kiehls Plänen gepflanzt und umgebaut werden soll. Man erinnert sich dann weiter der ganz ausgezeichneten Beratungsstelle, die Kiehl für Neuland einrichtete; sie hat erheblich dazu beigetragen, den Neubau störender Fassaden, das Geyroy mit blassen Türmen und lächerlichem Stuckwerk zu vermeiden. Durch diese Beratungsstelle müssen alle Neubauer Neubauten passieren; da läßt sich schon mancherlei fortoperieren und vieles bessern. Von den eigentlichen Hochbauten Kiehls hat das Rathaus, dieser schlanke und kräftige Bau, noch immer Anerkennung gefunden. Und von seinen vielen Schulen, von dem Elektrizitätswerk und von der Badeanstalt läßt sich nur das Beste sagen. Es sind dies alles Arbeiten im Geiste Kiehls; zugleich kann man von einem Fortschritte der Berlinerischen Tradition seit Schinkel reden. Kiehls beste Arbeit aber bleibt das Prager Krankenhaus, bei dem es ihm gelang, vieler viel-fältigen hygienischen und sozialen Aufgabe eine reiflos unybare und im Ausdruck charaktervolle Form zu finden. Nach alledem ist zu hoffen, daß Kiehl als Städtebauer von Groß-Berlin umfänglich, energisch und mit dem Maßstab von Qualität und Schönheit arbeiten wird. Eines freilich muß ihm klar sein, daß die neue Aufgabe unendlich schwieriger ist und einen unebenen Charakter, oft ein rücksichts-loses Durchgreifen erfordert wird. Kiehl kann für Groß-Berlin etwas wirklich Großes und Weibendes nur leisten, wenn er sich wappnet und panzert, der Boden Spekulation und den Hausbesitzer-majoritäten, vor allem aber dem Fiskus, einen produktiven Willen zum Ideal der neuen Stadt aufzuzeigen. R. Br.

Die Leidtragenden beim neuen Opernhaus-Wettbewerb. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Berlin geschrieben: Der neu aus-geschriebene Wettbewerb für das königliche Opernhaus, der in ge-

Wir haben schon auf das Verhältnis der Zahl der Beschäftigten und der Zahl der Organisierten hingewiesen. Nach den Ermittlungen der Gewerkschaftskommission sind im allgemeinen Durch-schnitt 89,7 Proz. von den in Berlin beschäftigten organisations-fähigen Arbeitern und Arbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert. Jedoch ist das Organisationsverhältnis bei den Arbeiterinnen wesentlich ungünstiger wie bei den männlichen Arbeitern, von denen 53 Proz. organisiert sind. 22 Gewerkschaften überschreiten diesen Durchschnitt, einige sogar so erheblich, daß man sagen kann, sie haben fast alle Berufsangehörigen erfasst.

Die Gewerkschaften, bei denen das Organisationsverhältnis ungünstig ist, haben in der Regel am meisten unter der

Fluktuation

zu leiden. Ungemein groß ist die Zahl derer, die sich in die Gewerkschaft aufnehmen lassen, ihr aber nach kurzer Zeit wieder den Rücken kehren. Im Berichtsjahre nahmen die Berliner Gewerkschaften 124 415 neue Mitglieder auf. Der Zuwachs betrug aber nur 31 706. Es haben also 92 709 Personen die Gewerkschaft nach kurzer Zeit wieder verlassen. Wenn es den betreffenden Gewerkschaften gelungen wäre, die Mitglieder, die sie gewonnen hatten, dauernd der Organisation zu erhalten, dann hätten wir im ver-gangenen Jahre statt eines Zuwachses von 31 000, einen solchen von mindestens 100 000 Mitgliedern gehabt und die gewerkschaftliche Kampftruppe könnte auf weit größere Erfolge zurückblicken als es jetzt schon der Fall. Der Bericht hebt deshalb mit Recht hervor, daß die Gewerkschaften, deren Mitglieder so stark fluktuieren, durch ent-sprechende Einrichtungen versuchen müßten, dieses Uebel zu hemmen. Der Bericht konstatiert, daß im allgemeinen Durchschnitt von 100 Gewerkschaftsmitgliedern 42 ein- und austraten. Die weiblichen und jugendlichen Mitglieder überschreiten diesen Durchschnitt sehr erheblich. Von 100 weiblichen Mitgliedern traten 86, von 100 jugendlichen 80 im Laufe des Jahres ein und aus. — So unange-nehm diese Erscheinung ist, sie braucht und die Freude an dem trotz allem erfolgten Wachstum der Gewerkschaften nicht vereiteln. Wir sehen, es geht vorwärts von Jahr zu Jahr und die gewerkschaftliche Arbeit schafft Erfolge.

Auch die

Kassenverhältnisse

der Berliner Gewerkschaften zeigen im allgemeinen ein Bild er-freulicher Aufwärtsbewegung. Die Gesamteinnahmen betragen 13 502 976 M., gegen das Vorjahr ein Mehr von 1 600 260 M. Am Schluß des Jahres 1911 war ein Kassenbestand von 3 264 808 M. vorhanden, eine Vermehrung gegen das Vorjahr von 548 718 M. Rund 70 Proz. von den 8 134 068 M. betragenden Einnahmen an Beitritten wurden den Mitgliedern wieder zurückgezahlt in Gestalt von Streik-, Krankengeld-, Reise-, Arbeitslosen-, Kranken-, Sterbe-, Invaliden-, Rechtschutz- und besonderen Unterstützungen. Eine Summe von 6 578 678 M. ist es, welche auf diesem Wege den Mitgliedern der Gewerkschaften direkt zugute kam. Davon dienten 4 155 219 M. der Binderung wirtschaftlicher Not der Mitglieder. Die Arbeitslosenunterstützung allein erforderte eine Summe von 1 963 954 M. und für Krankenunterstützung wurden 1 636 105 M. ausgegeben.

Für

gewerkschaftliche Kämpfe

wurden als Streikunterstützung 2 173 937 M. und als Maßregel-unterstützung 249 517 M. aufgewandt. Diese Ausgaben haben sich gegen das Vorjahr, welches nur 470 475 M. Streikunterstützung erforderte, sehr erheblich gesteigert. Hauptsächlich sind an den Aus-gaben für Kampfzwecke beteiligt die Buchbinder, Buchdruckerhilfs-arbeiter, Fabrikarbeiter, Transportarbeiter, Holzarbeiter, Litho-graphen und Stein-drucker, Metallarbeiter, Tapezierer. 27 Gewerkschaften führten 105 Angriffsstreiks in 4488 Betrieben mit 29 418 männlichen und 88 896 weiblichen Beteiligten. Die hohe Zahl der letzteren kommt fast ganz auf den Streik in der Damen-sonktion. Die Forderungen der Angriffsstreiks waren in 90 Fällen Lohnerhöhungen, in 79 Fällen Einführung eines Tarifs, in 46 Fällen Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit, in 20 Fällen Verkürzung der Arbeitszeit allein, in 35 Fällen andere Forderungen und in 6 Fällen Erfüllung tariflicher Vereinbarungen. 104 Streiks endeten mit vollem, 27 mit teilweisem und 31 ohne Erfolg. 161 Abwehrstreiks wurden von 21 Gewerkschaften in 237 Be-trieben mit 6679 männlichen und 1921 weiblichen Beteiligten ge-führt. Die Ursachen der Abwehrstreiks waren in 43 Fällen Lohn-herabsetzungen, in 88 Fällen Verträge der Unternehmer gegen geltende Arbeitsbedingungen, in 8 Fällen Verlängerung der Ar-beitszeit, in 40 Fällen andere Ursachen und in 5 Fällen mußten die

rechterer Weise als bisher eine Heranziehung weiterer Kreise der deutschen Künstlerkraft ermöglicht, hat die schmerzlich beabsichtigte, aber sehr bedauerliche Nebenwirkung, eine Reihe der hervorragendsten und auf dem Gebiete des Theaterbaus erfahrensten Architekten empfindlich zu schädigen. Es sind die Teilnehmer an den ersten beiden beschränkten Konkurrenz. Die waren programm-gemäß eng an die außerordentlich ausführlichen und künst-lerisch ganz insipiden Entwurfspläne gebunden, die dem Programm zur Auseinandersetzung über die geforderten Räum-lichkeiten beigegeben waren und die befallmlich auch das Tempel-sakrament aufwies, das, wie seit Sempers Dresdener Opernhaus bekannt sein möchte, für solche Zwecke mit bestem ästhetischen Nutzen vertrieben werden kann. Waren diesen Künstlern dermaßen in den ersten Wettbewerben die Hände gebunden, so sind sie natürlich gegen die jetzigen Wettbewerber im Nachteil, denen keine derartige Programmpläne ihre Marschroute anweist. Doch sie sind, ohne ein-geladen zu sein, noch einmal auf gut Glück beteiligt, wird wohl schwerlich jemand annehmen. Oder ist man bei der Ausdeutung dieses dritten Opernhauswettbewerbes überhaupt der Ansicht ge-wesen, es werde ja nichts Brauchbares mehr herauskommen, aber der öffentlichen Meinung müsse man nun einmal nachgeben und könne ja später in der beliebigen Weise mit Herübernahme etwa auf-tauchender beachtenswerter Ideen auf das Ergebnis der ersten Wett-bewerbe zurückgreifen?

Was Paris für Amüsament ausbitt. Paris hat vier Theater (Comedie française, Odeon, Opera und Opera Comique), die vom Staate mit Geld unterstützt werden, und vier gewöhnliche Theater, zu denen der Chatelet, Gymnase, Gaite und Palais Royal zählen, die keine Unterstützung erhalten. Außerdem gibt es zwölf große kinematographische Theater, 38 Konzertsäle, 8 Musikhallen, zehn Scating-rinks, Velodrome und Zirkusse, einschließlich der riesigen amerikanischen Vergnügungsparks: Magic City und Luna Park; sechs fortdauernde Bälle oder Tanzsäle einschließlich des Bal Tabarin, Quillier und Moulin Rouge; und endlich drei klassische Konzerte, nämlich das Konzert Lamoureux, Colonne und Conser-vatoire — alles zusammen 121 Vergnügungsorte.

Nach dem Bericht der städtischen Verwaltung für 1911 stellen sich die gesamten Einnahmen dieser verschiedenen Gruppen von Theatern um. so dar:

- Die vier subventionierten Theater verdienen 7 557 782 M.;
- 40 Theater der Gaite-Klasse 18 154 636 M.;
- Antipps 2 164 888 M.;
- Museen und Ausstellungen 493 444 M.;
- Café-Konzerte 5 323 008 M.;
- Musikhallen 5 465 028 M.;
- Scating-rinks, Zirkusse usw. 8 361 148 M.;
- Tanzsäle 788 856 M.;
- Konzerte 457 492 M.;
- verschiedene andere Konzerte 1 828 884 M.

Das sind zusammen 45 544 686 M.

Für die Unterstützung der Armen verlangt der Magistrat eine gleichmäßige Tage von 10 Proz. der Bruttoeinnahme der gewöhn-lichen Theater und täglichen Konzerte, und 25 Proz. der Einnahme der Bälle, Pferderennen und einiger anderer Amüsaments; dagegen nimmt er nur 5 Proz. für die von Künstlern oder musikalischen Vereinen veranstalteten Konzerte.

Arbeiter um die Anerkennung ihrer Organisation kämpfen. Mit vollem Erfolg endeten 98, mit teilweisem Erfolg 23 und ohne Erfolg 35 Streiks.

Aussperrungen nahmen die Unternehmer in 27 Fällen vor. Sie erstreckten sich auf 781 Betriebe und 33 332 männliche und 6140 weibliche Beteiligte. Die Ursache der Aussperrungen war in 13 Fällen die Stellung von Forderungen der Arbeiter, in 18 Fällen Streiks, in 2 Fällen die Verweigerung verschlechterter Arbeitsbedin-gungen und in 5 Fällen die Raifelder. Bei den Aussperrungen hatten die Unternehmer nur in 4 Fällen Erfolg, während 18 Fälle mit einem vollen und 6 Fälle mit einem teilweisen Siege der Ar-beiter endeten.

Für die wachsende Macht und den steigenden Einfluß der Ge-werkschaften spricht die große Zahl derjenigen Lohnbewegungen, wo es gelang, ohne Kampf Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Die Zahl der kampflosen Lohnbewegungen ist be-deutend größer als die Zahl der Streiks und Aussperrungen zu-sammen. An solchen Lohnbewegungen ohne Kampf waren 30 Ge-werkschaften beteiligt in 370 Fällen, die sich in 3995 Betrieben ab-spielten und auf 48 807 Arbeiter und 18 862 Arbeiterinnen er-streckten. Diese Bewegungen brachten mit wenigen Ausnahmen die gewünschten Erfolge in Gestalt von Lohnerhöhungen und Ver-längerung der Arbeitszeit.

Insgesamt waren an den Lohnbewegungen mit und ohne Streik 174 015 Personen beteiligt. Rechnet man den in dieser Zahl ent-haltenden geringen Teil von Unorganisierten ab, so ergibt sich, daß etwa die Hälfte aller Berliner Gewerkschaftsmitglieder an Lohn-bewegungen, und zwar größtenteils mit Erfolg beteiligt waren. Die Gewerkschaften sind also in der Erfüllung ihrer Hauptaufgabe: Ver-besserung der Löhne und Arbeitsbedingungen, nicht lässig gewesen. Sie haben außerdem durch die Pflege des Unterstützungswesens manche Not gelindert, die durch das kapitalistische System unau-sprechlich über die Arbeiter gebracht wird. So haben sich die Gewerkschaften als ein starker Hort der Arbeiter bewährt. Sie werden ihre Aufgaben um so besser erfüllen, je mehr der Gedanke der Solidari-tät in den Reihen der leider noch so großen Zahl von Indiffe-renten Platz greift.

Eine Einrichtung der Berliner Gewerkschaften: Das

Arbeitersekretariat,

gibt in der vorliegenden Broschüre gleichfalls den Jahresbericht über seine Tätigkeit, die sich in der Hauptsache auf Rat und Rechtshilfe in Sachen der Arbeiterversicherung erstreckt. Das Sekretariat wurde im Jahre 1911 von 26 004 Ratssuchenden in Anspruch genommen, denen in 26 733 Fällen Auskunft erteilt wurde. Von den Ratssuchen-den (22 001 männliche und 2809 weibliche Personen) gehörten 23 944 den gewerkschaftlichen Verbänden an. Das Sekretariat fertigte im Interesse der Ratssuchenden 6947 Schriftsätze an. Davon betrafen die Arbeiterversicherung 3816, den Arbeits- und Dienst-vertrag 121, das bürgerliche Recht 269, das Strafrecht, Steuerfachen und anderes 1120. Von den erteilten Auskünften betrafen die meisten, nämlich 13 039 die Unfallversicherung. Dann folgten mit erheblich geringeren Zahlen die Invaliden- und Krankenversiche-rung. Insgesamt wurden für das Gebiet der Arbeiterversicherung 19 838 Auskünfte erteilt. Persönliche Vertretung in Terminen übernahm das Sekretariat in 490 Fällen und zwar in den Schieds-gerichten für Arbeiterversicherung in 106, beim Reichsversicherungs-amt in 304, bei Gewerbe- und Kaufmannsgerichten in 10, bei Amts-gerichten in 61, bei den unteren Verwaltungsbehörden der Arbeiter-versicherung in 9 Fällen. Von 739 Rechtsstreitfällen, deren Aus-gang dem Sekretariat bekannt wurde, waren 565 erfolgreich für die klagenden Arbeiter, während 174 Fälle keinen Erfolg brachten.

Allgemeiner Deutscher Fürsorge-Erziehungstag.

Dresden, 26. Juni 1912. (Telegraphischer Bericht.)

Zweiter Tag.

In der heutigen Sitzung sprach der neue Geschäftsführer Pastor Friedrich Straußberg über:

Presse und Fürsorgeerziehung.

Die Information der Presse über Fürsorgefragen und die Be-richtigung von unrichtigen Nachrichten und Kritiken befindet sich erst in den Anfängen. In den Vorbesprechungen hierzu wurde be-

Das Gesamteinkommen der Stadt aus diesen Steuern beläuft sich auf 4 900 052 M.

Die hier bezifferten Kiefenbeträge ragen weit über die Ein-nahmen in den Weltausstellungsjahren von 1873, 1889 und 1900 hinaus.

Humor und Satire.

Heiliger Gaedeler! „Junge, wo ist denn hier euer be-rühmter schöner Wald mit dem Wasserfall?“

„Den gibt's nich mehr, den hat ein Photograph für seinen Kientopp mitgenommen.“

„Wie weit ist's wohl noch nach Krötendorf?“

„Bist wohl so a zwölf Kilometer fein.“

„Ach Gott, ach Gott!“

„Nacka, wanns Ihnen zu weit is, fragens den Hiasl-Sepp dort um die Ed, der laht's Ihnen um vier Kilometer billiger.“

(„Lustige Blätter.“)

Gymnasialprofessor (im Geffischen) zu einem Schüler, der sich bei der Revision eines Lehrbuchs mit einer anderen Aus-gabe entschuldigt:

„Sie hadde nit zu hadde, was Sie hadde. Sie hadde zu hadde, was Sie zu hadde hadde.“

Notizen.

— Das Märkische Wandertheater wird im kommenden Winter in einer Anzahl hannoverscher Städte Gastspiele veranstalten.

— Der Klub Berliner Karikaturisten gibt diesen Sonnabend im Spreewald ein Sommerfest, das in einer Verullung der sogenannten „Futuristen“ oder Zukunftsmaler gipfeln wird. Ein von den Klubisten begonnenes Kolossalgemälde soll durch die Fest-besucher fertiggepinselt und hernach in einer „ferischen Ausstellung“ hierorts gezeigt werden — zum warnenden Exempel hoffentlich für alle Meyer und Meyerinnen.

— Gegen die Freigabe des „Parfival“, dessen 30jährige Schauspielt mit dem Jahre 1913 abläuft, bereiten die „Antimen“ des Hauses Wagner einen „Protest des ganzen deutschen Volkes“ vor. Im Interesse eben dieses Volkes — nicht plutokratischer Genüßlinge! — wünschen und erwarten wir, daß weder für den „Parfival“ noch irgend ein anderes Kunstwert Sondergesetze zu-stande kommen!

— Als „Schiffelstüd“ aus dem Bahreuther Wagnerkreis entpuppte sich eine Komödie „Die heilige Sade“ von Felix Dörmann und Hans Fuchs, weshalb deren Aufführung in Rönchden polizeilich verboten wurde. Man ist ja in Wilsa Wahnsfried immer überempfindlich. Indes — Pamphlete sind keine Kunst-erzeugnisse.

— Die Epidemie der „Heimatspiele“ hat es schon zu einer Monatschrift für Naturtheater und Volksspiele“ gebracht. Sie will „alle idealen und wirtschaftlichen Bestrebungen der Natur-theater, der Heimatwerke und Volksspiele vereinigen und fördern“. Da also!

Schlüssen, auch die kleine und die sozialdemokratische Presse mit solchen Informationen zu versorgen. In der Presse, die sonst von Humanität geradezu trieft, wird vielfach ein unerträglicher Mißbrauch damit getrieben, den Namen der Fürsorgeorgane mit den Eigennamen der Betreffenden in Verbindung zu bringen. Sollte da nicht zum Schutze der in häßlicher Weise Angegriffenen mit dem Verleumdungsparagraphen etwas zu machen sein? Auch unser Vor- sühender Pastor Seiffert wird oft angegriffen, er wirkt auf gewisse Zeitungen wie das rote Tuch. Ich werde mir überlegen, ob sich nicht dagegen etwas tun läßt. Dagegen werden die wohlthätigen Einrichtungen der Fürsorgeanstalten in der Presse fast gar nicht bekannt gegeben. Gegen solche Leute, die die Grundzüge der Fürsorgeerziehung leugnen, kann nicht gekritten werden. Wir haben sämtliche Kultusministerien ersucht, die öffentliche Meinung zu Gunsten der Fürsorgeerziehung zu belehren, und wir versenden auch selbst entsprechende Artikel. Es fehlt vielfach aber noch an Verständnis. So ist es vorgekommen, daß kleinere Blätter unseren Aufruf zu diesem Kongreß hier in Dresden zwar gebracht, aber dabei den Wunsch ausgesprochen haben, wir möchten sie doch auch an dem Entzuge unserer Veranstaltungen durch Inserate beteiligen.

Vorsühender Pastor Seiffert, Straußberg betont die Notwendigkeit, auch mit der Presse stets in freundschaftlichen Verhältnis zu bleiben, was vielleicht dadurch zu erreichen sein wird, daß in den Orten, wo Fürsorgeanstalten bestehen, die Presse zu ihrer Besichtigung aufgefördert und mit den Einrichtungen bekannt gemacht wird. Hierauf sprach Dr. Petersen, Direktor der öffentlichen Jugendfürsorge in Hamburg über:

„Das Recht des Kindes auf Erziehung und dessen Verwirklichung.“

Redner ging von der Darlegung aus, daß, obgleich eine ganze Anzahl gesetzlicher Bestimmungen über die Erziehung des Kindes bestehen, dennoch eine lückenlose Fürsorge für alle Jugendlichen, denen die erforderliche Erziehung seitens der beruflichen Erzieher nicht zuteil wird, auch durch die öffentlichen Organe noch nicht überall stattfindet. Das Kind hat zwar privatrechtlich einen Anspruch auf Erziehung gegenüber seinen Eltern oder Vormündern — es gibt Vorschriften, die diesen Anspruch verwirklichen sollen — doch sind sie nicht ausreichend. Dies liegt teils an den Mängeln der Gesetzgebung. Die öffentlich rechtliche Erziehung, sowohl die seitens der Armenverwaltungen im Falle der armenrechtlichen Hilfsbedürftigkeit gebotene als die im Falle der Verwahrlosung oder drohenden Verwahrlosung eintretende Zwangs- oder Fürsorgeerziehung, ist landesrechtlich geregelt. Die Gesetze der einzelnen Bundesstaaten sind untereinander erheblich verschieden. Nicht in allen Ländern sind die Gesetze so beschaffen, daß immer, wenn an Stelle der elterlichen Erziehung eine Erziehung eintreten sollte, eine solche wirklich eintritt, in dem entweder die Formulierung der Gesetze zu wünschen übrig läßt oder die Ausführung der Erziehung in den Händen von Körperschaften liegt, die dieser Aufgabe nicht gewachsen sind. Ramentlich die unzulänglichste ländliche Armenverwaltung in der Kinderfürsorge legt Redner eingehend dar, ebenso die Lücken in der Fürsorgeerziehungs-Gesetzgebung. Sodann zeigte Dr. Petersen den Umschwung der Auffassungen, der im letzten Jahrzehnt auf diesem Gebiete eingetreten ist. Ursprünglich war die Kinderpflege vorwiegend aus religiösen und humanitären Motiven heraus betrieben. Das Mitleid mit dem einzelnen Kinde war der Beweggrund der Fürsorge. Allmählich ist erkannt worden, daß die Erziehung auch eine sozialpolitische Aufgabe ersten Ranges ist, die von höchster Bedeutung für die Zukunft des ganzen Volkes ist. Seitdem ist sie mehr und mehr zu einer öffentlichen Aufgabe geworden, die nur mit öffentlichen Mitteln und durch Körperschaften öffentlichen Rechts erfolgreich gelöst werden kann. Es muß aber angestrebt werden, allen Kindern, die der Erziehung bedürfen, sie zu verschaffen. Das ist nur möglich, wenn diese Frage reichs- gesetzlich geregelt wird. Ein zu schaffendes Reichsgesetz sollte ausgehen von einem öffentlich rechtlichen Anspruch des Kindes auf Erziehung. Es müßte die materiellen Voraussetzungen in der Armenpflege und in der Zwangserziehung einheitlich festsetzen, ferner, das System der Zwangserziehung ergänzen durch Aufnahme der staatlich überwachten Erziehung, die auch der Vorentwurf zum Strafgesetzbuch fordert. Notwendig ist ferner eine einheitliche Regelung der örtlichen Zuständigkeit und anderer formaler Voraussetzungen, insbesondere Ausdehnung des Bescheidrechts über die Landesgrenzen hinaus. Die Ausführung der Erziehung soll nur wirklich leistungsfähigen Verbänden übertragen werden. Es sind Erziehungsämter zu bilden, die sich eine die Erziehung überwachende Organisation zu schaffen haben. Den Erziehungsämtern bzw. ihren Organen sind Befugnisse zu geben, die ihre Tätigkeit wirklich wirksam machen, Bescheidrecht gegen Armenverbände und Vormundschaftsgerichte, aber auch Zwangsmittel gegen renitente Eltern und Vormünder. Diese Erziehungsbehörden sollten vor allem systematisch vorgehen und dahinstreben, rechtzeitig alle Fälle drohender Verwahrlosung und überhaupt mangelhafter Erziehung zu erkennen. Wenn ein Reichsgesetz diese allgemeinen Vorschriften enthielte, könnten die Einzelheiten der Ausführung der Landesgesetzgebung überlassen bleiben.

Redner legt dem Kongreß folgende Resolution vor:

Der Allgemeine Fürsorgeerziehungstag beschließt unter Bezugnahme auf die Verhandlungen über den Anspruch des Kindes auf Erziehung und dessen Verwirklichung, den Herrn Reichsminister zu bitten, eine Kommission zu berufen, der die Aufgabe gestellt wird, den Vorentwurf zu einem Reichsgesetz über die Erziehung zu beraten und diesen dem Herrn Reichsminister vorzulegen. Der Allgemeine Fürsorgeerziehungstag hält es für notwendig, daß in diese Kommission außer Verwaltungsbeamten und Richtern auch einige in der Fürsorgeerziehung erfahrene Pädagogen und Mediziner berufen werden.

In der Diskussion führte Stadtrat Köhler, Leipzig aus: Die vom Referenten begründete Forderung eines Reichsgesetzes für Erziehung und Erziehungsaufsicht dürfte auf große Schwierigkeiten stoßen, weil die Bundesstaaten ihre Fürsorgegesetzgebung so gut wie abgeschlossen haben. Privatrechtlich hat das Kind gewiß ein Recht auf Erziehung, aber ein solcher Anspruch gegenüber dem Staat ist mindestens sehr zweifelhaft. Er findet seine Grenzen an der Rechtsmängelhaftigkeit, die bei unbedingten Kindern nicht besteht. Mehr als bisher müssen wir das erzieherische Moment betonen.

Amtsgerichtsrat Köhne, Berlin wendet sich gegen die vom Referenten befürwortete Ausschließung der Vormundschaftsgerichte von der Fürsorgetätigkeit. Wir haben jetzt schon manche geeigneten Richter, und die Aufgabe bildet ihre Männer. Wo die Erziehungsaufsicht der Behörde auferlegt wird, steht ihr allerdings kein Recht auf Erziehung gegenüber, wohl aber dort, wo diese Pflicht im Bürgerlichen Gesetzbuch dem Vater auferlegt ist. Die soziale Fürsorgeerziehung ist schon im 15. Jahrhundert in der Nürnberger Bittelordnung und im Augsburger Reichstagsabschied von 1500 ausgesprochen. Dort wird schon gesagt, daß ungeeigneten Eltern die der Verwahrlosung ausgesetzten Kinder fortgenommen werden können. Es ist nicht in jedem Falle der Verwahrlosung gleich mit der Fürsorgeerziehung dreinzuschlagen. Auch die Schulaufsicht kann bedeutende Erfolge erzielen, wenn, wie ich es mache, den Eltern gesagt wird, daß sie die Anweisungen dessen, der die Schulaufsicht führt, nicht unbedingt befolgen müssen, wenn sie sie für unrichtig halten, sondern daß sie sich an den Vormundschaftsrichter wenden können. Gleichzeitig muß aber den Eltern gesagt werden, daß, wenn sie die Ratschläge aus Torheit mißachten und abschließend nicht befolgen, man ihnen wegen Pflichtverhältnisses die Kindererziehung wegnehmen werde. Wer mit Personen und Dingen Bescheid weiß, für den ist es in Berlin stets möglich, solche Kinder unterzubringen. Denn wir haben eine reich gegliederte Charitas und viele reiche Leute, die bereit sind, für eine solche Schulaufsicht Geld herzugeben. Auch auf dem Lande soll das Fürsorgegesetz die private Charitas nicht erschlagen, sondern auch dort müssen Familien gesucht werden, die solche Kinder am Gotteswillen aufnehmen. Und das wird gelingen, wenn nur Ehrer und Lehrer fleißig dahinter sind. Bei mir gibt es keinen Fürsorgebescheid ohne vorherige vorläufige Unterbringung. Aber wenn eine Fürsorgeerziehung nötig erscheint, darf der Beschluß

nicht erst nach Monaten gefaßt werden, sondern es muß möglich sein, ihn schon binnen zwei bis drei Tagen zu fassen. Wenn in Preußen die vorläufige Unterbringung nicht zur Fürsorge führt, bleiben die Kosten dem Fiskus, und der kann diese geringen Kosten schon bestreiten. Allerdings ist dies nicht in allen deutschen Bundesstaaten der Fall. Die Zuständigkeitsfragen sind bei allen behördlichen Fragen am unangenehmsten deshalb, weil sie nur unzulängliche Schreibeuren schaffen. Wenn bei mir jemand seine Zuständigkeit verneint, dann bejahe ich deshalb doch meine Zuständigkeit. Von der Resolution kann ich einen praktischen Erfolg nicht erwarten, dagegen wächst die Stimmung für ein deutsches Jugendgerichtsgesetz immer mehr, und daher wird es vielleicht möglich sein, die Grundgesetze eines Reichsfürsorgegesetzes mit hineinzuarbeiten.

Die Fürsorgekammer im Berliner Volkspräsidium, Fräulein Dittmann, erklärte, daß ihr familiäre Fälle von gefährdeten Jugendlichen vorgelegt werden, die zunächst in Schulaufsicht genommen werden sollen. Zu diesem Zwecke stehe sie mit sämtlichen Berliner Fürsorgevereinen und solchen Familien, die Kinder in Schulaufsicht nehmen, in ständiger Verbindung. Sie empfehle solche Einrichtung überall zur Nachahmung und sei zur Erstellung von Ratschlägen gern bereit. — Direktor Sellschop, Koitost stimmt dem Referenten in der Forderung eines Reichsgesetzes völlig zu. — Domkapitular Bartels, Paderborn: Wenn die Forderung eines Reichsgesetzes angenommen wird, könnte der preussische Landtag die von uns gewünschten Ergänzungsfürsorgegesetze hinausschieben. Es läßt sich nicht leugnen, daß unser heutiges preussisches Fürsorgegesetz gute Erfolge gehabt hat. Aus der Forderung eines Reichsgesetzes könnte man aber das Gegenteil herauslesen. Ich schlage vor, die Resolution unserer juristischen Kommission zur weiteren Beratung sowie zur Diskussion in den angeschlossenen Organisationen zu überweisen.

Amtsrichter Dr. Rein, Lübeck beklagt, daß in der Provinz die Armenverwaltungen für erzieherische Aufgaben keine Aufwendungen machen. Es können aber nicht alle den Armenverwaltungen unterstehenden Kinder, selbst wenn es erforderlich wäre, in Fürsorgeerziehung gebracht werden. Hier wäre die Fürsorgeerziehung auch ein viel zu scharfer Eingriff. Eine nützliche Tätigkeit könnten die Gemeindefürsorgeämter entfalten. Es müßten ihnen aber gut befahrene Beamte und die nötigen Rechte beigegeben werden.

Geh. Landrat Schmidt, Düsseldorf betont gegenüber Amtsgerichtsrat Köhne, daß die Kosten für die Fürsorgeerziehung überall da, wo die Polizei nicht staatlich ist, der Gemeinde zur Last fallen, weshalb sich die Gemeinden es oft sehr überlegen, Anträge auf Fürsorgeerziehung zu stellen. Wir müssen alles vermeiden, was die zahlreichen und starken Gegner jeder Erweiterung des preussischen Fürsorgegesetzes noch stärker machen könnte. Deshalb bin ich gegen die Resolution. In bezug auf die Unterbringung derjenigen, die unter Schulaufsicht gestellt werden sollen, scheint Herr Köhne allein in so glücklicher Lage zu sein. Aus seinen Ausführungen klang so etwas wie eine nicht allzu große Freundschaft für das preussische Fürsorgegesetz. (Amtsgerichtsrat Köhne verneint entschieden.) Dieses Gesetz hat sich aber durchaus bewährt. Wenn jedes Vormundschaftsgericht eine eigene Fürsorge stellen wird, dann ersticken wir schließlich vor lauter Behörden. Nur die Provinzialleitung ist geeignet zu erfolgreicher Leitung der Fürsorgeerziehung, denn ihr stehen alle Mittel und Anstalten zur Verfügung.

Direktor Pastor Roth, Groß-Mosen polemisiert gleichfalls gegen Amtsgerichtsrat Köhne. Die Forderung eines öffentlichen Rechtsanspruchs auf Erziehung kann zu unerfreulichen Konsequenzen führen; sie kann das Pflichtbewußtsein und das Verantwortlichkeitsgefühl der Jugendlichen vermindern, wie das jetzt schon die soziale Gesetzgebung im Volke tut. Wie soll es dann werden, wenn im Strafprozeß künftig der Angeklagte erklärt, er habe die notwendige Erziehung, auf die er Anspruch habe, nicht erhalten? Soll da der Staat insonsequent werden und den Anspruch darauf bestreiten, oder soll er eine solche Behauptung anerkennen durch Strafmilderung oder Straferlass?

In seinem Schlusswort erklärt Direktor Petersen, Hamburg: Es ist eine merkwürdige Anomalie, daß der Staat den Anspruch, den er an Eltern und Vormünder hat, nicht auch an die Gemeinden stellen soll. Eine Unfreundlichkeit gegen die Vormundschaftsrichter lag mir durchaus fern. Aber nicht die Vormundschaftsrichter, sondern die Landeshauptleute usw. sind die geeigneten Instanzen, um als Juristen gegenüber den Technikern der Erziehung die Verantwortung für die Erziehung zu tragen. Wenn der Vormundschaftsrichter selbst die Zweifelsfrage entscheidet, so verliert das Kind dadurch eine Beweismöglichkeit. Unabhängige Richter sind deshalb doch noch nicht unfehlbar. Die Zuständigkeitschwierigkeiten können durch eine Reformulierung des Gesetzes zwar nicht beseitigt, aber stark eingeschränkt werden. Das Jugendgerichtsgesetz kann sich nur mit Personen beschäftigen, die schon einmal kriminell geworden sind. Vom Jugendgesetz wollen wir doch vorwiegend Maßregeln gegen das Arminelwerden. Deshalb versprechen wir und nicht viel von dem vom Amtsgerichtsrat Köhne gewiesenen Weg.

Die Resolution wurde dem Rechtsausschuß des Allgemeinen Fürsorgeerziehungstages im Sinne des Antrages Bartels zur weiteren Beratung zugewiesen. Zum Tagungsort des nächsten Fürsorgetages im Jahre 1914 wurde Halle bestimmt.

Der Widerspruch gegen eine reichsgesetzliche Regelung des Fürsorgewesens zeigt, wie viel notwendiger einer Reihe von Teilnehmern vom Fürsorgeerziehungstag Aufklärung nötig ist, als der Presse, der die Tagung gütigst solche bereitstellen will. Das Resultat des Fürsorgeerziehungstages ist ein recht dürftiges. Wie ein rotter Faden durchzog insbesondere am Schlußtage die Ausführungen der Redner die beweislos aufgestellte Behauptung: Seht, wie viel Gutes die preussische Fürsorgeerziehung geleistet hat! Diese pharisiäische Selbstverherrlichung steht mit der Wirklichkeit in schroffem Widerspruch. Wer sich auch nur der erschütternden Fälle aus Solanders Wohnmischer Bildnis oder aus Pastor Breithaupt's Mitleid erinnert, muß zugestehen, daß leider unser Fürsorgeerziehungssystem in unendlich viel Fällen sich als völlig ungeeignet erwiesen hat, körperliche, geistige und sittliche Mängel zu heben, vielmehr geradezu verhöhnt und verwirrend gewirkt und das Menschliche im Menschen erstikt hat. Und dennoch auf dem Erziehungstag dies schleimige, fäuliche, widerliche Selbstlob! Der Fürsorgetag hätte reichliche, überreichliche Schäden unseres Fürsorgewesens aufzudecken gehabt. Dadurch hätte er sich ein Verdienst erworben, nicht durch die Vertuschungsalbwerke. Die unabhängige Presse wird, unbeirrt um vertuschende Informationen, die zum Himmel schreienden Mängel unseres Fürsorgewesens niedriger hängen: im Interesse der Allgemeinheit und vor allem im Interesse der armen schuldlosen Kinder.

Der Verbandstag der Holzarbeiter.

Die gestrige Vormittagsitzung beschäftigte sich fortgesetzt mit dem Punkt

Unsere Lohnbewegung.

Zunächst beendete Reumann, Berlin sein bereits am Dienstagmorgen begonnenes Referat, dem im allgemeinen folgendes zu entnehmen ist:

Der Verbandsvorstand ist nicht der Ansicht, daß in der Tarifbewegung des Holzarbeiterverbandes Erscheinungen sich gezeigt haben sollten, die zu irgendwelchen grundlegenden Änderungen der bisherigen Taktik Veranlassung geben könnten, sondern ist vielmehr davon überzeugt, daß die auf früheren Verbandstagen festgelegten Grundzüge sich im allgemeinen bewährt haben. Davon zeugt auch der Erfolg der Tarifbewegungen der letzten Jahre. Was den gegenwärtigen Stand der Tarifverträge des Holzarbeiterverbandes anbelangt, ist zu sagen, daß im ganzen 603 Verträge in

510 Orten mit 115 504 Beschäftigten bestehen. Der größte Teil dieser Verträge ist nicht mit dem Arbeitgeberschutzverband, sondern mit anderen Arbeitgebercorporationen oder einzelnen Firmen abgeschlossen, jedoch umfassen die mit dem Arbeitgeberschutzverband abgeschlossenen 163 Verträge die größere Zahl der unter Tarif beschäftigten Personen, nämlich 79 254. Außerdem bestehen noch 130 Verträge für 10 200 Beschäftigte ohne festen Ablaufstermin, 60 Verträge, die stillschweigend weiterlaufen und für 2100 Beschäftigte gelten, sowie 108 Verträge, mit dem Ablaufstermin von 1912, die noch nicht erneuert sind und sich auf 4996 Beschäftigte erstrecken, so daß die Gesamtzahl der Tarifverträge des Holzarbeiterverbandes 960 ist, und die der unter Tarifverträgen beschäftigten Personen 132 800. Ueber die Beteiligung der verschiedenen Branchen an den Lohnbewegungen ergibt sich, daß in den beiden Berichtsjahren 1910 und 1911 zusammengerechnet die Tischler in 1470 Fällen beteiligt waren, die Drechsler in 420, die Wurstmacher in 43, die Stellmacher in 174, die Storbmacher in 63 Fällen, die Korbschneider in einem Fall, die Bergolber in 51, die Maschinenarbeiter in 715, Hilfsarbeiter in 248, verschiedene Arbeiter in 194, und Arbeiterinnen in 142 Fällen. — Der Redner äußert sich dann weiter über die Art und den Verlauf der Lohnbewegungen und Kämpfe der letzten Jahre und erklärt dabei unter anderem, es könne heute schon ausgesprochen werden, daß alle Verträge mit dem Arbeitgeberschutzverband, die vor dem Ablauf stehen, zum Jahre 1913 gekündigt werden. Zur Verhandlung über die Lohnbewegungen finden bekanntlich im Holzarbeiterverbande Stadtkonferenzen statt, auf denen die Vertragsorte durch die am meisten erfahrenen und tüchtigsten Kollegen vertreten sind. Diese Konferenzen haben aber, wie der Redner hervorhebt, nicht nur den Zweck, das Verhalten der Mitglieder an den verschiedenen Orten zu regeln, sondern sie sollen auch über die grundlegende Taktik beraten. Es hat sich bisher, wenn auch natürlich Meinungsverschiedenheiten hervortraten, immer wieder gezeigt, daß Einmütigkeit unter den Vertretern zustande kam, was ein Beweis für die starke Aktionsfähigkeit des Holzarbeiterverbandes ist. Die Verbandsmitglieder haben gelernt, zusammenzuhalten, und dadurch sind unsere Ertragsergebnisse möglich geworden. Der Redner weist im einzelnen nach, wie schwankend die Haltung der Unternehmerorganisation hinsichtlich der Verhandlungsgrundlagen ist und wie wenig Einfluß ihre Zentrale auf die einzelnen Bezirksverbände ausüben vermag. Nachdem auf Wunsch des Schutzverbandes seinerzeit die Zentralkommission mit den Verhandlungen betraut wurde, erklärt man jetzt: So wie bisher können die Verhandlungen nicht geführt werden. Man verlangt jetzt auf jener Seite wieder einen unparteiischen Verhandlungsleiter. Erst verlangte man ein Vertragsmuster als Grundlage für die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im ganzen Reiche, jetzt wird unter den Arbeitgebern gegen den Mustervertrag gekämpft. In Biegung vermachte der Schutzverband es nicht zu verhindern, daß seine Mitglieder während der Verhandlungen eine Aussperrung veranstalteten und sich nicht bewegen ließen, sie aufzuheben. Herr Rabardt legte damals den Vertretern des Holzarbeiterverbandes einen Brief vor, als Beweis dafür, daß die Biegung aus dem Schutzverband ausgeschlossen waren, aber als dann in Biegung örtliche Verhandlungen angeknüpft wurden, zeigte es sich, daß dieser Ausschluß tatsächlich nicht erfolgt war. Auch bei der letzten Tarifbewegung haben wir gesehen, daß verschiedene Bezirksverbände sich dem gefällten Schiedsspruch nicht fügten, und daß der Arbeitgeberschutzverband seinen Einfluß nicht so weit geltend machte, oder geltend machen konnte, den Schiedsspruch bei seinen Mitgliedern überall zur Anerkennung zu bringen. Erst durch den Einfluß des Holzarbeiterverbandes ist das dann gelungen. Allerdings ist es auch vorgekommen, daß in einzelnen Orten unsere Zahlstellen, während die zentralen Verhandlungen stattfanden, die Arbeit einstellten. Materieller Schaden ist daraus für unseren Verband nicht entstanden, aber es muß mit aller Kraft dahin gewirkt werden, daß solche Disziplinwidrigkeiten in Zukunft vermieden werden. Hinsichtlich des Ablaufstermins streben die Arbeitgeber bekanntlich nach einer Einheitlichkeit für alle Verträge, wir aber müssen danach trachten, daß die bestehenden vier Gruppen beibehalten werden, und es hat sich auch deutlich gezeigt, daß unsere Mitglieder volles Verständnis für diese Auffassung haben. Die Verhältnisse liegen jetzt bei den Lohnbewegungen vielfach so, daß wir kaum noch um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu kämpfen haben. Was in dieser Hinsicht durchgesetzt werden muß und nach Lage der Verhältnisse im Gewerbe erreicht werden kann, das holen wir uns. Aber es ist durch die bisherigen Lohnbewegungen eine Situation geschaffen, bei der die Gegensätze auf prinzipiellem Gebiete liegen. Es handelt sich für die Arbeitgeber darum, ihre bevorrechtigte Stellung zu erhalten, in der sie sich durch die wachsenden Erfolge des Holzarbeiterverbandes bedroht fühlen. In einem Kampf, bei dem es sich um diese Frage handelt, sind Kompromisse nicht mehr möglich, da muß die eine oder die andere Partei unterliegen, und da gilt es für uns, tüchtige Kämpfer zu haben, die Organisation zu stärken durch weitere Aufklärung der Mitglieder. Die Ergebnisse der seitwärtigen Lohnbewegungen haben bei den Arbeitgebern viel Unzufriedenheit hervorgerufen, aber auch unter unseren Mitgliedern tritt in dieser Hinsicht immer wieder Unzufriedenheit zu Tage. Sie wünschen immer wieder, daß mehr herausgeholt werden sollte. Manche Mitglieder erschöpfen ihre Kraft im Kritizieren, statt die errungenen Vorteile zur Agitation für den Verband auszunutzen. Es gilt nun, unsere Taktik auf die große Vertragsbewegung einzurichten, vor der wir jetzt stehen und von der mehr abhängt, als manche Mitglieder denken. Dann erwarten wir noch mehr Disziplin von den Mitgliedern als bisher. Wir werden uns hier dafür aussprechen, daß die vor dem Ablauf stehenden Verträge gekündigt werden. Wir haben dann dafür zu sorgen, die Verträge weiter auszubauen, damit wir nicht nur zu Verträgen, sondern auch zu guten Verträgen kommen. — Nachdem der Redner noch weiter auf die Grundzüge eingegangen war, die für die bevorstehende Tarifbewegung maßgebend sein sollen, schloß er seinen vierstündigen Vortrag mit den Worten: Wenn, wie es ganz den Anschein hat, wieder Stürme über uns hereinbrechen, das Unschickelium sich in neuen Wackeltümpeln auf uns stürzt, dann ist es notwendig, daß die gesamte Kollegenschaft wie ein Mann hinter der Verbandslitung steht und unsere Organisation sich wiederum als feste unerschütterliche Unterlage erweist. — Der Vortrag fand lebhaft Zustimmung.

Hierauf berichtete Leopold, Berlin über die Stellungnahme der Statutenberatungskommission zu den Anträgen, die sich auf die Lohnbewegung beziehen. Es folgt eine sehr rege Diskussion,

in der die Vertreter aus den verschiedenen Orten ihrer Meinung über die Lohnbewegung Ausdruck geben, Anträge begründen und besondere Wünsche vortragen. Im allgemeinen zeigt es sich, daß man mit den Ausführungen des Referenten durchaus einverstanden ist und auch über die Vertragspolitik des Vorstandes keine Meinungsverschiedenheit herrscht. Wiederholt wurde in der Diskussion betont, daß wenn auf Seiten der Arbeiter hier und da in der Tarifbewegung Disziplinbrüche vorgekommen sind, diese meist von den Arbeitgebern provoziert wurden. An die Tarifverhandlungen knüpfen die Diskussionredner verschiedene Forderungen. Wenn man auch allgemein von der Notwendigkeit zentraler Verhandlungen überzeugt war, protestierten doch mehrere Delegierte gegen die Versuche der Arbeitgeber, die örtlichen Vertreter bei den Tarifverhandlungen mehr und mehr auszuschalten. — Es kommt bekanntlich nicht selten vor, daß Mitglieder des Holzarbeiterverbandes an Lohnbewegungen beteiligt sind, die vom Metallarbeiterverband geführt werden, und in dieser Hinsicht fragten mehrere Delegierte darüber, daß dieser Verband die Organisation der Holzarbeiter nicht früh genug in Kenntnis setzte, wodurch eine erfolgreiche Durchführung solcher Bewegungen erschwert werde. Im allgemeinen zeigte der Verlauf der Diskussion dafür, daß man allerorts bereit und entschlossen ist, die bevorstehende Lohnbewegung einmütig und in vollem Einverständnis und nach reiflicher Überlegung mit dem Hauptvorstand und den übrigen maßgebenden Körperschaften des Verbandes energig durchzuführen. — Von den zu diesem Punkt der Tagesordnung

vorliegenden Anträgen wird ein Antrag Dresden, bei Lohnbewegungen der großen Städte die Vororte nach Möglichkeit einzubeziehen, dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen; ebenso zwei Anträge Leipzig und Hannover, eine Zusammenstellung der wichtigsten Entscheidungen der beiderseitigen Hauptvorstände sowie der zentralen Schlichtungskommission über Auslegung der Verträge als Broschüre herauszugeben und allen Verbandsfunktionären zuzufächeln oder, wie Hannover beantragt hatte, diese Entscheidungen im Jahrbuch zu veröffentlichen oder sie auf andere Weise den Ortsverwaltungen zugänglich zu machen.

Angenommen wurden mit kleinen Abänderungen ein Antrag Bremen, der besagt, daß bei künftigen Tarifabschlüssen besonderer Wert auf die Entlohnung der ungelernten Arbeiter in den Betrieben zu legen ist, um damit zu erreichen, daß diese Löhne den Wert der gekerbten Arbeitskraft nicht verringern, und ein Antrag Stuttgart, bei künftigen Vertragsabschlüssen die Forderung zu erheben: Etwaige Affordarise bilden einen Teil des Arbeitsvertrages und sind deshalb in den Verträgen sichtbar auszuhängen. Außerdem wurde im Sinne eines Berliner Antrages beschlossen:

„Beim Abschluß von Tarifverträgen für solche Orte oder Firmen, die in größerem Maße in anderen Orten Arbeit ausführen lassen, ist darauf hinzuwirken, daß der Bedarf an Arbeitskräften am Montageort durch den von unseren Kollegen anerkannten Arbeitsnachweis gedeckt wird.“

Es kommt sodann die Frage zur Beratung, ob und in welcher Form die leistungsfähigeren Jobstellen des Verbandes zu einem höheren Beitrag an die Hauptkasse als 50 Pf. herangezogen werden sollen. Die höhere Beitragsleistung ist den betreffenden Jobstellen als moralische Verpflichtung schon durch den Münchener Verbandstag auferlegt worden. Es liegen nun drei Anträge, vom Gautag Dresden, von München und Leipzig vor, wonach in der einen oder anderen Form die Pflicht zu höherer Beitragsleistung an die Hauptkasse grundsätzlich oder statutarisch festgelegt werden soll. — Mit den Anträgen hat sich bereits die Statutenberatungskommission beschäftigt, und über das Ergebnis berichtet Leopold Berlin. Es folgt eine rege Diskussion. Sie soll in der heutigen Sitzung fortgesetzt werden.

6. Generalversammlung des Zentralverbandes der Bildhauer Deutschlands.

München, 25. Juni 1912.

Die sehr ausgedehnte Debatte über den Geschäftsbericht wurde auch noch am Dienstag fortgesetzt. Sie drehte sich in der Hauptsache um die

Arbeitsnachweisfrage.

Miesbach-Verein wünscht einen prompteren Verkehr zwischen den einzelnen Ortsverwaltungen und der Zentralarbeitsnachweisstelle in Berlin. Daß manche Stellen nicht besetzt werden können, sei auf das Konto einiger Verwalter zu setzen, die das Angebot oft 8 Tage liegen lassen. Wenn die verlangten Kräfte am Orte nicht vorhanden sind, soll sofort die Zentralstelle telegraphisch verständigt werden. Wenn es gilt, arbeitslosen Kollegen Arbeit zu verschaffen, dürfen solche Kosten nicht gescheut werden.

Deibel-Stuttgart meint, daß gerade durch die städtischen Arbeitsnachweise die miserabelsten Stellen vermittelt werden. Aus diesem Grunde sei es bedauerlich, daß einige Verwaltungen die eigenen Arbeitsnachweise zugunsten der städtischen paritätischen Arbeitsnachweise aufgeben und dadurch jede Kontrolle aus der Hand gegeben haben. Das bedeute für die Bildhauer eine Gefahr. Man sollte keine so großen Hoffnungen auf die angeführten kommunalen Arbeitslosenversicherungen richten. Die Voraussetzung zum Weg der Unterstützung sei an einen einjährigen Aufenthalt im Stadtgebiet gebunden, dadurch werde es den Kollegen schwer gemacht, auswärts Arbeit anzunehmen. In Straßburg, Wülhausen i. E., Freiburg i. Br. und Schöneberg ist die kommunale Arbeitslosenunterstützung nach dem Center System bereits eingeführt, in Stuttgart und anderen Städten beschäftigt man sich zurzeit mit dieser Frage. In einzelnen dieser Ortsverwaltungen sei alles darauf zugeschnitten, um die Paar Pfennige Arbeitslosenunterstützung zu erhalten. Für ein derartiges Vorfingergeld sollen wir unsere selbständige Stellenvermittlung nicht preisgeben. Da weitere Stadtverwaltungen vielleicht in den nächsten Jahren ebenfalls die kommunale Arbeitslosenunterstützung einführen dürften, sei es notwendig, diese Neuerscheinung im Auge zu behalten und allen Wert auf die selbständige Stellenvermittlung der Organisation zu legen.

Dupont stellt fest, daß das Center System in der kommunalen Arbeitslosenunterstützung die Mitwirkung der Gewerkschaften nicht ausschließt. Ohne einen paritätischen gemeindlichen Arbeitsnachweis sei das Center System nicht durchzuführen. Ob es richtiger ist, die eigentliche Arbeitsvermittlung dem städtischen Arbeitsnachweis anzugliedern und dadurch den Mitgliedern die kommunale Arbeitslosenunterstützung zu sichern oder ob die Arbeitsnachweise selbständig weiterzuführen seien, sei eine Frage, die von Fall zu Fall entschieden werden müsse.

Miesbach-Verein meint, es könne keine Rede sein, daß wir uns in der Frage der kommunalen Arbeitslosenversicherung ablehnend verhalten können. Wenn allerdings die kommunalen paritätischen Arbeitsnachweise zu Streikvermittlungsorganen ausarten, so haben wir dies nicht mitzumachen. Die Gewerkschaften müssen ihre wirtschaftliche Macht auch bei der Regelung der Arbeitsvermittlung geltend machen. In Schöneberg sei die kommunale Arbeitslosenunterstützung nach dem Center System ebenfalls eingeführt. Das Verlangen, die eigene Stellenvermittlung zugunsten des paritätischen Arbeitsnachweises aufzulösen, wurde von den Bildhauern und noch einigen Gewerkschaftern abgelehnt. Die hierfür vorgebrachten Gründe hat man hier gewürdigt. Die Arbeitsvermittlung sei besonders für jene Orte sehr wichtig, wo die Heberstundenwirtschaft an der Tagesordnung ist.

Umbreit (Generalkommission) betont, daß die Gewerkschaften in hohem Maße an der kommunalen Arbeitslosenversicherung interessiert sind. Sollte sich in den nächsten Jahren das Center System weiter ausbreiten, wird man mit der Angleichung der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise an die städtischen paritätischen Arbeitsnachweise rechnen müssen. Gezwungen können die Gewerkschaften allerdings nicht werden. Werden die einzelnen Wünsche bei der städtischen Arbeitsvermittlung nicht berücksichtigt, muß man suchen, auf die Arbeitsvermittlung Einfluß zu bekommen.

Lüttich-Leipzig ist der Ansicht, daß wenn die Behörden an die Gewerkschaften in der Frage der kommunalen Arbeitslosenunterstützung herantreten, die Gewerkschaften die Pflicht haben, mitzuarbeiten, selbst wenn kleine Gruppen auf bisherige Vorteile verzichten müssen. Eine Weigerung, die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise aufzugeben, bedeute nichts weiter als ein Hindernis für die kommunale Arbeitslosenversicherung. In größeren Orten haben ohnehin die Gewerkschaften den Vorteil, daß sie auf die kommunale Arbeitsnachweise Einfluß haben.

Dupont faßt das Ergebnis der Debatte dahin zusammen, daß die Erhebung der eigenen Arbeitsnachweise im Einzelnen des Zentralverbandes von Fall zu Fall entschieden werden und in der bisherigen Arbeitsvermittlung vorläufig keine Änderung eintreten soll.

In der weiteren Debatte wurden noch einige Wünsche und Anregungen zum Geschäftsbericht vorgebracht und die Grenzstreitigkeiten mit dem Porzellanarbeiterverbande besprochen.

Es folgt die Debatte über die Taktik bei Lohn- und Tarifbewegungen, die in einer geschlossenen Sitzung weitergeführt wird.

IX. Ordentlicher Verbandstag der Schuhmacher.

Nürnberg, 25. Juni.

An der weiteren Diskussion über die Vorstandsberichte handelt es sich um die Anregungen, die darauf hinausgehen, den Haupt-

vorstand um einen zweiten Besonderen Zentralvorstehenden zur Unterstützung des Kollegen Simon zu erweitern, ferner einen zweiten Redakteur anzustellen und einen Beirat für den Zentralvorstand zu schaffen. Weitere Anträge wünschen eine neue Regelung der Agitation unter den Holzschuh- und Pantoffelmachern und Herbeiführung einer Verständigung mit dem Holzarbeiterverband über die Organisationszugehörigkeit dieser Berufsgruppen.

Eine Rolle in der Diskussion spielte auch die seinerzeit von den Verbandsvorstehenden und Höltermann-Nürnberg unternommene Amerikareise, die auf Beschluß des Nürnberger Verbandstages vorgenommen wurde und die seinerzeit von einigen Jobstellen moniert wurde. Im allgemeinen ist sich der Verbandstag darüber einig, daß die Reise von außerordentlicher Bedeutung war und vollständig befriedigte. In Kürze wird eine Broschüre darüber erscheinen.

In längeren Ausführungen urteilt Düll-Erfurt den Standpunkt seiner Jobstelle, die die politische Tätigkeit des Kollegen Simon eingeschränkt, aber nicht ganz unmöglich gemacht wissen will, und moniert verschiedene Unrichtigkeiten im Geschäftsbericht. Die einzelnen Ressorts schienen ihm nicht genügend ineinander zu greifen. Wendig-Berlin beantragt Ueberweisung der Anträge, die sich mit der politischen Betätigung der Angestellten befassen und die noch durch einige weitere im Verlauf der Debatte gestellte vermehrt werden, an die Statutenberatungskommission.

Simon-Nürnberg gibt eine Darstellung der Schwierigkeiten, die Ergebnisse der Amerikareise in einer Schrift niederzulegen, um den Kollegen das vorzügliche Material zu übermitteln. Dann verbreitet er sich eingehend über seine politische Tätigkeit. Sein doppeltes Mandat sei ihm selbst unangenehm, aber aus politischen Gründen habe er sich seinerzeit dazu entschlossen; in Zukunft werde er kein doppeltes Mandat mehr ausüben. Die gedauerten Ansichten, daß noch hunderttausend Schuhmacher zu organisieren und daß diese mit einem zweiten Vorsitzenden zu holen sind, sind übertrieben. Die Schöharbeiter werden trotz der größten Anstrengungen nur auf 30—40 Proz. zu organisieren sein, und was wir noch herausholen können, sind höchstens noch 20—30 Tausend, wir sind schon heute procentual an einer ziemlich vordersten Stelle. In den Fabriken haben wir nicht sehr viel Organisationsfähige mehr zu holen. Weiter verbreitet sich Simon über die Statistik, die von verschiedenen Seiten angegriffen worden ist, und über die Finanzverhältnisse, die sich in den letzten zwei Jahren, trotz 10 000 neuer Mitglieder, die Beiträge geleistet und keine Unterstützung bezogen haben, sich nicht verbesserten. Eine Reform ist also dringend notwendig. Zu der Schaffung eines Beirats bemerkt Simon, daß es am besten sei, die Verbandstagsdelegierten immer auf zwei Jahre als gewählt zu betrachten, um sie schnell aufzumengeln zu können, im übrigen habe man ja die Gau- und Ortsbeamten.

Sekretär Weidert-Nürnberg macht den Vorschlag, die Frage der Anstellungsverträge und der politischen Betätigung dem nächsten Verbandstag zur Regelung zu übertragen.

Die Debatte dreht sich auch im Verlauf der Nachmittags-sitzung noch um den Geschäftsbericht und eine ganze Anzahl Redner verbreiten sich über die schwebenden Fragen, ohne jedoch neuere Gesichtspunkte zu bringen. Der im vorigen Jahre fällig geordnete 53. Wochenbeitrag ruft ebenfalls eine Anzahl Redner auf den Plan, die über die Berechtigung dieser Maßregel verschiedener Meinung sind.

Die Debatte über den Geschäftsbericht ist noch nicht beendet.

Soziales.

Ein Arbeiterunternehmen.

Mit unheimlicher Ducht ließ die berühmte Wirtschaftspolitik der Ritter und Heiligen die Geißel der Not und Entbehrung auf die Tabakarbeiter niederfahren. Jede Finanzreform brachte das widerwärtige Schauspiel einer trüglichen Weigerung der Besitzenden, aus der eigenen Tasche auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern. Sie zogen es vor, in den Beutel der Konsumenten und Arbeiter zu greifen. Doppelt traf solche nationale Wirtschaftspolitik jedesmal die Tabakarbeiter. Die allgemeine Verteuerung, als Folge der indirekten Steuern, traf sie als Konsumenten, die sorgfältigen neuen Lagen, die man dem Tabak aufbürdete, mitschickten sie als Arbeiter, indem die Arbeitslosigkeit vergrößert wurde, der Lohndruck immer härtere, immer schmerzendere Formen annahm. Nach den Rechnungsergebnissen der Tabakarbeitergenossenschaft betrug zum Beispiel das Durchschnittseinkommen eines Kollarbeiters in der Tabakindustrie im Jahre 1910 sage und schreibe 612 M. Die skandalöse Finanzreform im Jahre 1909, mit der Sonderbesteuerung der Zigaretten, brachte für die Arbeiter eine weitere Verschärfung der unheimlichen Verhältnisse. Die Unternehmer wollten die neuen Lasten nicht tragen, die Konsumenten sehen den Versuch, die Fabrikate direkt oder indirekt zu verteuern, Widerstand entgegen; die meisten Prügel belamen die gequälten Arbeiter. Durch Einführung neuer Maschinen und Flucht in die Heimarbeit suchte man die Produktionskosten zu ermäßigen. Der Effekt dieser „Reformen“ war, daß viele Zigarettenarbeiter die Peitsche der Beschäftigungslosigkeit kosten mußten. So auch bei der „Waldorff-Affäre“, Zigarettenfabrik in Stuttgart. Ein Teil der Entlassenen, ohne Aussicht auf anderweitige Beschäftigung, suchte durch Gründung einer eigenen Fabrik Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Sie gründeten die Tabakarbeiter-Genossenschaft, G. B. m. b. H., TAG-GEN-Zigarettenfabrik, Stuttgart.

Am 18. März 1910 wurde die Produktion mit zwei Arbeitern und einem Betriebskapital von 360 M. aufgenommen. Der bald eintreffende Verkauf schaffte schnell für sechs Personen Arbeitsgelegenheit.

Das ursprünglich als Konsortium gegründete Unternehmen wurde Ende Oktober 1910 in eine eingetragene Genossenschaft m. b. H. umgewandelt. Bei ihrer Gründung zählte die Genossenschaft 17 Mitglieder, die 500 M. einzahlt hatten; Mitte Mai 1912 waren 45 Mitglieder mit rund 2200 M. eingezahltem Betriebskapital vorhanden. Das Stuttgarter Gewerkschafts-Mittel ist mit zwei Mitgliedern an der Genossenschaft beteiligt. Im April 1912 trat der Konsum- und Sparverein Ehlingen a. N. und anfangs Mai 1912 der Spar- und Konsumverein Cannstatt-Feuerbach der Genossenschaft bei, ersterer mit 5, letzterer mit 10 Anteilen. Sachungsgemäß werden voll eingezahlte Geschäftsanteile bis höchstens 4 Proz. verzinst. Der Rest des Reingewinns ist immer dem Reservefonds zuzuführen. Die Genossenschaft unterhält mit der Großhandels-Gesellschaft deutscher Konsumvereine Geschäftsverbindung, ist Mitglied des Verbandes württembergischer Konsumvereine und des Zentralverbandes der deutschen Konsumvereine.

Die Genossenschaft nahm die Produktion am 7. November 1910 mit 16 Arbeitern auf. Am Schluß des ersten Geschäftsjahres (31. Dezember 1910) waren 18 Arbeiter, seit Mitte Mai 1912 in der Fabrikation und Packerei 55 Arbeiter beschäftigt; als Angestellte sind tätig je ein Geschäftsführer, Kassierer, Expedient und Meister. Die Entlohnung geschieht nach einem zwischen dem Deutschen Tabakarbeiterverband und der Genossenschaft abgeschlossenen Tarifvertrag, welcher die wöchentliche Arbeitszeit auf 4 1/2 Stunden festsetzt, Heimarbeit unter allen Umständen ausschließt.

Das erste Geschäftsjahr (1. November bis 31. Dezember 1910) brachte bei einem Abgang von 668 850 Stück Zigaretten und einem Umsatz von 12 234,61 M. einen Reingewinn von 279,99 M. Im zweiten Geschäftsjahr (1. Januar bis 31. Dezember 1911) wurden

7 759 651 Stück Zigaretten produziert und 7 908 700 Stück verkauft. Der Umsatz betrug 126 694,70 M., der Reingewinn 6128,21 M., welcher, wie der des ersten Geschäftsjahres vollständig dem Reservefonds überwiesen wurde. Im zweiten Geschäftsjahre wurden 25 990,71 M. an Löhnen bezahlt. Der durchschnittliche Verdienst pro Stunde und Arbeiter betrug im zweiten Geschäftsjahre 66,5 Pf. Heute beziehen 174 Konsumvereine Zigaretten von der Genossenschaft. Ihre langsame, aber stetige Entwicklung ist eine Bürgschaft für einen ferneren guten Fortschritt.

Wie die Angaben deutlich erkennen lassen, sind die Arbeitsbedingungen bei der Genossenschaft unergleichlich besser als wie in der Privatindustrie. Hier schluckt kein Aktionär Reifendividenden, der etwa erzielte Reingewinn fließt immer wieder der Genossenschaft und der Gesamtheit zu. Im Interesse der Arbeiter liegt es, dort wo es geht, sich der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen.

Gerichts-Zeitung.

Die Revolvertschacht auf dem Webbing.

Silbke gestern den Gegenstand eines Prozesses, der unter Vorsitz des Landgerichtsrats Kroner das Schwurgericht des Landgerichts I beschäftigte.

Wegen versuchten schweren Diebstahls im straffähigsten Rückfalle, Widerstands gegen die Staatsgewalt und versuchten Verbrechens gegen den § 214 (versuchte Tötung bei Begehung einer Straftat, um sich der Festnahme zu entziehen) war der Schneider Max Binder angeklagt. — Wie schon mehrfach mitgeteilt, fand in der Nacht zum 2. September v. J. auf dem Grundstück Müllerstraße 172a zwischen mehreren Einbrechern und den Beamten des Kriminalkommissars Weiland ein heftiger Revolverkampf statt, bei welchem drei Einbrecher über den Haufen geschossen werden mußten und schwere Verletzungen davontrugen. Es handelte sich um die Mitglieder der sog. Webbingkolonne, zumeist schwer vorbestrafte Verbrecher, die mit Ausnahme des jetzigen Angeklagten schon wieder sämtlich im Zuchthause saßen. — Der Kriminalpolizei war mitgeteilt worden, daß der als Gelbführer bekannte Händler Karl Gerlach in Gemeinschaft mit sechs anderen „schweren Jungen“ in der Nacht zum 2. Mai dem Müllerstraße 172a gelegenen Bauwerk in der Nähe eines Besuch abgibt wollten, um hier den Gelbführer auszuraubern. Unterstützung wurde dieses Vorhaben durch den Vertrauensbruch des Nachtwächters Schönbirg von der „Wirtschaftsgenossenschaft der Grundbesitzer“, der mit den Einbrechern unter einer Decke saß und ihnen an jenem Abend sogar die Eingangstüren öffnete. Das ganze Grundstück war inzwischen von Kriminalbeamten besetzt worden, die dann im gegebenen Augenblick aus ihren Verstecken hervorsprangen. Als sich die Einbrecher überrascht sahen, sollen sie ein Schnellfeuer auf die Beamten eröffnet haben, die aus den bereit gehaltenen Browningpistolen das Feuer erwiderten. Einer der Einbrecher, ein gewisser Hupfel erhielt Schüsse in den Rücken und den Oberschenkel, die die Nieren und Eingeweide durchbohrten, ein anderer Verbrecher erhielt einen Schuß in den Arm. Die Einbrecher wurden sämtlich, mit Ausnahme des jetzigen Angeklagten Max Binder, festgenommen und später von der Strafkammer zu Zuchthausstrafen von 8 bis 5 Jahren verurteilt.

Die jetzige Anklage behauptet, daß der Angeklagte Binder mit dem seinerzeit entkommenen Einbrecher identisch ist, der auf der Flucht über ein Nebengrundstück mehrere Schüsse auf den Nachtwächter Ernst Bernhardt von der Scheringischen Fabrik abgegeben hatte. — Vor Gericht bestritt der Angeklagte, überhaupt an dem Diebstahl beteiligt gewesen zu sein. Von Rechtsanwält Dr. Karl Loewenthal ist deshalb nach dieser Richtung hin ein umfangreicher Enlastungsbeweis angetreten worden, der mehrere Stunden in Anspruch nahm. Die Geschworenen verneinten sämtliche Schuldfragen, worauf der Angeklagte freigesprochen wurde.

Surechnungsfähig?

Unter Ausschluß der Offenlichkeit hatte das Schwurgericht des Landgerichts I eine Anklage zu verhandeln, welcher entscheidende Verurteilungen eines Vaters zugrunde lagen. Angeklagt war der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Schuhmodermeister Hermann Kronow.

Wie die mehrstündige unter Ausschluß der Offenlichkeit geführte Beweisaufnahme ergab, hatte der Angeklagte seit 10 Jahren zu seiner jetzt 30jährigen Tochter in straffähigen Beziehungen gestanden. Diesen waren zwei Kinder entsprungen, von denen das eine verstorben ist, während das zweite jetzt 8 Jahre alt ist. Als die Ehefrau des Angeklagten Anzeige erlaten wollte, wurde sie unter Todesdrohungen gezwungen zu schweigen. Der Angeklagte warf ihr hierbei seine Dostentrag um den Hals und versuchte die Frau zu erdrosseln. — Dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß, wurde der Angeklagte unter Verlesung mildernder Umstände zu 4 Jahren und 3 Monaten Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Gibt es Klassenjustiz?

Vor der Strafkammer in Schwabmühlhallen hatten sich am Freitag zwei junge Leute wegen Diebstahls zu verantworten. Jeder von ihnen hatte ein Paar Schuhe gestohlen — aus Not. Doch war die Notlage verschieden. Der eine stahl, weil seine eigenen Schuhe abgerissen waren, der andere, um sein Knapps — Taschengeld aufzubessern.

Der erstere der beiden, der Arbeiter Hermann Schmidt, der aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde, war geständig. Ohne weiteres gab er zu, dem Handelsmann Bothe aus Bölsnit, bei dem er beschäftigt war, aus der Scheune ein Paar Schuhe gestohlen zu haben. Seine eigenen Schuhe waren defekt, und um nicht barfuß herumlaufen zu müssen, habe er sich die Schuhe, die anscheinend nicht gebraucht wurden, genommen. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust. Schmidt war das drittemal rückfällig, seine letzte Strafe betrug fünf Monate Gefängnis. Nicht viel fehlte, und Schmidt wanderte ins Zuchthaus.

Der andere der beiden, der frühere Oberrealschüler Erich Pöhl aus Freiburg, der gegenwärtig bei seinen Eltern ist, war nicht geständig; vielmehr versuchte er mit Hilfe eines Advokaten dem Gerichtshof seine Unschuld nachzuweisen, was ihm aber trotz allerlei Binkelsätze nicht gelang. Es ist eine kleine Pensionärschichte. Im Vorjahre wohnten im hiesigen Pensionat in Freiburg die Oberrealschüler Hans v. Schweinichen, Heinz und Wibe. Ersterer war Zeugwart eines Fußballklubs, dem nur Schüler der Oberrealschule in Freiburg angehörten. Als dieser im März des Vorjahres sein Amt niederlegte, trat der Angeklagte Pöhl an dessen Stelle. Als letzterer die Vereinsentfalten bei v. Schweinichen abholte, passierte ihm das etwas eigenartige Malheur, ein Paar seinem Vorgänger gehörige Schuhe mitzunehmen. Die Schuhe verkaufte er später für 50 Pfennige. Ein gleiches „Malheur“ passierte ihm am 25. Januar d. J. Pöhl bog sich beschuldigt zu seinem in der hiesigen Pension wohnenden Mitschüler Wibe. Auf dem Tische sah er eine Rideluhrkette liegen, die sein Interesse erregte. Spielend ließ er sie durch die Finger gleiten, und als er nach Hause kam, befand sie sich in seiner — Hosentasche. Die Kette mußte er zwar dem Eigentümer wieder zufellen, aber wie sie in seinen Besitz gelangte, wollte er sich gar nicht erklären können. Das Urteil? Wegen Diebstahls in zwei Fällen vier Tage Gefängnis.

Wäre die am 5. Juli in Kraft tretende Strafgesetzbuchnovelle schon in Kraft, so hätte die drakonische Strafe von einem Jahre nicht ausgeworfen werden können, denn nach ihr dürfen Entwendungen oder Unterschlagungen, die aus Not begangen sind, auch im Rückfall nur mit Geldstrafe bis zu 300 M. oder mit Gefängnis von einem Tage bis zu 3 Monaten bestraft werden. Gut, daß das Gesetz solch ungeschwerlichen Urteilen einen Riegel vorgeschoben hat.

Versammlungen.

Die Resultate der letzten Reichstagsession.

Den letzten Vortrag über dieses Thema hielt Reichstagsabgeordneter Genosse Ledebour am Dienstag in einer öffentlichen Versammlung in der „Brauerei Königstadt“, und zwar behandelte er hier die auswärtige und die Kolonialpolitik. Ebenso wie in den Fragen der Militär- und Steuerpolitik siehe auch in dieser Frage die Sozialdemokratie in ausgesprochener Opposition zu der Regierung und den bürgerlichen Parteien, schon aus dem Grunde, weil ja alle diese Fragen in einem inneren Zusammenhang stehen. Unsere herrschenden Klassen sind der Ansicht, daß Deutschland sein Ansehen im Auslande nicht nur durch seinen Einfluß auf fremde Staaten, sondern auch durch Erwerbung größerer eigener Machtgebiete erhöhen müsse. Dieser Gebietsvermehrung mittels der bewaffneten Macht tritt die Sozialdemokratie entschieden entgegen. Die herrschenden Klassen führen zwar für diese Politik Gründe an, die an und für sich nicht abzuweisen sind. Sie behaupten, die Erweiterung der Macht sei deshalb notwendig, weil wir eine Ausdehnung unseres Handels brauchen. Deutschland sei ein Industriestaat, der nicht genug Nahrungsmittel produziere, es müsse deshalb Industrieartikel aus- und Nahrungsmittel einführen. Darum sei es notwendig, fremde Länder unter die Vollmachtigkeit des Deutschen Reichs zu bringen. Zweifellos brauchen wir einen größeren Absatz, als wir heute haben; es ist aber nicht nötig, uns fremde Völker und Länder durch Waffengewalt zu unterwerfen. Das dies nicht nötig ist, geht daraus hervor, daß wir den meisten Handel mit Ländern treiben, wo nicht der Reichsadler weht. Der ganze Handel Deutschlands mit seinen Kolonien beläuft sich auf etwa 100 Millionen Mark, während der Handel mit dem übrigen Auslande das Zweihundertfache beträgt. Dieser Vergleich zeigt, daß der Handel mit fortgeschrittenen, aber nicht mit rückständigen Ländern getrieben werden muß. Es wird ferner angeführt, daß wir uns darauf gefaßt machen müssen, daß fremde Völker über Deutschland herfallen, um es zu unterjochen. Das ist ein absoluter Unsinn. Deutschland ist stark genug, um sich selbst gegen mehrere Mächte zur Wehr zu setzen; es braucht dazu aber nicht diese gewaltigen Rüstungen, sondern ein System der Volksbewaffnung, wie wir es fordern, würde vollständig genügen. Die Politik, die vom deutschen Volk gewünscht und nur von der Sozialdemokratie energisch verfolgt wird, geht darauf hinaus, Frieden mit der ganzen Welt zu halten und die Völker von den ungeheuren Militär- und Marinekosten zu befreien. Als 1910 das Gerücht verbreitet wurde, daß England an die deutsche Reichsregierung mit der Absicht der

Rüstungseinschränkungen heranzutreten sei, fragten die Sozialdemokraten in der Budgetkommission an, was daran wahr sei. Die Reichsregierung bestritt es damals, daß England derartige Schritte unternommen habe. Von dem englischen Minister Asquith wurde daraufhin aber die Erklärung abgegeben, daß dieses doch der Fall gewesen sei, die deutsche Regierung habe es jedoch schon in den Vorverhandlungen abgelehnt, auf diesen Vorschlag einzugehen. Singer und Ledebour haben dann damals den Antrag eingebracht, daß Verhandlungen zwischen Deutschland und England zwecks Einschränkung der Rüstungen angebahnt werden sollen. Dieser Antrag wurde auch noch dahin erweitert, daß die Abschaffung des Seebeuterechts verlangt werden solle.

Es ist anzuerkennen, daß Deutschland auf der Haager Konferenz die Abschaffung des Seebeuterechts anregte. England sah in der Beseitigung des Seebeuterechts nur eine Schwächung der eigenen Position, aber nicht auch eine Schwächung der übrigen Staaten. Wir Sozialdemokraten sagten uns, daß hier ein ausgeglichenes Kompensationsobjekt vorliege, und verlangten, daß die gegenseitige Abrüstung und die Beseitigung des Seebeuterechts zugleich durchgeführt werden sollen. Aber auch mit dieser Forderung sind die Sozialdemokraten im Reichstag fast vollständig allein geblieben; nur wenige bürgerliche Abgeordnete stimmten dafür. Die englische Regierung hat sich später auch schon bereit erklärt, das Seebeuterecht aufzugeben, die deutsche Regierung ist aber immer hochbeiniger geworden. Das erklärt sich aus der imperialistischen Politik, die im deutschen Bürgertum immer mehr Anklang gefunden hat, was die Vorgänge während der Marokkowirren bewiesen haben. Genosse Ledebour schildert nun noch die Vorgänge, wie er im Reichstag dem Minister des Aeußern, Herrn v. Kiderlen-Waechter zu dem Eingeständnis gezwungen hat, die Alldeutschen zu einer Debatte gegen Frankreich ausgeputzt zu haben. Das sei eine verbrecherische Politik gewesen, welche das deutsche Volk nahe an den Abgrund eines Krieges gebracht habe. Belämpft nun die Sozialdemokratie auch die Eroberungspolitik und die gewaltigen Rüstungen, so unterstützt sie aber doch alle Bestrebungen, um den Handel und Verkehr auszubreiten. Sie unterstützt die Politik der offenen Tür, d. h. daß ein Staat diejenigen Handelsmöglichkeiten, die es einem bestimmten Staat gewährt, auch jedem anderen Staat gemähren muß. Als Vertreter des unterdrückten Proletariats sucht die Sozialdemokratie auch darauf hinzuwirken, daß die Eingeborenen der Kolonien, die wir nun einmal besitzen, möglichst Gleichberechtigung erhalten.

Eine andere Frage ist die Mischlingsfrage. In den Tropenkolonien sind die Weissen nur durch eine Handvoll Männer ver-

treten, welche fast alle unehelich sind. Denn Weiße Frauen gehen sehr selten dorthin. Die Folge ist, daß die weissen Männer sich mit den farbigen Frauen einlassen und die Mischlinge auftreten. Verhältnismäßig zahlreich kommen diese Mischlinge vor, wo die Bevölkerung auf einer relativ hohen Kulturstufe steht, in Südwestafrika und in Samoa. Ein Teil der Eingeborenen in Südwestafrika ist schon seit hundert Jahren von den Holländern christianisiert. Diese sogenannten Bastards stehen auf einer höheren Kulturstufe und sind auch in ihrer äußeren Erscheinung, abgesehen von der dunkleren Hautfarbe, sehr wenig von den Weissen zu unterscheiden. Infolgedessen verheiraten sich sehr viele Weiße mit diesen Bastardmädchen. Auch die Samoaner sind ein schöner Volkstamm, wie überhaupt die Bewohner der Südpazifik in der Bildung mit am höchsten stehen. Von den dort lebenden Weissen sind 81 Männer mit Samoanerinnen verheiratet, während nur 15 Männer mit deutschen Frauen verheiratet sind. Jetzt hat nun die deutsche Reichsregierung ein Verbot erlassen, durch das Ehen mit farbigen Frauen unmöglich sind. In Südwestafrika hat man sogar das auferlegte Zusammenleben mit ihnen verboten. Begründet wird dieses Verbot damit, daß man keine Mischlingsbevölkerung heranwachsen lassen will. Dadurch werden die eingeborenen Frauen geradezu in die Prostitution hineingetrieben. Damit vergleiche man die Phrase von der Kulturmission, die man immer in den Vordergrund stellt. Mischlingskinder werden doch noch wie vor geboren werden, nur daß dies nicht in der Ehe geschieht. Diejenigen, welche in solcher Weise die Moral mit Füßen treten, spielen sich in Deutschland als Vertreter des Christentums auf. Die Sozialdemokratie hat den Antrag gestellt, daß dieses Verbot wieder aufgehoben wird, und die Reichsregierung hat eine glänzende Niederlage erlitten, indem dieser Antrag mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Schließlich spielte noch die Frage der Zurückgabe des Hafens in Kauffchau an China eine Rolle während der letzten Reichstagsession. Die Besetzung dieses Hafens kostet dem deutschen Volk jährlich 10 Millionen Mark, während Deutschland nur für zwei Millionen Waren dorthin ausführt, für 3 1/2 Millionen Mark aber einführt. Mit der Zurückgabe würden wir uns aber die Chinesen zu Freunden machen, und das würde ein großer Vorteil für uns sein, wenn China einst das Joch der fremden Mächte abschüttelt.

Diese Politik der Sozialdemokratie, so schloß Genosse Ledebour seine Ausführungen, ist auch positive Politik, die unendlich besser ist als die prälerische Politik, die bisher getrieben worden ist. Mit lebhaftem Beifall dankte die Versammlung dem Referenten für seinen vorzüglichen Vortrag, der leider nicht den Besuch gebracht hatte, wie man es im 6. Wahlkreis voraussehen kann.

Die neue Manoli Kardasch das Beste für 3 Ms

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Sektion Stukkateure!

Donnerstag, den 27. Juni 1912, abends 8 Uhr:

Versammlung

bei Wilke, Sebastianstr. 39.

Tagesordnung:

1. Der Abschluß unserer Lohnbewegung.
2. Gewerkschaftliches.

Es ist notwendig, daß jeder Kollege erscheint.

Die Sektionsleitung.

Von der Reise zurück [109/1*]
Dr. Badt,
Neue Königstr. 32.

Von der Reise zurück
Dr. Keil
Kreuzbän, Berg-, Ede Rosenstraße.

Technikum
Hoppe, Mathienstraße 13.
Prozesse gratis. 204/15*

An diesem Schild sind die Läden erkennbar,



in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Harn-

spez. chron. Haut- u. Frauenleiden
Ehrlich-Hata-Kuren
Schnelle, gründl. Spezialkur.
Behandl. mögl. o. Berufsstörg.
Dr. Homeyer & Co., konz. Spez. Laborator. f. Blutuntersuch. Fäden im Harn etc.
Friedrichstr. 81, gegenüber Sprechst. 10-2, 5-8, Sonnt. 11-2.
Honorar mäß. Teilzahl. gestattet.

Laden, 2 Stuben, Nebengel., mit u. ohne Lagersteller z. 1. 10. zu vermieten Markgrafstr. 74.

Partei - Angelegenheiten.

Tempelhof. Diejenigen Genossen, welche am Freitag bei der Gewerbegerichtswahl bedürftig sein wollen, werden ersucht, sich an genanntem Tage von 6 Uhr ab im Wilhelmigarten, Berliner Str. 9, einzufinden.

Schwabes, Zentken, Miersdorf. Die ordentliche Generalversammlung des Wahlvereins findet heute, Donnerstag, den 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in Zentken im Lokale des Herrn Trill, Seestr. 35 (Waldschlößchen) statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Beratung des Trennungsantrages. 3. Verschiedenes. Der Wahlvereinsvorstand.

Petershagen-Frederdorf. Am Sonntag, den 30. d. M., nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Kunisch, Petershagen, Hennidendorfer Straße: Generalversammlung des Bezirks Petershagen. Tagesordnung: 1. Bericht der Funktionäre. 2. Neuwahl der Bezirksleitung. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen, desgleichen auch auf Beschluß des letzten Jahrestages des Verbandes.

Berliner Nachrichten.

Im Briefselang.

Die herrlichsten Eichen der Mark, „um einen Schuh höher als die anderen im Lande“, reihen sich im Briefselang. Viele Berliner haben so den wundervollen Kiefernwald bei der Königl. Forst bei Birkenwerder gekauft, der von dem schmalen Flüßchen Briefselang durchlaufen wird. Schön ist es auch hier im lieblichen Briefselang, aber der eigentliche, viel schönere Briefselang liegt bei Nauen. Trotz seiner weiten Ausdehnung ist er nur ein Teil großer Waldgebiete, die sich hier bis nach Behlefang und Hennigsdorf erstrecken und leider von Berliner Ausflüglern noch viel zu wenig aufgesucht werden. Freilich gehören gute Fische dazu. Man schafft es, um alles in fatten Bügen und nicht im Fluge mit Hilfe von Kleinbahnverbindungen zu genießen, kaum an einem Tage. Die längere Tour führt zunächst vom Lehrter Vorortbahnhof in einer kleinen Stunde nach Nauen. Man geht dicht bei der Stadt sofort auf die Luchberge oder etwas entfernter auf den Berger Damm. Das ganze weite Gelände zwischen Nauen und dem Walde bis fast nach Friesack und Fehrbellin hinauf ist zur Sicherung gegen Ueberschwemmung von zahlreichen Dämmen durchquert. Diese gewähren eine prächtige Aussicht auf das Havelländische Luch, eine stark an Holland erinnernde Landschaft, die im Frühjahr, wie vor der im letzten Jahrhundert zielbewußt eingeleiteten Aufforstung auch der Briefselang, weit ringsum Sumpf und See ist. Vom Berger Damm über Dreibrüdenweg und Börsede, immer am Luch entlang, oder von Nauen nordöstlich durch die Nauener Stadttheide ist eine Wanderung nach dem „Arämer“, einem brillanten Bauwald, mit dem „Blüener Berg“ überaus lohnend. Zu Füßen des Berges liegt idyllisch Forsthaus Arämerpfuhl, von wo es nach Bahnhof Perwenitz, der wieder nach Nauen verbindet, nicht weit ist. Eine zweite Tagesstour beginnt ebenfalls bei Nauen. Wir gehen über die Chauffeekreuzung hinweg in die Nauener Stadttheide, wenden uns südlich zur Küsterntheide und erreichen in einer Stunde Forsthaus Briefselang, wo die ersten rauschenden Briefselangeichen das hohe Lied der Natur singen. Der Umweg über Nauen sollte nicht gescheut werden. Der Bequemlichkeit wegen wird aber meist die Fahrt direkt in den Briefselang hinein bis nach Bahnhofs Finkenkrug (vom Lehrter Bahnhof 40 Minuten) bevorzugt. Eine breite, schöne Waldchauffee bringt uns in einer Viertelstunde nach dem Villenkolonie Falkenhain, die Fortsetzung der Chauffee nach dem Gartenkolonie Finkenkrug am Rande des Waldes. Mit den Ortsverhältnissen vertrautere Ausflügler bemühen aber gewöhnlich den viel schöneren Weg durch den urwaldartigen Laubwald und durch die „große faule Laake“, doch ist Vorsicht geboten und dieser Weg nach Einbruch der Dunkelheit zu meiden, um nicht abzurutschen und in Sumpf zu geraten. Ein besonderer Reiz des Briefselangs ist auch der ihn von Norden nach Süden durchziehende breite Graben, der einstmalig zu Entwässerungszwecken angelegt wurde, und heute zum Holzflößen dient. Im Frühjahr, wenn auch der Briefselang teilweise unter Wasser steht, kann man sich hier beinahe in den Spreewald versetzt glauben. Weitere Touren führen von Bahnhof Finkenkrug westlich nach der aus lauter Buchen bestehenden Moosbruchtheide und Forsterei Wredow oder über Falkenhain hinaus durch die Bauerntheide nach Forsthaus Damsbrück. So haben wir wieder ein Waldjuwel in der verlästerten Mark umweit des „großen Wasserloches“ an der Spree kennen gelernt, einen köstlichen Naturzauber, von dem der Dichter singt:

Wo Sumpf und Lache längst gebrodelt,
Ist alles in Teppich umgebodelt,
Ein Riesensteppich, blumengeziert,
Viele Weiden im Geviert. . .

Eine Wälderfahrt des Zweckverbandes.

Die Wälder um Berlin als Stätten der Erholung für die Bevölkerung Berlins und der Vororte zu erhalten, ist eine der Aufgaben, die dem Groß-Berliner Zweckverband gestellt sind. Eigentümlich dürfte das dem Fiskus Aufgabe und Pflicht sein, doch leider hat der bisher hierzu eine Haltung eingenommen, wie wenn er nur das als seine Pflicht ansähe, möglichst viel bei dem Wälderkauf herauszuschlagen, den er dem Zweckverband anbietet. Der Fiskus wird nicht so viel kriegen, wie er fordert, aber kaufen wird der Zweckverband müssen, wenn er die fiskalischen Wäldungen um Berlin vor dem Schicksal bewahren will, gerade in ihren schönsten Teilen zu Verkauf ausgeplündert und an Privateigentümer verschachert zu werden.

Der Zweckverband hat bisher noch keine Entscheidung darüber getroffen, welche Waldflächen er für die Groß-Berliner Bevölkerung reiten will. Um Klarheit darüber zu gewinnen, wird er Besichtigungen von Wäldern vornehmen, deren Erhaltung besonders wünschenswert scheint. Die erste dieser Wälderfahrten, die den Waldungen an den Ufern der Havel galt, wurde am Mittwoch ausgeführt. Von den Mitgliedern der Zweckverbands-Versammlung und ihren Erghängern waren etwa die Hälfte der Einladung des Verbandsdirektors gefolgt und hatten sich vormittags um 10 Uhr auf der Strandpromenade des Tegeler Sees eingefunden, um einen bereit liegenden Dampfer der Stern-Gesellschaft zu besteigen, auf dem die geplante Besichtigungsfahrt von Tegel bis in die Umgebung Potsdams gemacht werden sollte. Graue Wolken bedeckten den Himmel und schütteten von Zeit zu Zeit unfreundliche Regenschauer herab, aber noch am Vormittag lichtete sich

das Gewölke, und aus dem Nebeldunst herausstretend entleerte die märkische Wald- und Wasserlandschaft sich in all ihrer Schönheit.

Die Fahrt richtete sich zunächst nach dem Nordende des Tegeler Sees, wo an Land gegangen und ein Spaziergang durch die anregende Waldung gemacht wurde, die der Fiskus in ihren schönsten Teilen nur zu Verkaufspreisen abgeben will, während er die minder schönen Teile dem Zweckverband zu niedrigerem Preise anbietet. Die Vertreter der Regierung, die an der Wälderfahrt teilnahmen und den Mitgliedern der Zweckverbandsversammlung über die Verkaufspläne der Regierung einige Informationen gaben, konnten hier manches scharfe Wort über die Plasmacherei des Fiskus hören. Gerade in der Umgebung von Tegel ist die ungünstigste Erhaltung der gesamten Wäldungen dringend notwendig, weil hier die Bevölkerung der dichtbewohnten nördlichen Stadtteile Berlins ihre Erholung suchen muß. Einzelne Gebiete will der Fiskus überhaupt nicht hergeben, wohl deshalb nicht, weil er ihren Wert noch steigern möchte, um sie später mit um so höherem Gewinn als Verkauf zu können. Bezüglich eines besonders schönen Waldstückes am Wege nach Hermsdorf, das zu diesen als unverkäuflich vorbehaltenen Gebieten gehört, erkannte auch der Landrat von Niederbarnim die Notwendigkeit an, es dem Zweckverband zu sichern.

Nachdem der Dampfer wieder bestiegen worden war, ging die Fahrt durch den ganzen Tegeler See an seinen Inseln vorbei in die Havel hinein und nordwärts bis in die Nähe von Konradshöhe. Gegenüber präsentierten sich Spandau vielumstrittene Küste in diese samt dem angrenzenden Teil des Stadtwaldes, durch deren Verschacherung die Stadt Spandau wohl hat zeigen wollen, daß auch Gemeinden sich auf Plasmacherei verstehen. Der Dampfer wendete dann und brachte die Teilnehmer der Fahrt rasch bis in die Mitte Spandaus, wo an der Schleiße auf zwei kleine Dampfer der Teltower Kreisfahrt umgestiegen wurde.

Nach der unteren Havel ging jetzt die Fahrt. Hinter Pichelswerder öffneten sich die weiten Wasserflächen des waldumsäumten Flusses, von dessen Ufern der Grünewald herübergrünte. Der Fiskus will ihn zu schämen als einen fetten Wiesen, den der Zweckverband ihm bezahlen soll. Von der Höhe des „großen Tiefhorns“, der einem Vorgebirge ähnlichen Landspitze westlich der Einmündung des Wannsees in die Havel, schweifte der Blick zurück über den Fluß und seine prangenden Ufer. Die Teilnehmer der Fahrt waren hier an Land gegangen, um die Schönheit dieses märkischen Landschaftsbildes auf sich wirken zu lassen. Daß die Aussicht vom „großen Tiefhorn“, die in der Umgebung Berlins ihresgleichen nicht hat, nicht zum Privilegium eines reichen Wiesenbesizers wird, sondern der Allgemeinheit erhalten bleibt, ist aufs dringendste zu wünschen. Leider gehört auch dieses Gelände zu den Gebieten, die der Fiskus nur zu Verkaufspreisen hergeben will.

Vorbei an der Pfaueninsel und an Sakhov führten dann die Dampfer die Teilnehmer der Fahrt zum Griebnigsee und durch den kleinen Wannsee zur Eisenbahnstation Wannsee, wo diese Wälderfahrt des Zweckverbandes endete. Sie wird bei den Mitgliedern des Zweckverbands-Parlamentes die Ueberzeugung befestigt haben, daß die Wälder um Berlin vor der Verschacherung an Privateigentümer bewahrt und als Allgemeingut der Groß-Berliner Bevölkerung erhalten bleiben müssen. Wird der Fiskus dabei beharren, das dem Zweckverband durch Forberung maßlos übertriebener Kaufpreise zu erschweren?

Für Karussellbesitzer. Eine Berliner Polizeiverordnung vom 12. Juni 1911 schreibt vor, daß zur Aufstellung von Karussells auf und an öffentlichen Straßen und Plätzen, die zum Verkehr bestimmt sind, eine polizeiliche Erlaubnis erforderlich ist. Ohne diese ist es verboten, in den beteiligten Straßen und Plätzen Karussells aufzustellen. In den beteiligten Straßen wird nun vielfach angenommen, daß die Vorschriften zu weit gehe und insoweit ungültig sei, als sie Karussells auf Privatplätzen, die an öffentlichen Straßen liegen, mit betreffe. Diese Auffassung ist irrig. Es sei hier darauf hingewiesen, daß das Kammergericht wiederholt dergleichen Verordnungen für gültig erklärt hat, darunter auch die erwähnte Berliner Verordnung, weil sie aus verkehrspolizeilichen Gründen erlassen sei. Es nimmt an, daß ein Karussell auch dann verkehrsfördernd wirken könne, wenn es zwar auf unregelmäßigem Privatplatz, aber doch so an der Straße aufgestellt sei, daß man seine Bewegung und den Lärm auf der Straße wahrnehme.

Die Hauspersonalabteilung des Zentral-Arbeitsnachweises, Berlin W., Linstr. 11, hat am 1. April den Versuch gemacht, Auszubildungskurse für Hausangestellte einzurichten. Je einmal in der Woche, abends 7 1/2-10 Uhr, fand der Unterricht in Wäsche (Wollwäsche und Feinwäsche), im Schneidern und im Ausbessern statt. Im Hausfrauen- und Hausangestellten ein genaueres Bild davon zu geben, was in den Kurien gelehrt und erreicht wird, steht der Arbeitsnachweis vom Freitag, den 28. bis Sonntag, den 30. Juni, einige der dort gefertigten Gegenstände aus. Interessenten werden in den Bureaustunden vormittags von 9-12 Uhr und nachmittags von 4-7 Uhr und am Sonntag, den 30. Juni, vormittags von 10-12 Uhr, zur Besichtigung freundlichst eingeladen.

Die Teilnahme an jedem Kursus kostet monatlich 2 M., vierteljährlich 4 M. Anmeldungen werden schriftlich und in den Bureaustunden mündlich entgegengenommen.

Nach Hinterlassung einer Schuldenlast von 200 000 Mark ist am letzten Sonnabend abend der 48jährige Ingenieur und Maschinenfabrikant A. Entzberger, Elisabethufer 44 wohnhaft, mit seiner Frau und seinem Sohne geschnitten. Gegen E., dem Beträgeren in großem Stille, Wälder- und Bilanzführung zur Last gelegt werden, ist bereits seitens der Gläubiger Strafantrag gestellt worden. Ueber die Affäre, die in Brandstiftungen viel Aufsehen erregt, wird gemeldet:

Der Ingenieur A. Entzberger gründete vor etwa 10 Jahren eine Maschinenfabrik mit einem Stammkapital von 50 000 Mark. Die Geschäfte gingen anfangs gut, doch vernachlässigte Entzberger, der sehr noble Passionen besaß und viel auf die Jagd ging, das Unternehmen so sehr, daß die Fabrik vor vier Jahren in eine schwere Krise geriet und der Ingenieur sich genötigt sah, die finanzielle Hilfe seiner Familie in Anspruch zu nehmen. Er verlegte damals die Fabrik nach dem Elisabethufer 44, wo sich auch seine Privatwohnung befand. Da er zudem einen sehr großen Aufwand betrieb, versuchte er sich die nötigen Mittel auf unredliche Weise zu verschaffen. Entzberger fälschte zu diesem Zweck seine Bilanzen und rechnete Geldleuten, die sich auf seine geschickte abgefälschten Interate in den Zeitungen meldeten, große Gewinne vor, die er angeblich in den letzten Jahren erzielt haben wollte. So gelang es ihm, mehrere Geldgeber und Lieferanten um Summen von insgesamt 200 000 Mark zu schädigen. Durch fortgesetzte, sehr geschickte Fälschungen verstand er es, seine Gläubiger hinzuziehen, und durch fortwährende Aufnahme neuer Kapitalien bestreifte er die Ansprüche seiner alten Gläubiger wenigstens einigermaßen. Trotz aller sonstigen Verschwendungen wollten sich die Gläubiger, denen berechtigte Zweifel an der Wahrheit der Angaben E.'s aufstiegen, sich nicht mehr hinhalten lassen und drängten auf Zahlung. Entzberger sah keinen Ausweg mehr und entschloß sich deshalb, Berlin zu verlassen. Schon seit einiger Zeit konnte E. den Arbeitern den Lohn nicht mehr vollständig auszahlen; sogar um die Nutztungsmarken für die Invalidentversicherung prellte er sie. Als die Arbeiter am Sonnabend keinen Lohn er-

hielten, stellte sich heraus, daß ihr Arbeitgeber das Beste gesucht hatte. Bald kamen auch die Gläubiger, die um erhebliche Summen betrogen worden sind. Gegen den Flüchtigen ist Strafantrag gestellt worden.

Töblicher Abflug vom Neubau. Ein Opfer seines Berufes wurde gestern nachmittag der 45 Jahre alte Klempner Herrmann Fouquet, Gleimstr. 24. Auf einem Neubau in der Darnstädter Straße hatte F., mit mehreren anderen Klempnern die Dacharbeiten vorzunehmen. Als er gestern am Rande des Daches die Regentonne regulierte, bog er sich etwas zu weit über den Dachfirst hinweg, verlor dadurch das Gleichgewicht und stürzte kopfüber in die Tiefe. Mit gebrochenem Schädel und schweren inneren Verletzungen wurde der Verunglückte vom Blag getragen. Sterbend lieferte man den Verstorbenen in die Charité ein.

Ein durch das Schießen mit einer Browningspistole verursachter Vorfall ereignete sich gestern vormittag in dem Roabiter Kriminalgericht. In einem Prozeß vor dem Schwurgericht des Landgerichts I kam es darauf an, festzustellen, ob der Angeklagte auch in der Lage ist, mit der linken Hand schießen zu können. Der als Zeuge geladene Kriminalhauptmann Unger wurde hineingerufen und mußte dem Angeklagten seine Browningspistole, nachdem er sie, wie er annahm, entladen hatte, aushändigen, damit mit der Waffe das fragliche Experiment gemacht werden konnte. Als der Kriminalbeamte dann auf dem Korridor vor der Eingangstür zum Schwurgerichtssaal den sogenannten Patronenrahmen in den Pistolenfach hineinschießen wollte, trachte plötzlich ein Schuß. Die Kugel ging nur wenige Zentimeter an dem in der Nähe stehenden Gerichtsbüchse vorbei und schlug in die schwere eiserne Saalkür, in der sie zum Glück stecken blieb. — Die laute Detonation des Schusses rief natürlich in dem Gebäude große Aufregung hervor.

Ein Opfer seines Leichtsinns ist am Montag der Kellner Erich Ohm geworden, der in dem Restaurant „Strandhalle“ am Lehnigsee beschäftigt war. O. hatte am Montag frei und unternahm mit mehreren guten Freunden einen kleinen Ausflug. Die jungen Leute besuchten mehrere Restaurants und begaben sich dann in angeheitertem Zustande nach dem Lehnigsee, um dort ein Bad zu nehmen. Ohm hingte sich an das vor der Badeanstalt liegende Motorboot „Juma“ und ließ sich, als dieses abfuhr, ins Seeplutau nehmen. Nach einer Strecke von etwa 200 Metern verließen den Kellner aber plötzlich die Kräfte und er sank mit einem gellenden Hilferufe in die Tiefe. Der Führer des Motorbootes, der von seinem blinden Passagier gar keine Ahnung hatte, hatte auch von dem Vorfall nichts bemerkt und fuhr weiter. Der Hilferuf war jedoch von der Besatzung des Regierungsdampfers „Lehnig“ gehört worden, die sofort mit dem Dampfer zur Unfallstelle fuhr, wo inzwischen auch mehrere Boote angelangt waren. Nach längerem Suchen konnte aber nur die Leiche des Ertrunkenen gelandet werden.

Auf der Flucht vor ihrem Vater, dem Schuldiener Fink, versuchte in der vergangenen Nacht dessen 18 Jahre alte Tochter Else auf dem Schulgrundstück Hohenlohestr. 10 aus dem Fenster einer Dachkammer in dem einstöckigen Wohnhäuschen des Vektors auf den Hof hinauszuspringen. In ihrer Erregung bekam sie Schreckkrämpfe und blieb dann ohnmächtig auf dem schrägen Fiegelbache liegen. Da das Mädchen jeden Augenblick in die Tiefe zu stürzen drohte, alarmierte das 111. Polizeirevier die Feuerwehr, die die Besinnungslose vom Dache herunterholte und nach der elterlichen Wohnung brachte. Der Vater des Mädchens gibt an, er habe seine Tochter wegen nächtlichen Umhertreibens züchtigen wollen.

Mit 260 000 Mark fähig geworden ist gestern morgen der 39jährige Kassenbote Gustav Wuning, Ueber die Angelegenheit wird folgendes gemeldet:

Die Dresdener Bank läßt jeden Morgen von der Reichsbank die für den Tagesumlauf erforderlichen Gelder holen. Gestern früh wurden 12 Kassenboten nach der Reichsbank geschickt, die etwa 2 Millionen in Gold, Papier und Silber abholen und gemeinsam nach der Dresdener Bank bringen sollten. Einer der Boten, der die Aussicht führte und das Geld in der Reichsbank gezählt hatte, stellte fest, daß die Summe richtig in Empfang genommen war. Nunmehr wurde, wie üblich, auch im Botenzimmer der Bank, das an das Kassenzimmer stößt, das Geld nochmals nachgezählt. Als die Endsumme addiert wurde, bemerkte der Kassierer, daß ihm 260 000 Mark fehlten.

Die Kassenboten, die bei dem Ergebnis zugegen waren, bestritten festig, daß Manos vorhanden sein könnten, da sie die richtige Summe in Empfang genommen hätten. Eine nochmalige Nachzählung ergab dasselbe Resultat.

Zunächst wurde darauf ermittelt, daß ein Kassenbote fehlte, von dem man annahm, daß er nochmals zur Reichsbank gehen mußte und aus Versehen das Geld mitgenommen habe. Während man sich sofort mit der Reichsbank in Verbindung setzte und feststellte, daß der Mann dort nicht angekommen sei, bemerkte der Hauptkassierer, daß der 39jährige Kassenbote Gustav Wuning offenbar verschwunden war. Wie die weiteren Nachforschungen ergaben, hatte er sich, entgegen den Hausgefehen, durch das Portal der Direktion entfernt. Die am Portal befindlichen beiden Portiers bekundeten, daß sie Wuning zurückhalten wollten, dieser aber sich mit Gewalt den Durchgang erzwang, wobei er den Portiers zurief: er müsse eilig zur Reichsbank. Nun wurde sofort die Kriminalpolizei benachrichtigt. Nach den bisherigen Ermittlungen muß Wuning die Tat lange vorbereitet haben. Er hat in seiner Wohnung am Bundesratsufer 11 alles vernichtet, was auf seine Spur führen könnte.

Zehntausend Mark Belohnung hat die Dresdener Bank auf die Ergreifung des flüchtigen Kassenboten Wuning und die Wiederherbeischaffung des ihm gestohlenen Geldes ausgesetzt. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei haben noch keine Spur des Durchbrechens zutage gefördert. Ob er Berlin schon verlassen hat, läßt sich natürlich nicht sagen. Auf den Bahnhöfen, deren Beamte alle mit einer Beschreibung des Diebes versehen worden sind, hat man keine Spur von ihm gefunden. Man rechnet aber immer noch damit, daß er zunächst mit einem Automobil davongefahren sein kann. Für alle Fälle sind auch die auswärtigen Behörden telegraphisch benachrichtigt worden.

Die beiden anderen Durchbrecher, deren Streife in der letzten Zeit Aufsehen erregten, die Kassenboten Haase und Zebell, machten gestern wieder von sich reden. Haase wollte man gestern abend im Schultheiß unter den Linden mit einem Großindustriellen aus München zusammen gesehen haben. Nach einer größeren Rede ließ es, seien beide mit dem Automobil nach München abgefahren. Wie die Ermittlungen ergeben, war allerdings unter anderen Wästen auch ein Großindustrieller aus München im Schutzhelz gewesen, wie das öfter vorkommt. Er hatte auch noch einen Bekannten bei sich gehabt und war auch mit einem Automobil abgefahren, aber nicht nach München, sondern nach einem Vorort. Mit Haase hatte die ganze Geschichte nichts zu tun. Zebell sollte in Charlottenburg haften. Im vierten Revier dort war am Tage der Nacht ein Mann zugezogen, in dem man den Durchbrecher vermutete. Verdächtig war an ihm erschienen, daß er nichts ausging und in den Tag hinein schlief. Die Kriminalbeamten, die der Spur nachgingen, trafen aber nicht den gesuchten Zebell, sondern einen Mann aus Pommern, der hierhergekommen ist, um sich Berlin, auch bei Nacht, einmal etwas näher anzusehen. Mit Zebell hat er nur eine gewisse Ähnlichkeit.

Mit Hyankali vergiftet. Ein Ehedrama hat sich gestern in der Kopenhagener Straße abgespielt. Die 59jährige Ehefrau Gertrud

Oesterreich aus Schwaben hatte infolge eblicher Verwürnisse ihren Mann verlassen und bei ihrer in der Kopenhagener Straße wohnhaften Schwester, die mit einem Kaufmann verheiratet ist, Zuflucht gesucht. Der Ehemann folgte ihr jedoch auch dorthin und es kam nun in der Wohnung der Verwandten wiederum zu einem erregten Austritt. Hierbei geriet die junge Frau in eine derartige Aufregung, daß sie plötzlich Zyanalkali, das sie sich heimlich verschafft hatte, nahm. Bewußtlos stürzte die Lebensmüde zu Boden. Man holte sofort einen Arzt herbei, der die Ueberführung der D. nach dem städtischen Krankenhaus veranlaßte. Dort liegt sie völlig hoffnungslos danieder.

Zu einem Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Wagen der Berliner Feuerwehr kam es am Dienstag nachmittag an der Ecke der Sendel- und Grünstraße. Dort fuhr ein Zug der Linie 87 (Richtung Treptow) gegen den die Kreuzung passierenden Tagesdienstwagen der Feuerwehr. Durch den Anprall wurde der Feuerwehrwagen stark beschädigt, an dem Bahnwagen der Kontrollierfisch zerbrochen und die Schutzweste verbogen. Personen sind glücklicherweise nicht verletzt worden. Eine Betriebsstörung entstand durch den Unfall nicht.

Ein größerer Brand brach gestern nachmittag kurz nach 2 Uhr in der Holzmarktstr. 2 in der Fabrik für Federboas von Julius Israel aus. Der Brandherd lag im Obergeschoß des rechten Seitenflügels in den ausgedehnten Lagerräumen der Fabrik. Bei Ankunft der Wehr war das Feuer schon sehr weit vorgeschritten, so daß sofort mit drei Schlauchleitungen eingegriffen werden mußte, die von Dampfstrahlen gepeist wurden. Die Lagerräume sind größtenteils zerstört. Die Löscharbeiten nahmen längere Zeit in Anspruch. Die Ursache des Feuers ist nicht ermittelt.

Ueberrfahren und getötet wurde gestern nachmittag der 4 Jahre alte Sohn des Arbeiters Schlütke, Kaiserin-Augusta-Allee 52 wohnhaft. Der Knabe scheint am dem Straßenbahn gestoppt zu haben, als er plötzlich unter die Räder eines Arbeitswagens geriet und getötet wurde.

Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich gestern nachmittag bei der Firma Hein, Lehmann u. Co. A.-G. in Reinickendorf zugetragen. Dort waren um diese Zeit Arbeiter beim Einstopfen der Träger beschäftigt, dabei fiel dem Arbeiter Gibinsky ein 8 Meter langer und 28 Zentimeter breiter Träger auf das Schienbein, so daß er den linken Fuß brach und der Knochen gleich 5 Zentimeter durch die Hufe starrte. Nach einem Rotband wurde der Verletzte mittels Krankenwagens ins Reinickendorfer Krankenhaus eingeliefert.

Zeugen gesucht. Personen, die gesehen haben, wie am Mittwoch, den 5. Juni, zwischen 1/8 bis 3/8 Uhr abends, an der Warschauer Brücke ein Mann von einem Polizeibeamten durch einen Säbelhieb über den Kopf schwer verletzt wurde, werden gebeten, ihre Adresse an H. Köpper, Ronnenbamm, Märkischer Steig vorn 2 Treppen, zu senden.

Zwei Badepatete sind am Sonntag im Zuge von Ferner-Schleiflicher Bahnpost vertauscht worden. Umzutauschen bei Vieders, Dittzhauerstr. 20, d. IV.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Eine von rund 1000 Mitgliedern besuchte Generalversammlung der Wahlvereine Lichtenberg und Rummelsburg, die am Dienstag, den 25. Juni, bei Arnold unter Leitung des Kreisvorstandes tagte, beschäftigte sich mit der Verschmelzungsfrage der Parteiorganisation beider Ortsteile.

Nachdem durch die Eingemeindung von Rummelsburg in Lichtenberg in kommunaler Beziehung eine große einheitliche Gemeinde geschaffen wurde, deren Einwohnerzahl 148 200 beträgt (Ortsteil Lichtenberg 90 200 und Ortsteil Rummelsburg 58 000), müssen in Zukunft alle öffentlichen Fragen gemeinsam verhandelt und geregelt werden. Aus diesen und aus allgemein praktischen wie organisatorischen Gründen erklärte sich die Generalversammlung durch einstimmigen Beschluß damit einverstanden, daß fortan beide Ortsteile einen gemeinsamen Wahlverein bilden. Der neugebildete Wahlverein zählt rund 6000 Mitglieder, davon entsfallen circa 4000 auf den Ortsteil Lichtenberg und 2000 auf den Ortsteil Rummelsburg. Als Bezirksleiter wurde der Genosse Otto Jaffe mit 576 Stimmen gewählt gegen 859 Stimmen, die auf den Genossen Oskar Wigle entfielen. Die übrigen Funktionen wurden nach den Vorschlägen der Bezirke fast alle einstimmig per Akklamation gewählt. Den Vorstand, der laut Beschluß der Kreiskonferenz aus 3 Personen bestehen muß, bilden die Genossen Jaffe, Dink und Gabel. Die Versammlung nahm noch Stellung zur Kreisgeneralversammlung und beschloß, folgende Vorschläge zur Besetzung des Kreisvorstandes zu machen: Als 1. Vorsitzender Paul Brühl; 2. Vorsitzender Alfred Kollstedt; Kassierer Rudolf Bühler. Als Revisor soll der Genosse Fritz Berger in Vorrichtung gebracht werden. Weitere Vorschläge für Kreisfunktionäre sollen den kleineren Bezirken im Kreis überlassen bleiben. Anträge zur Kreisgeneralversammlung wurden nicht gestellt, doch wurde auf Anregung des Genossen Grauer der Wunsch ausgesprochen, daß die neugewählte Bezirksleitung noch vor der Delegiertenwahl zum Parteitag eine Versammlung einberufen möge, damit die Mitglieder zu den wichtigen Fragen Stellung nehmen können, die den Parteitag beschäftigen werden.

Genosse Brühl wies am Schluß der Versammlung auf die große Verantwortung hin, dessen sich die Funktionäre und Mitglieder der neugeschaffenen 6000 Mitglieder umfassenden Organisation bewußt sein müßten. Die nächste Aufgabe bestehe darin, daß die Organisation ausgebaut werden müsse. Die Zahlabende seien besser auszugestalten, indem weniger die geschäftlichen Dinge erlerbt, sondern vor allen Dingen mehr grundsätzliche und politische Tagesfragen behandelt werden sollen.

Die neue Organisation habe im Herbst d. J. bei den stattfindenden Stadtverordnetenwahlen Gelegenheit, ihre Feuerprobe zu bestehen. Es müsse ein Wettstreit unter den Genossen entbrennen, unsere Erfolge denen von Neulöbn gleichzustellen, indem nicht nur die ganze dritte Abteilung, sondern auch ein Teil der zweiten Abteilung von uns erobert werde. Dieser und jeder andere Erfolg könne aber nur erzielt werden durch systematische Organisations- und Agitationsarbeit. Dasselbe gelte auch im Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht, indem wir rechtzeitig zu den kommenden Landtagswahlen rüsten. Nicht von Augenblickserfolgen dürften sich die Genossen blenden und leiten lassen, sondern alle ihre Handlungen sowie ihre Agitation stets vom prinzipiellen Standpunkt aus betreiben. In diesem Sinne rufe er der neuen Organisation ein „Gut auf“ des Kreisvorstandes zu. Der begeisterte Beifall der imposanten Versammlung zeigte, daß die Großlichtener Sozialdemokraten gewillt sind, in den kommenden Kämpfen ihren ganzen Mann zu stellen und Schulter an Schulter für die Befreiung des Proletariats zu streiten.

Polizeistaten. Ein ungezügelter Latendrang der Polizei sorgt nicht nur für den geduldeten Ruhm, sondern auch für dauernde Erregung in der Bürgerchaft. Das beweist die Hinfälligkeit der vorurteilslosen Auffassung, es sei die Aufgabe der Polizei, für Ruhe und Sicherheit zu sorgen. Der Eifer eines durch einen roten Lappen wild gewordenen Löwen reicht nicht an die besondere Aufmerksamkeit heran, mit der die Polizei sich auf alles stürzt, was mit der Arbeiterbewegung in Verbindung steht. Am Tage der Reichstagswahl wurden unsere Plakatträger fixiert; das Aergernis erregende Plakat, mit der erfolgreichen Aufforderung, Stadt- wahlen zu wählen, versiel der Konfiskation. Außerdem begnadete

man jeden Plakatträger mit einem Strafbefehl über 1 M. Den Bezirksleiter Jaffe bewertete die Polizei öftmal höher. Dafür hatte man ihm zum Leide eines Aufzuges avancieren lassen. An demselben Tage unternahmen die Beamten noch eine Jagd auf die in Schaufenstern hängenden Plakate mit der Aufschrift: „Wählt Stadttag!“ In einigen Fällen wurde zwecks Eroberung der gefürhten Objekte sogar Gewalt angewendet. Alle Wirte usw., die Plakate ausgehängt hatten, beglückten Strafmandate über 3 M. Nun war man im Zuge, und heißer Begehrt zeigte nach weiteren Erfolgen. Die Gelegenheit fand sich bald. Am 2. Februar war Gewerbegerichts Wahl. Ausgehängte Plakate gaben den Wählern Kenntnis von der Bezirkseinteilung. Andere Mitteilungen oder Bemerkungen enthielt das Plakat nicht. Trotzdem: es versiel dem Konfiskationseifer der Beamten! Ja, so verpißt war man auf große Beute, daß der Razzia auch amtliche Bekanntmachungen des Gewerbegerichts zum Opfer fielen. Eine dieserhalb eingereichte Beschwerde ließ die Polizeiverwaltung dahin beantworten, der betz. Beamte habe das Plakat mit einem „ähnlichen der Gewerkschaft (1) verwechselt“, es sei Vorzorge getroffen, daß „solche Zeitungen“ in Zukunft sich nicht mehr ereigneten. Es gab ja noch andere Möglichkeiten, in stöhlischem Jagen der Rettung des Vaterlandes sich zu widmen. Am Tage vor der Gewerbegerichtswahl wurden Plakate mit entsprechendem Hinweis verbreitet. Wiederum erfolgte Konfiskation — durch Kriminalbeamte. Eine Beschwerde fand keine Gnade vor den Augen des Polizeiobersten. Die Polizei war anscheinend weiter der Ansicht, die Kaiserfeier sei genügend bekannt, einer Bekanntgabe durch Plakate bedürfte es nicht. Da trotzdem welche ausgingen, wurden sie natürlich arretriert und für die betreffenden Lokalinhhaber regnete es Strafmandate; 3 M. war der Maß. Wie in anderen Fällen, hatten Beamte auch bei dieser Gelegenheit erklärt, wer auf Anordnung ohne Widerspruch die Plakate verschwinden lasse, habe keine weitere Scherereien zu befürchten. Das Wort galt nicht; unterschiedslos hagelte es Mandatchen. Zu den strategischen Plänen der Polizei gehörte es sodann, die veranstalteten Kaiserfeierlichkeiten mit Festrede für politische Versammlungen zu erklären, was den Ausschluß der Jugendlichen usw. bedinge. Anscheinend hat der Polizeipräsident in den trotzdem in die Welt gesetzten Festreden nichts Politisches entdecken können, denn er hielt es für geraten, den Nachweis dafür erst gar nicht zu versuchen. Wahrscheinlich war er selbst von der propagandistischen Wirkung seiner Tätigkeit für uns überrascht. Die Morgenversammlungen und Abendfeiern wiesen einen bisher nicht gekannten glänzenden Besuch auf. Die Hilfe der Polizei blieb uns treu und noch größere Erfolge lohnten das Zusammenarbeiten mit verteilten Rollen. Die feierlichen Sommerveranstaltungen des Wahlvereins übten früher gerade keine außer gewöhnliche Anziehung aus. Diesmal war das anders. Man weiß nun: die Polizei ist mittelmäßig. Da will natürlich jeder dabei sein. Bei den Strafmandaten berief sich die Polizei auf § 10, 141 des Preussischen Strafgesetzes vom 12. Mai 1851, monach Druckschriften ohne Genehmigung der Polizei an öffentlichen Orten nicht ausgehängt werden dürfen. Die Bezirksleitung bereite die der Polizei nun des Beznügen, sie um die Genehmigung zu ersuchen, Plakate auszuhängen zu dürfen, die ein für den 22. Juni arrangiertes Sommerfest bekanntgeben sollten. Die generelle Genehmigung wurde jedoch verweigert, den Ansehenden in dankenswerter Aufmerksamkeit die Benutzung der Plakatsäulen empfohlen, im übrigen müsse jeder Lokalinhhaber selbst die Genehmigung einholen. Damit hatte der Polizeipräsident einen Aufzug veranstaltet. Am nächsten Tage gab's einen Sturm auf das Präsidium. Ein Dutzend Lokalinhhaber marschierten an, die Beamten suchten. Schon war das zweite Dutzend da. Jeder wünschte eine Genehmigung zum Plakataushängen. Dann gab's ein Gerenne hin und her, Trepp auf, Trepp ab, man höhe „oben“ Informationen ein. Alles schien in Unordnung geraten. Immer neue Scharen rüdten heran. Die Menge stautte sich auf den Korridoren und Treppen. Die verschüßeren Federn misshandelten armes, unschuldiges Papier, aber man merkte bald, der Präsident hatte die polizeiliche Leistungsfähigkeit überschätzt. Der stetig anschwellende Haufe füllte den Treppengang, quoll weit bis über die Straße hinaus. Der Betrieb wurde reformiert. Im Nachhinein notierte man nur die Namen der die Genehmigung zu einem Plakataushängen Nachsuchenden. Sie würden Bescheid erhalten! Der Schreibdienst jedoch ruhte. Später überbrachten Beamte mündlich die Genehmigung. Nicht allen Lokalinhhabern. Einige, die man wohl vergessen hatte, sahen darin eine Parteilichkeit. Sie erkundigten sich bei anderen Werten. Zu ihrem Erstaunen hörten sie, daß diese auch keine Genehmigung zum Plakataushängen besaßen. Soweit bestand also Gleichheit. Nur ein kleiner Unterschied war doch vorhanden. Sie dürfen ohne Genehmigung Plakate auszuhängen, so viel sie Lust haben — nur keine, die sich irgendwie auf die Arbeiterbewegung beziehen. Nun beharrt man in der Ansicht, die Polizei warte ihres Amtes in bewußter Parteilichkeit. — Aber was! — Jedenfalls war der Erfolg des Festes schon gesichert. Zum Ueberflus verbot die Polizei dem Wirte auch noch die Deforation des Festlokals nebst Garten. Auf Grund einer Beschwerde wurde eine Deforation, die nicht nach außen sichtbar werde, gnädigst erlaubt. Und es klappte großartig. Die höchste Erwartung rechnete auf einen Besuch von circa 3000 Personen, über 10 000 jedoch waren es, die Renten Garten am Sonntag bedürfteten. Aus solcher Saat muß eine prächtige Ernte reifen.

Neben der geschickten, zweifellos sehr erfolgreichen Tätigkeit vergißt die Polizei die auf gleicher Höhe der Genialität stehende gegen die Jugendbewegung nicht. Da reißt sich Lorbeer an Lorbeer. Die letzte große Tat geschah am Montag. Ein krimineller fixierte zwei Jugendliche, die keine Petteil mit einer Einladung zu einer Versammlung verteilten. Weil einer glaubte, er dürfe nach einer Legitimation fragen, nahm ihn der Ordnungsmann einfach an die Kette.

Infolge einer Interpellation unserer Genossen, wird die An gelegenheit heute (Donnerstag) in der Stadtverordnetenversammlung zur Erörterung gelangen.

Neulöbn.

Ein buchführender Einbrecher war gestern in dem 87 Jahre alten Zimmermann Max Schwente aus der Kopstr. 81 in die Behausung des Zimmermanns Krüger in der Thomastr. 86 eingedrungen und gerade dabei, gründlich aufzuräumen, als er ertappt wurde. Auf dem Polizeipräsidium behauptete Schwente, daß er aus Rot gehandelt habe. In seiner Behausung fand man jedoch im Regulator 140 M. bares Geld vor. Außerdem besah der Verhaftete ein Notizbuch, in dem er selbst die schon verübten und noch geplanten Einbrüche verzeichnet hatte. Noch nicht „erledigt“ waren nicht weniger als 80 Verbrechen, die der Einbrecher nach seinen Aufzeichnungen ausschließlich Beamten während ihrer bedauerlichen Urlaubszeit zugebracht hatte, darunter auch einem Kriminalwachmeister. In einem Hause allein hatte sich Schwente sechs Beamte vorgemerket. Die Kriminalpolizei führte den Festgenommenen, der auch gutes Einbrecherwerkzeug aller Art besah, dem Untersuchungsrichter vor.

Der Elternverein für Sport und Wandern unternimmt Sonntag, den 30. Juni, eine Badepartie nach dem Rössensee. Abfahrt morgens 7 Uhr Bahnhof Neulöbn. Treffpunkt für Radfahrer 2 1/2 Uhr nachmittags: Bernsdorfer Restaurant Oderpreetanal. Gönner und Freunde des Vereins sind eingeladen. Der Vorstand.

Schöneberg.

Beim Abbringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen ist gestern das 21-jährige Fräulein Margarete Wellert aus der Tempelhofer Straße 14 schwer verunglückt. Die B. verließ in der Hauptstraße in Schöneberg einen Straßenbahnwagen der Linie 59 während der Fahrt. Sie kam zu Fall und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung. Ein in der Nähe wohnender Arzt leistete der Verunglückten die erste Hilfe und veranlaßte auf Wunsch der Angehörigen ihre Ueberführung nach der elterlichen Wohnung.

In besinnungslosem Zustande wurde gestern abend in der Goltzstraße der 24-jährige Schneidergeselle Adolf Walte aufgefunden. Ein Beamter schaffte den nur noch schwache Lebenszeichen von sich gebenden Mann nach der Unfallstation in der Vorbergstraße, wo der

Arzt feststellte, daß der Eingelieferte durch mehrtägiges Hungern und durch Entbehrungen im Zusammengebrochen war. Erst nach längeren Bemühungen konnte der Erkrankte wieder zum Bewußtsein gebracht werden. Man stößte ihm Nahrung ein und brachte ihn dann, da sein Zustand sehr bedenklich schien, nach dem Schöneberger Krankenhaus.

Steglitz.

Einen für seine Verhältnisse schweren Verlust hat am Sonntag abend, den 22., ein armes Dienstmädchen erlitten. Dasselbe verlor in der Florstraße ein altes, schwarzes Portemonnaie mit ungefähr 10 M. Inhalt. Der Finder wird gebeten, daselbe in der Parteispedition Steglitz, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße, abzugeben.

Tempelhof.

Morgen Freitag finden im Lokal von Pfeifer, Berliner, Ecke Dorffstraße, die Wahlen zum hiesigen Gewerbegericht statt. Wahlzeit ist von vormittags 8 bis 1 Uhr mittags und von nachmittags 8 bis 8 Uhr abends. Die Liste der freiorганиisierten Gewerkschaftler trägt die Nummer 1, während die freien Arbeitgeber ihre Stimmen auf Liste 3 vereinen. Es sei besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Wahl geheim ist. Pflicht der hier tätigen Arbeiter ist es, sich an der Wahl zu beteiligen. Auch die am Ort wohnenden, aber anderwärts in Arbeit stehenden Personen sind wahlberechtigt.

Charlottenburg.

Unter Mitwirkung der Arbeiter-Nachfahrer, Schwimmer, Turner, des Vereins Arbeiter-Jugendheim und des Elternvereins für freie Erziehung findet am Sonntag, den 30. Juni, in den Besamträumen des Volkshauses, Rosinenstr. 3, ein Sommerfest der Arbeiterjugend statt. Die Arbeiterschaft wird gebeten, diese Veranstaltung durch recht zahlreichen Besuch zu unterstützen. Anfang 8 Uhr. Von 4 Uhr ab: Konzert, ausgeführt von Mitgliedern des Berliner Tonkünstler-Orchesters. Dir. Hoffelder. Eintritt 20 Pf., Kinder 10 Pf. Willkür erhältlich bei Segele, Pöhlalozstr. 13, Graeg, Spreestraße 56, sowie in der Stehbierhalle des Volkshauses.

Treptow-Baumschulenberg.

Infolge Masenerkrankung wurde vorgestern mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde und nach Anhörung des zuständigen Kreisarztes die Gemeindevorstande in der Eisenstraße 8 bis zu den großen Ferien geschlossen. Die Maßnahme erfolgte, um dort verbreiteten Infektionskrankheiten, besonders Keuchhusten, Masern und Windpocken, vorzubeugen. Von den Schülern fehlten gestern 85 Proz., und in der untersten Schulkasse erreichte die Zahl der fehlenden Schüler sogar 85 Proz.

Weißensee.

Die Uebernahme der Milch vom Rittergute Dickholz in eigene Regie wurde nochmals eingehend in der Finanz- und Riefelfeldkommission besprochen; das Resultat war, daß mit einer Stimme Mehrheit der am Freitag stattfindenden Gemeindevertreterversammlung empfohlen werden soll, den Lieferungsvertrag mit der Milchzentrale zu kündigen und die Milch in eigener Regie zu betreiben. Die Annahme dieses Antrages im Plenum ist sehr zweifelhaft, da die Herren der neuen fortschrittlichen Fraktion versagen werden. Das hiesige „G. m. b. H. -Organ“ hat in den letzten acht Tagen seinen ganzen Groß und Haß auf unsere in der Gemeindevertretung sitzenden Genossen ausgeschüttet, weil sie bestrebt gewesen sind, der Gemeinde eine auf sicherer Basis ruhende Einnahmequelle zu verschaffen und ferner der Einwohnerschaft zu einwandfreier Milch zu verhelfen. Der geistige Verfasser dieser Artikel ist ein hiesiger angesehener Lehrer, der nebenbei Hausbesitzer ist, und nach Reichsverbandsmannier gegen unsere Genossen losgeht. Als gelegentlich einer früheren Lehreraufbesserung die Gemeindevertreter zu einer Sitzung des Lehrervereins eingeladen waren, da hatte gerade dieser Herr das größte Lob für die Herren Sozialdemokraten. Die Arbeiterschaft kostete aus dem Verhalten des Blattes ihre Schlüsse ziehen und es aus ihren Wohnungen entfernen.

Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich am Dienstag in der Parkstraße 24 ereignet. Die Ehefrau des dort wohnenden Gärtners Ehlers hatte vormittags einen wichtigen Gang zu machen und mußte ihren dreijährigen Sohn auf kurze Zeit allein in der Wohnung zurücklassen. Während der Abwesenheit der Mutter machte sich der Kleine an dem Kochherd in der Küche zu schaffen, auf dem in einem Ziegel Wasser kochte. Dabei rühr er das Gefäß herab, so daß sich die siedende Flüssigkeit über ihn ergoß. Als wenige Minuten später die Mutter zurückkehrte, fand sie ihren Sohn gräßlich zugerichtet, fast leblos auf dem Fußboden liegend vor. Ein hinzugerufener Arzt konnte keine Hilfe mehr bringen; das bedauernswerte Kind verstarb unter seinen Händen.

Potsdam.

Durch das schnelle Fahren eines prinziplichen Automobils wurde gestern abends gegen 8 Uhr ein Berliner Kraftwagen in eine gefährliche Lage gebracht und eine Insassin erheblich verletzt. Der Architekt Paul Meher aus der Reichenberger Straße 35 zu Berlin fuhr mit seiner Frau und dem Ehepaar Ernst Passoth aus der Joachim-Friedrichstraße in Wilmerdorf in dem neuen Fahrzeug nach Potsdam. Der Berliner Wagen fuhr im vorchriftsmäßigen Tempo durch die Straße, während auf der Richtung Glienicke das Auto des Prinzen Sigismund herankam. Der Fond des prinziplichen Wagens war leer. Um das vor ihm fahrende Auto zu überholen, fuhr der Chauffeur in so enger Kurve vorbei, daß der Inhaber des Wagens, Herr Meher, fürchten mußte, es käme zu einer Kollision, wenn er nicht bremste. Er rief darum die Bremse an und durch die plötzliche Hemmung wurde sein Wagen an die Vordschwelle geclaudert und stieß dann mit dem Lichtmast der elektrischen Straßenbeleuchtung zusammen. In die gußeiserne Umhüllung brach das Auto, das sich vorher infolge der eigenen Fliehkraft um die Achse gedreht hatte, ein großes Loch. Dabei ging das linke Hinterrad in Stücke und die Karosserie wurde arg beschädigt. Durch die Wucht des Anpralls wurden die beiden Damen, die im Fond saßen, herausgeschleudert, während sich die Herren vorn festhalten konnten. Frau Meher erlitt einen doppelten linken Unterarmbruch, Frau Passoth blieb unverletzt. Nach Anlegung eines Rotverbandes wurde in einer Berliner Kraftdrofke die Mitfahrt angetreten. Das prinzipliche Auto gehört schon seit langer Zeit zu den den Verkehr gefährdenden Haiern in Potsdam. Es ist der dritte Unfall, der durch dieses Auto entstanden ist.

Aus aller Welt.

Karl der Große und die Polizei.

Unter den Leuten, die augenblicklich den Schutz der Kaiserlichen Polizei genießen, befindet sich seit einigen Tagen eine prominente Persönlichkeit: der Kaiser Karl mit dem Zunamen „der Große“, den deutsche Historiker schon auf der Suche nach einer Heimat nach Aachen verwiesen haben. So erfreulich es nun ist, daß die Heimatsbehörde sich des Namens Liebedorl annimmt, so hat das Verhalten dieser Behörde doch sogar in Aachen Aufsehen erregt. Wie die Aachener Polizei in die Lage kam, den Frankenkaiser unter ihre schützenden Fittiche zu nehmen? Es ist merkwürdig genug, um es zu erzählen! In Aachen lebt ein Mann namens Franz Hertwig. Im Gegensatz zu seinen Aachener Mitbürgern, die sonst nicht viel mit der Literatur im Sinne haben, dichtet Herr Hertwig. Dieser Aachener Dichter hat jetzt ein fünftätiges Schauspiel geschrieben, in dem eine göttliche Person niederen Ranges handelt: Kaiser Karl „der Große“, im Jahre 742 (nach Ansicht der Aachener) in Aachen geboren. Das Schauspiel heißt „Herrn Karls Schwert“, aber es wird dem Titel insofern untreu, indem es sich nicht ausschließlich mit dem Schwert des Frankenkaisers befaßt. Es wird in dem Stücke nicht verschwiegen, daß Herr Karl kein so konsequenter und begeisteter Anhänger der Monarchie war, wie die männlichen Philister von Aachen ihren Gattinnen gegenüber — zu sein be-

No. 61 La Maloja

eine vorzügliche **63 Cigarre**

Neu eingeführt:
Fehlfarben-Sortimente
in besonders preiswerten Mischungen

Fortuna	10 St.	60 Pf.
Hansa	10 St.	75 Pf.
Excelsior	10 St.	1,00 M.

J. Neumann Cigarren-Fabriken
Über 200 Niederlagen in Deutschland!

Theater und Vergnügungen

Theater.
Donnerstag, 27. Juni 1912.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Prater. D. diese Berliner.
Anfang 8 Uhr.
Irania. Durch Dänemark und Südschweden.
Römische Oper. Folligenwald.
Königsgräber Straße. Die fünf Franzosen.
Kurzführeroper. Der Lanzknecht.
Neues. Der liebe Augustin.
Residenz. Alles für die Firma.
Berliner. Große Hoffen.
Schiller O. Hohe Politik.
Schiller - Charlottenburg. Das Kongert.
Neues Operetten. Der Kongert von Sevilla.
Thalia. Antiolethen.
Kleines. Der Unerschämte. Der Arzt seiner Ehre. Der Herr mit der grünen Kravatte.
Metropol. Schwindelmeier u. Co.
Rosa. Nacht und Morgen.
Waffel. Spezialitäten.
Vasage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sönger.
Sanatorium Sonnenstich.
Wintergarten. Spezialitäten.

Freie Volksbühne

Zahlstellenveränderungen: Zahlstelle 7 ist aufgehoben. Die Mitglieder dieser Zahlstelle erhalten ihre neuen Karten bei H. Brückner, Gartenstr. 71. — Neue Zahlstelle (Nr. 7) im Zigarrengeschäft von der Beeck, Müllerstr. 60. — Nr. 39, Tempelhof, jetzt im Zigarrengeschäft bei Th. Richter, Borussiastr. 8. — 60. F. Schaefer, Restaurant, Nollendorferplatz 6. — 63. Kaufhaus Hahn, Alexanderplatz. — 64. W. Conrad, Neukölln, Hermannstr. 50.
Das Propagandaheft kann in allen Zahlstellen für das neue Spieljahr abgeholt werden in beliebiger Anzahl.
Die Mitgliedskarten müssen zum Umtausch gegen die neuen Karten in der alten Zahlstelle abgegeben werden. Ein Anrecht auf die bisher innegehabte Abteilung besteht nur, wenn die neuen Karten bis Anfang August umgetauscht und der erste Beitrag für das neue Spieljahr entrichtet worden ist.
Etwaige Umschreibungen in eine andere Zahlstelle müssen im Juni, Juli vorgenommen werden.
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Metropol-Theater.
Schwindelmeier & Comp.
Phantastisch musikalische Komödie in 3 Akten aus dem Englischen völlig frei bearbeitet von J. Freund. Musik von R. Nelson. U. a. Länge u. B. Bishop. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schütz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Parteitags-Protokolle
gefußt von den Parteitag in
Salle 1890
Berlin 1892
Breslau 1895
Mainz 1900
München 1902
sowie ein Protokoll vom 2. Gewerkschaftskongress.
Ferner werden gefußt folgende Jahrgänge der „Neuen Zeit“
Jahrgang 1 1888
" 2 1884
" 3 1885
Jahrgang 4 1886
" 7 1889
Eingebote mit Preisangabe an die Redaktion der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ in Kiel, Bergstraße 11.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Leffing. Vergnügungsbreit.
Neues Schauspielhaus. Parteitags Nr. 10.
Lustspielhaus. So'n Bindband.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Die feuchte Eselma.
Poltes Caprice. Parfiana-Ensemble.
Walhalla. Um eine Krone.
Anfang 8 30 Uhr.
Luffen. Der Götterbesitzer.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Der Königsleutnant.
Kammerspiele. Mein Freund Teddy.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Anfang 10 Uhr.
Admiralpalast. Fußball: Ivonne.
Sternwarte. Invaldenstr. 57-62.

Die Unfallgefahren in der Holzindustrie

Wander-Ausstellung des Deutschen Holzarbeiterverbandes

vom 23. Juni bis 21. Juli 1912
im Berliner Gewerkschaftshaus, Saal III
Engelufer 14-15

Geöffnet v. 9-1 u. 4-9 Uhr
Sonntags von 9-1 Uhr

Deutscher Holzarbeiter-Verband

IKLA
Intern. Kongress Lebender Abnormitäten.
Die größte Ausstellung lebender Naturwunder von 10 bis 10 Uhr in den Gesamträumen des Passage-Panoptikums.
Eintritt, alles inkl. 50 Pf.
Kinder, Sold. 25 Pf.

Schiller-Theater O.
Wallner-Theater.
Hohe Politik.
Schwank in 3 Akten v. R. Stowcommet.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Hohe Politik.

Schiller-Theater
Charlottenburg.
Das Konzert.
Lustspiel in 3 Akten von Herm. Fabr.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Das Konzert.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Operette von Leo Fall.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Hoffen.
Theater in der Königsgräber Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Residenz-Theater.
8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schwank in 3 Akten von R. Demequin und G. Ritschel.
Morgen u. folgende Tage: Alles für die Firma.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 Uhr.
Nacht und Morgen.
Auf der Gartenbühne:
Juhu! Es ist erreicht! Gr. Revue.

Apollo Theater
Nur noch 4 Tage!
ab 8 Uhr.
10 große Attraktionen.
Karl Edler mit seinem Kollegen „Riki“.
Paul Beckers ufm.

Königstadt-Kasino.
Gde Holzmarkt- u. Alexanderstr.
Täglich: Theater und Varieté.
Anfang wochentags 8, Sonntags 5 Uhr. Vom 16. Juni bis 1. Juli: Erklass. Spezialitäten u. „Rosen a. d. Süden“, gr. Operettenburleske

Hagenbeck's Indien
Tempelhofer Feld
Täglich geöffnet von 11 Uhr vormittags bis 11 Uhr abends.
Haupt-Vorstellungen: 11 1/2, 7, 9 1/2, 11 1/2, 6, 7 1/2 u. 9 1/2 Uhr.
Ab 3 Doppelkonzert unt. pers. Uhr: Roser. Sitzplätze: Loge 2,-, I. Trib. 1,50, II. 1,-, Kinder u. Militär die Hälfte.
Unbeschränkter Aufenthalt.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.; Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Jahres-Abonnement an allen drei Schalterkassen.

LUNA PARK
Das schönste Vergnügungs-Etablissement des Kontinents!
Entree 50 Pf. Bis 6 Uhr Kinder und Zwergstadt frei!

R. Voigts Krampenburg
vis-a-vis Schmückwitz.
Täglich: Extra-Dampferfahrten: vormittags 9 und nachmittags 2 Uhr, von der Jannowitz- und Waisenbrücke. 37925*

Neue Welt
Amerikanischer Vergnügungspark mit großem Gala-Parade-Höhen- und Fronten-Feuerwerk.
Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung. Vollständig neues Programm. Hervorragende Künstler. Sensationelle Attraktionen. Volksbelustigungen aller Art.
Eintritt 50 Pf.

Voigt-Theater.
Gelembdrummen Badstraße 58.
Heute sowie täglich:
Die Tochter der Hexe
Gr. rom. Lustspiel in 5 Akten u. 5 Bildern. Neue Beleuchtungseffekte usw. usw. u. d. große Spezialitäten-Programm. Kassenöffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Union-Theater
Alexanderplatz
Unt. den Linden 21
Moritzplatz
Hasenheide
Wedding
Reinickendorfer Str. 14.
Nur noch heute und morgen:
Den Tod im Nacken.
Drama aus Alaskas Goldfeldern.
Außerdem die übrigen Novitäten des Elite-Programms.

Volksgarten-Theater
Badstr. 8 und Veltmannstr. 20/25.
Täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung
Neues Programm.
Täglich: Flotte Weiber.
Poffe mit Gesang u. Tanz in 4 Akten.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sönger zum Schluss neu:
Sanatorium Sonnenstich.
Burleske von Feyfel.
Anfang Bochert. 8. Sonntags 7 1/2 Uhr.

Sie erhalten **10% Rabatt** von der Anzahlung

Merken Sie sich meine 3 Adressen
Brunnenstrasse 1
Frankfurter Allee 89
Kottbuser Damm 103
Merken Sie sich meine Firma
B. FEDER KREDIT
ohne jede Anzahlung
sehen Sie bei mir oder in anderen Kreditgeschäften ihr Konto erledigt haben.
Für die Reise:
HERREN-Garderobe
DAMEN-Garderobe
KINDER-Garderobe
Damenhüte
Pleureusen, Reiher
Unterwäsche für Herren und Damen
Schuhwaren
Grosse Auswahl in allen Lägern.
Bedienung durch geschult Personal.
Billige, aber streng feste Preise.

Der Schapiroprozeß.

Darmstadt, 26. Juni. (Privattelegr. des „Vorwärts“.)

Nach längeren Auseinandersetzungen wurde von der Verteidigung Hirsch heute zugesagt, daß man Fragen über die bekannten Fälle des Sexuallebens des Beigeordneten Berndt unterlassen wolle. Dann wird auf Grund der Äußerung des Zeugen Professor Hebel als unrichtig festgestellt, daß das Kreisamt die Unterbringung der jugendlichen W. im Heim der Frau Schapiro inhibiert habe.

Zeuge Landgerichtsrat Altendorf soll dem Angeklagten erzählt haben, der Polizeirat Dr. Obstfelder habe ihm erklärt, er könne nichts machen, die Assistentin reiche alles an sich. Dem Zeugen ist nicht erinnerlich, das dem Hirsch mitgeteilt zu haben, wohl aber erinnert er sich, daß Obstfelder ihm etwas Ähnliches gesagt hat. Das habe er aber nur als eine ganz allgemeine Äußerung aufgefaßt.

Apostheler Seiler hat eine Beschwerde über unkorrektes Verhalten der Frau Schapiro geführt. Er hatte ein „Verhältnis“ in seiner Wohnung. Gegen die Hauswirtsin erging eine Kuppelangelei. Frau Schapiro hat in Begleitung eines Schutzmanns das Verhältnis in seiner Wohnung aufgesucht. Dabei sei seitens der Assistentin die Bemerkung gefallen, der Herr hält sich das Mädchen, damit er nicht in den Puff brauche. Frau Schapiro bestreitet diese Bemerkung. Die Sache sei nicht bei ihr, sondern durch die Kuppelangelei auf einem Polizeirevier eingeleitet. Sie sei nur mitgegangen zur Schonung der weiblichen Person, da anzunehmen war, daß das Mädchen noch im Bette lag. Das Mädchen hatte in der Nachbarschaft Kergernis erregt, indem es sich in unanständiger Weise ins Fenster legte. Sie hat dem Beschwerdeführer gesagt, daß ihm die Polizeibesuche noch weiter passieren würden, solange das Mädchen nicht das auffeinerregende Verhalten am Fenster lasse. Sonst ginge sie sein Verhältnis nichts an, sie mische sich nicht in diese Dinge. Seiler habe aber eine Bemerkung gemacht, die sie schwer verlegend empfunden habe, nämlich, er wolle nicht in ein Bordell gehen. Seiler bleibt dabei, daß Frau Schapiro gesagt habe, wir dulden diese Verhältnisse nicht in Mainz. Er bestreitet die von der Assistentin behauptete Bemerkung. Er habe nur gesagt, für ihn sei ein solches Verhältnis moralischer, als wenn er in ein öffentliches Haus ginge.

In dem folgenden Fall dreht es sich um die Behauptung, durch das Eingreifen der Assistentin sei die Frau eines Straßenschreiers krank geworden. Der als Zeuge vernommene Straßenschreier S. behauptet dem entgegen, im Interesse seiner Kinder die Assistentin selbst gebeten zu haben, eine bei ihm eingemietete Stellnerin aus dem Hause zu bringen, die von seiner Frau gehalten werde. Zeugin W. bestätigt, daß zu der Stellnerin tagsüber verschiedenartige Herren, Leutnants, Einjährige, Soldaten gekommen seien. Die Frau des Straßenschreiers behauptet, durch den Besuch der Assistentin sehr aufgeregt gewesen zu sein, so daß sie zwei Tage krank liegen mußte. Es wird festgestellt, daß die Familie drei Zimmer und eine Küche inne hat, in denen außer den Eltern und fünf Töchtern noch die Stellnerin, nachdem ein Logisherr, wohnten. Auf die Frage, ob sie gemeinsam mit dem Logisherrn ihren Ehemann verprügelt habe, verweigert die Zeugin die Aussage. Frau Schapiro und der Beigeordnete Berndt bekunden, daß die Frau

sofort zu schimpfen angefangen habe. Der Mann habe sich bei der Assistentin bedankt, daß sie geholfen, nur sei er fürchterlich verprügelt worden.

Ein Zeuge, Kellner J., behauptet, seine Frau, damals noch seine Braut, sei von der Assistentin auf der Straße gestellt worden, weil sie nicht polizeilich gemeldet war. Dabei habe die Assistentin eine höchst unpassende Bemerkung gemacht. Frau Schapiro kann sich des Falles nicht erinnern. Jedenfalls sei es ganz ausgeschlossen, daß sie ungeschickliche Äußerungen getan habe.

Zeuge Medel, früherer Schutzmann, jetzt Privatdetektiv, gibt zu, vom Angeklagten mit Vermittlungen in seiner Sache beauftragt gewesen zu sein. Bei der Konferenz von Polizeibeamten auf der Bürgermeisterei nach dem ersten Prozeß habe Berndt geäußert, es solle größere Vorsicht in sittenpolizeilichen Sachen angewandt werden. Die Kommissäre und Wachtmeister sollten das den ihnen unterstellten Schulheuten einschärfen. Der Verdacht der Gewerbes- ungnade genüge nicht zur Festnahme. Ebensowenig dürften Liebes- pächchen in Hotels aufgehoben werden, wenn nicht kriminelle Gründe dafür vorliegen. Beigeordneter Berndt bemerkt hierzu, um die polizeilichen Einzelheiten kümmere er sich erst seit dem Eintritt der Assistentin. In der üblichen Polizeikonferenz habe er immer Sachen zur Sprache gebracht, die ihm im Laufe der Zeit als zur Ver- sprechung geeignet erschienen. In Hand von Schulbeispielen aus der Praxis des Alltags habe er die Anwendung der geltenden Polizei- bestimmungen erläutert; da die sittenpolizeilichen Fragen bei dem ersten Prozeß ganz besonders in den Vordergrund gerückt wurden, habe er dieselbe Instruktion, die für die Assistentin recht schien, nochmals wiederholt. Die Absicht einer Verberung der feierlichen Handhabung lag nicht vor; er glaube sogar, gesagt zu haben, es bleibe alles beim alten. — Zeuge Medel gibt zu, Schulheute um Material für den Angeklagten über Dinge ersucht zu haben, die sie nur aus ihrer Amstätigkeit wissen konnten.

Durch eine Witwe A. aus Rombach und zwei Aerzte wird dargelegt, daß die Behauptung unwahr ist, durch das Einschreiten der Assistentin in einer verdächtigen Aneide sei die Witwe A. geistesgestört geworden. Die Witwe ist infolge einer später betriebenen Zwangserziehungsjade ihres 15jährigen Sohnes nervös geworden.

Bei einer früheren Stellenvermittlerin Müller soll Frau Schapiro gewesen sein, um sich eine Stelle als Animierkellnerin zu suchen. Die Zeugin lacht über die Frage und verneint sie ganz bestimmt. Wohl aber sei einmal ein Mädchen zu diesem Zweck bei ihr gewesen mit der falschen Angabe, von Frau Schapiro geschickt worden zu sein. Ein Zeuge, Wirt Richter bekundet, die Polizeiasistentin habe eines Tages in seiner Wirtschaft als angeblühe Kellnerin nach Stellung gefragt. Er will die Assistentin bei einem späteren Zusammentreffen an der Stimme wieder- erkannt haben. Frau Schapiro bestreitet das und stellt fest, daß sie nachher zweimal amlich in der Wirtschaft des Zeugen war, daß A. dabei aber gar nichts von seiner jetzigen Behauptung erwähnt habe.

Eine Zeugin, Fräulein W. will ungeredtfertigterweise mit der Brete J. zusammen fihirt worden sein. Die Assistentin habe ihr Vorwürfe gemacht, sie hätte sich so auffallend auf der Wesse be- nommen, daß sie Lust gehabt hätte, sie zu verhaften. Ihr Vater sei auch auf der Wesse gewesen. Die Assistentin habe ihr weiter gedroht: Wenn ich Sie in einer Gesellschaft sehe, die mit nicht

paht, werde ich Sie verhaften lassen. Frau Schapiro bestreitet diese Angaben, ein Schutzmann habe sie auf die W. aufmerksam gemacht. Die Mädchen hätten sich auf der Wesse so schlimm be- tragen, daß dieser Lust gehabt hätte, sie zu verhaften. Darum habe sie die W. zu sich gebeten, und zwar durch die Schwester einer Freundin. Die Frage des Vorstehenden an die Zeugin W., ob sie ein Verhältnis mit einem Offizier habe und ob sie diesen in der Kaserne und auf dem Zimmer besuche, bejaht die Zeugin.

Zeugin Fräulein St. wurde als Mädchen vor die Assistentin geladen, nachdem ihr eigener Bruder sie der Staatsanwaltschaft denunziert hatte. Auf Veranlassung der Assistentin kam sie dann in das Cäcilienheim des Fräulein von Barner in Wiesbaden gegen ihren Willen. Man habe sie auch im Heim der Assistentin, nachdem sie aufgegriffen worden war, in der Untersuchungsgele von vor- mittags bis nachmittags nach 5 Uhr festgehalten. Frau Schapiro: Neben einer Anzeige von den Eltern des Mädchens war auch von der Zentrale für Jugendfürsorge die Mitteilung eingelaufen, daß das Mädchen der Gewerbesungnade nahegehe. Die Mutter der St. wollte sie unter keinen Umständen mehr nach Hause nehmen, die Assistentin setzte es aber durch, bis sie eine passende Stelle gefunden hatte. Der Bräutigam des Mädchens war damals 17 Jahre und bat ebenfalls, sie in einer Anstalt unterzubringen. In Wiesbaden machte das Mädchen einen Selbstmordversuch. Die Assistentin hat die Leute später nach der Deirat noch mit Geld, Kartoffeln und Kohlen unterstützt. In die Zelle wurde das Mädchen gebracht, weil es schon einmal durchgebrannt war. Zeugin St. erwidert, den Selbstmordversuch habe sie unternommen, weil Frau Schapiro sie von ihrem jetzigen Mann damals habe bringen wollen.

Eine Zeugin, Josefina Br. wurde zur Assistentin geladen und dort gefragt, ob sie Herrenverkehr habe. Sie habe die Frage ver- neint, darauf habe die Assistentin gesagt, sie könne sie untersuchen lassen. Bruder habe sie angefahren, weil sie ihn in seinem Ante verläßt haben sollte. Er habe gesagt, wenn sie nochmal lache, könne er sie durch einen Schutzmann zur Wache bringen lassen. Ueber das Mädchen sind Sittenakten angelegt. Frau Schapiro erklärt, die Br. geladen zu haben, weil sie sich mit der Sch. herumtrieb. Aus Fürsorge habe sie das für ihre Pflicht gehalten, weil sie die Sch. kannte. Sie habe auch neuerdings wieder Veranlassung ge- habt, die Br. zu laden. Die Assistentin bestreitet, der Zeugin da- mals Untersuchung angedroht zu haben. Auf die Frage des Ver- teidigers, ob die Assistentin Auftrag von den Eltern zum Vorgehen hatte, da das Mädchen doch in Stellung sei, erwidert Frau Schapiro, daß es sich hier um einen einfachen Fürsorgefall handelt. Die Eltern werden da nicht benachrichtigt, weil es nicht zweckmäßig ist, den Mädchen zu Hause Unannehmlichkeiten zu bereiten. Ver- teidiger Justizrat Bernstein: Für den Widerspruch der beiden Aus- sagen hinsichtlich des Untersuchenslassens gibt es nur die eine Er- klärung, daß die Mädchen bei dem ersten Prozeß so oft über die Dinge gesprochen haben, daß sie sie nicht mehr auseinanderhalten können.

Rechtsanwalt Cause und Vagenstecher: Ganz unsere Meinung. Frau Schapiro bemerkt noch, daß von 350 Jugendlichen, um die sie sich kümmert hat, in nicht weniger als 140 Fällen es die Eltern oder die Mädchen selbst waren, die aus freien Stücken zu ihr gekommen sind. Am Donnerstag wird die Verhandlung fortgesetzt.

10% Kinder 60% Schuhe 25%

Sie können den realen Preisnachlass selbst nachprüfen, denn jede Sohle trägt den von der Fabrik eingepreßten alten Preis

Saison-Ausverkauf

Beginn:

28. Juni

10-25% Rabatt auf sämtliche braune Leder-, Leinen- und Lastingartikel.



Bis 60% im Preise herabgesetzte Restposten und Einzelpaare.

Ende:

13. Juli

Mit Condor-Schuhen

Commodor für die Frau Fabrik der Schuhwaren „Wunder London“: London York & Lin Long 100 Laginburg

auf in die großen Ferien!

130 Verkaufsstellen. Davon in Berlin und Umgegend:

C. Spittelmarkt 15 (im Teilhaus) C. Rosenthaler Straße 14 W. Potsdamer Straße 60. W. Schillstraße 16

NW. Turmstraße 41 NW. Wilsnacker Straße 22 NW. Beusselstraße 29 N. Friedrichstraße 127 N. Müllerstraße 3

N. Reichenkroner Str. 27 N. Brunnenstraße nur 23 N. Danziger Straße 1 O. Andreasstraße 50 O. Frankfurter Allee 125

SO. Oranienstraße 32 SO. Oranienstraße 2a SO. Wrsingstraße 49 SW. Friedrichstr. 240-241

Charlottenburg: Wilmersdorfer Straße 125-23 Neukölln: Bergstr. 20-21 Potsdam: Brandenburger Straße 54



Todes-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Wahlverein Kreis Niederrhein

Bezirk Reinickendorf-West. **Todesanzeige.** Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gärtner

Peter Potarczyki Waldstr. 53 am Dienstag, den 23. Juni, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 28. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter. Filiale Groß-Berlin.

Durch den Tod ist uns eines unserer Mitglieder, der Kollege **Peter Polarzycki**

welcher im Betriebe des Wasserwerks Tegel beschäftigt war, entzogen worden. 34/14 Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Reinickendorfer Gemeinde-Friedhofes, Humboldtstraße, aus statt. **Die Ortsverwaltung.**

Gesangverein „Einigkeit“ Reinickendorf - West. M. d. A.-S.-B.

Todesanzeige. Am Dienstag, den 25. Juni, verstarb unser treuer und braver Sangesbruder, unser früherer langjähriger Vorsitzender

Peter Polarczyki. **Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 28. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Am Montag, den 24. d. M., verstarb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Mitarbeiter, der Buchbinder

Friedrich Jendry. **Ehre seinem Andenken!**

Das Gesamtpersonal der Vorwärts-Buchdruckerei Paul Singer & Co. Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Am Montag, den 24. d. M., starb nach langem, schwerem Leiden unser früherer lieber Mitarbeiter, der Buchbinder

Friedrich Jendry. **Ehre seinem Andenken!**

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren! **Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co.**

Deutscher Buchbinder-Verband. Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriger Mitglied, der Buchbinder

Fritz Jendry Wendenstraße 2, nach langem, schwerem Leiden verschieden ist. **Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht **24/16 Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Buchbinder-Verband. (Zahlstelle Berlin.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin

Marie Jahn Alte Jakobstr. 1a, nach längerem Leiden verstorben ist. **Ehre ihrem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. Juni, nachmittags 4 Uhr, auf dem Christus-Kirchhof in Mariendorf, Rixenstraße, aus statt. 24/15 Zahlreiche Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Dankjagung.

Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Buchers **Otto Schüneman**

sprache ich den Kollegen sowie den Mitgliedern des Gesangvereins der Bucher hierdurch meinen herzlichsten Dank aus. **Witwe Helene Schüneman.**

Am Montag, den 24. Juni, verstarb nach langem Leiden unser lieber Bruder und Schwager, der Buchbinder

Fritz Jendry. Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 55a Im Namen der Hinterbliebenen **L. Jendry.**

Rixenberg, den 26. Juni 1912

Deutscher Bauarbeiter-Verband (Zweigverein Berlin.)

Am 23. Juni starb unser Mitglied, der Maler

Karl Schulz (Bezirk Roabit). **Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. Juni, nachmittags 4 Uhr, von dem Krankenhaus Roabit, Eingang Bismarckstraße, aus statt. **Der Vorstand.**

Dankjagung.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters **Heinrich Hoppe**

sagen wir allen Beteiligten, insbesondere den Genossen des letzten Kreises sowie den Gastwirten, den Gastwirtsgewerkschaften und dem Gewerksverein der Gastwirtsgewerkschaften unseren herzlichsten Dank. **20A**

Anna Hoppe geb. Hasslack nebst Kindern.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Reinhold Brendel am 23. d. Mts. im Alter von 29 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 27. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Hedwigs-Kirchhofes, Zietenstraße, aus statt. 64/19 Die Bezirksverwaltung.

Zentral-Verband der Töpfer und Berufsgeossen Deutschl. Filiale Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Montag, den 24. Juni 1912, unser Kollege

August Gerstel im Alter von 66 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, vormittags 10 Uhr, auf dem städt. Friedhof in Buchholz. Um rege Beteiligung ersucht **192/16 Der Vorstand.**

Dankjagung.

Für die herzliche Teilnahme und zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters **Friedrich Grunwald**

sagen wir allen Teilnehmern unseren herzlichsten Dank. **23 Witwe Emma Grunwald nebst Kindern.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

Johann Lau am 24. d. M. gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Hedwigs-Kirchhofes in Reinickendorf, Berliner Straße, aus statt. 119/20 Die Ortsverwaltung.

Dankjagung.

Für die herzliche Teilnahme und die zahlreichen Blumenpenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter **Albertine Hoffmeister**

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Genossen des 627. Bezirks sowie den Nachbarn „Florida“ und „Humboldt“ und dem Lotterieverein „Glückstein“ unseren herzlichsten Dank. **20A**

Friedrich Hoffmeister nebst Kindern.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. **Prinzenstr. 41,** dicht am Moritzplatz 10-2. 6-7. Sonntags 10-12. 2-4

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig. Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zuzüglich 2 fettgedruckte Worte). Stellengeseuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Teppiche (Farbenteller), Steppdecken, Gardinen, Inventarverkauf, 10 Prozent Rabatt, Bauerhof, Große Frankfurterstraße 9, parterre.
In freien Stunden, Wochen- und Monatsarbeiten, Bekleidungs- und Schuhwaren, Abonnement monatlich 10 Pf., nehmen alle Ausgabenden des „Vorwärts“ entgegen. Probehefte gratis.
Monats-Garderoben-Gand verkauft preisbillig wenig getragene Sackanzüge, Gehrockanzüge, Einlinganzüge, Seidenkleider, Pelzstücke, etc. eine Teppe. Bitte auf Auszahlung zu achten. **15808***
Teppiche! (Lebende) in allen Größen, ist für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Fährstraße 28, eine Teppe. Bitte auf Auszahlung zu achten. **15808***
Germania 6. Wandbildhaus. Extrabillige Radetzkanäle, Gebroden, anliegende, Sommeraleide, Kervent, Damenmüden, Silberblecher, Bettdecken, Vermittlungsbeit, Kundenerwartungen, Kundenerwartungen, Reichhaltige Gardinenauswahl, Teppichauswahl, Möbelstücke, Steppdecken, Goldschmuck, Silberwaren, Wandbilder, Wandbilder, Wandbilder, Waren, verkauft ebenfalls Sonntag.

Jeht Prozent Rabatt Vorwärts. Sonntag geöffnet.
Teppiche mit Farbenletern 3,25, 3,85, 4,50, 5,75, 6,85, 7,50, 9,25, 12,50.
Salonplätt-Teppiche 13,50, 16,50, 19,50, 22,50, 27,50, 35-38 um. Riesenfabrik, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-fabrik.
Gardinen, Fadretze, Fenster 1,65, 2,35, 2,85, 3,50, 4,50, 6,75 um.
Totalverkauf von angekauften Gardinen, Stores, Teppichen, laufend billig. Große Frankfurterstraße 125.
Tuch- und Plüschportieren, Garnitur 3,25, 3,85, 4,50, 5,25, 5,85, 7,50, 8,50 um.
Steppdecken 3,75, 4,25, 5,65, 7,50, 8,33, 12,55 um.
Möbeldecken mit kleinen Flecken 4,25, 5,50, 6,75, 7,85, 9,35, 11,50 um. G. Heinenberg, Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-fabrik. **16428***
Jintivachsfächer, Jober, Elywannen, Bodenbännen, Spezialfabrik Reichbergerstraße 47, Leiter 5 Proq.
Klappwagen, postbillig, Rollwägel 60. **225/9***
Wachbetten 12,50, zwei Waschstand; Damendelt 16,00, schenkt. **Kaylerstraße 16 II. 225/3***
Zehrbalder verkaufe Möbelbank mit Vertausch. Kaufmann, Reudlin, Klipperstraße 20. **127**
Schreibtische, Schraubtische, Stühle, Jüwelen, Jint, Sandtische verkauft billig **Nieße, Wolgasterstraße 8.**

Schlafzimmer 135,., Eiche 288,., Satin, Birken, Nubagon, große Eleganz. **Rödelstraße Neue Königstr. 5-6. 249/2***
Die in unseren Speicherräumen in Rosen lagernden Möbel, Spiegel, Polsterwaren, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Wohnzimmer, Kücheneinrichtungen gelangen in beiden Geschäften zum preisbilligen Verkauf. Keiner darf solche günstige Kaufgelegenheit verpassen. Kammerling, Kalkstein-Allee 56, Ecke Weinbergweg und Brändstraße 6 (Jannowitzbrücke), Laden. **22906***
Möbel-Ledner, Brunnenstr. 7, am Rosenbühl, Spezial-Rödelhaus auf Kredit und gegen bar. Anzahlungen auf Stühlen und Rücken 20,-, 35,-, 50,-, 75,-, 100,- Mark um. Einzelne Rödelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Bequeme Abzahlung. Stunden, die ihr Konto bequemen haben, eventuell ohne Anzahlung. **Neuer Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Flächen in großer Auswahl. Vorgelegte dieses Inventar erhält beim Kauf von 50 Mark an 5 Mark gutgeschrieben. Auf Wunsch Vertreter. Sonntag von 8-10 geöffnet. **15594***
Möbel (bistrot), Reelle, alte, gut renommierte Firma liefert Möbel unter Direktions auf Teilzahlung. Kellere Rödel werden gegen moderne Möbel eingetauscht. Anzahlung in Raten. Vollgarantie 12, Rohant 22. **14879*
Nach Schluß der Saison finden Sie in unseren drei Spezialgeschäften für bürgerliche Wohnungen, Einrichtungen reiche Auswahl in Musterzimmern jeder Art zu enorm herabgesetzten Preisen. Lebenswert für Brautleute und Pensionäre, Herrenzimmer, Eiche, schwer, Chaiselongue, Lederhülle 231,-, Schlafzimmer 246,-, moderne Wohnzimmern, echt Kirschbaum furniert 192,-, moderne Flächen, adäquat 55,-, Bettstelle mit Patentboden 27,-, Kleiderkasten 24,-. Keine sogenannten Gelegenheitskäufe, nur streng reguläre Ware in erstklassiger Verarbeitung, langjährige Garantie. **Möbelhaus Drahms, Schöneberg, Hauptstraße 60, Roabit, Turmstraße 78, Große Frankfurterstraße 1, am Frankfurter Tor. **15089***
Möbel - Soebel. Deantstrasse (Nördlich) 58, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Besteht aus: 1. Zimmer und Küche 234,-, 336,-, 409,-, 496,-, 568,-, 655,- bis 1000,-. 2. Zimmer und Küche 448,-, 501,-, 571,-, 650,-, 773,-, 867,-, 991,-, bis 2000,-. **Schlafzimmer 194,-, 270,-, echt Eiche 299,-, 350,-, 401,-, Wohnzimmer, modern, 266,-, 318,-, 343,-, 403,-, Speisezimmer, echt Eiche 343,-, 373,-, 462,-, 571,-, Herrenzimmer, englische Bettstelle mit Korb 42,-, Truhen, geschliffen 36,-, Tischstühle 58,-, Umbau 50,-. Befähigung ohne Anzahlung erbeten. 5 Jahre Garantie. **Wohnungsbauvereinigungen. Geschäft 8-8, Rein Laden, Verkauf im Fabrikgebäude. **9528***
Kaufen Sie direkt beim Tischlermeister. Komplett Wohnzimmereinrichtungen in allen Preislagen. Beständige Sie meine Ausstellung. **Darnad, Ersatzstr. 57 (Nördlich). Verkauf nur im Fabrikgebäude. **101/8***************

Schnellster Verkauf einer neuen Kirschbaumviolin mit hochmodernen Rückenmöbeln, sämtliche Verarbeitungsartefakte, **Teppich, 195,00. Händler** gleiches. **Neue Königstr. 66 I. ***
Möbel! für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Wir leisten Anzahlung gegen schon Einnahme und Rücke. In jedem Stück deutlicher Preis. **Ueberverteilung** dabei ausgeschlossen. Bei Kaufabschluss und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rückzahl. **Rödelgeschäft II, Goldhaus, Joffenstraße 38, Ecke Neuenhaustraße. **29018***
3 Zimmer-Wohnung mit Möbeln frankfurterweise zu verkaufen. Zwei Zimmer vermietet, eventuell Mieter übernehmen. **Sofort oder Oktober. **Kottbuserstraße 22, vorn parterre.**
40 Herrenzimmer, eiche, in den modernsten Ausführungen, gelangen zu enorm billigen Preisen zum Sonderverkauf. **Möbelhaus Schäfer, **Königsstraße 25, an der Hochbahn. **14678***********

Platinabfälle, Gramm 5,85, Gold, Silber, Rohngewichte, Stanniol, Quecksilber **läuft Bläuel, Auguststraße 19.**
Rohngewichte, Bahn bis 1,00, Platinabfälle, Goldanfall, höchstzählend, **„Weltfont“, **Hollmannstraße 30. *
Platina, alte Goldschmuck, Silber, **Gewichte, alte Uhren, Kettgold, Goldmatten, Treppen, Quecksilber, sowie sämtliche gold-, silber-, platinhaltigen **Rückstände kauft **Edelmetallhändler **Broh, **Adenauerstraße 29, **Telephon **Königsplatz 6958. **10594***
Rohngewichte, Bahn bis 1,25 Mark, Goldschmuck, Stanniol, höchstzählend. **Rohr, **Neue Königstr. 76. **225/7***
Kaufe Frauenhaare, ausgenommen. **Beste höchste Preise. **Kaffa, **Häpfebach, **Kirchdorf, **Ortstraße 3. ***
Rohngewichte, Bahn bis 1,25, Platinabfälle 5,80, Goldschmuck, Silberwaren, **Stanniolpapier, **Quecksilber, **Zinn, **Kupfer, **Wolframb, **Goldmatten, **Edelmetalle höchstzählend **Edelmetalle, **Einkaufsbureau **Weberstr. 31. **10594***
Rohngewichte in Rauten, Gold, **Silber und Platina läuft pro Bahn bis 50 Pfennig und für **Platina** gabli (den höchsten Preis **Blumenreich **Brunnenstraße 3, **am Rosenbühl Tor. **Telephon **7638***
Damenrad läuft **Kraus, **Andreas- **Kraus 54. **109/7**
Höchstzählend Rohngewichte, **Goldschmuck, **Platinabfälle und **Ultramarin. **Stanniol, **Kirchstraße 14, **Roabit. **10594*

Zimmer.
Möbliertes Zimmer, Herr, **Dresdenerstraße 19, III, **Frau **Wolfe. **10594***
Kleines möbliertes Zimmer, **Königsplatz 2, **Quergebäude III rechts. **10594***
Keine Stube **Bornhorststraße 21. **10594*
Möbliertes Zimmer, allein, 15, **vermietet **Witwe **Hollmann, **Carinens- **Straße 162, **Quergebäude IV. **10594***
Schlafstellen.
Möbliertes Schlafstelle für zwei **Herren, **Köllnische 21, **vorn I, **Rotte. **10594*
Schlafstelle für 1 oder 2 an- **ständige **Küchen bei **Stahl, **Förster- **straße 18. **10594*
Möblierte Schlafstelle, allein, **Freitag, **Gärtnerstraße 25, **vorn I. **10594*
Möblierte Schlafstelle, ein oder **zwei **Herren, **Königsplatz, **Schöneberg, **Reins- **Georgstraße 7. **10594*
Möblierte Schlafstelle, Herren, **vermietet **Westendorf, **Schöneberg- **straße 48, **Bahnhof **Schöneberg. **10594*

Geschäftsverkäufe.

Zigaretten. Sollen Sie ein Zigarettengeschäft eröffnen und reich bedient werden, so wenden Sie sich in Ihrem eigenen Interesse an **Georg **Kolbar, **Kösterstraße 63, **Spezial- **geschäft für **Reinrichtungen. **15138***
Kolonialwaren, Gemüsegüter wegen **Verzug** nach **aufgehoben. **Quintessenstraße 42. **1144**
Kohlengeschäft **frühzeitig** **sofort** zu **verkaufen** **Sonnenburger- **straße 12. **1101**********************

Möbel.
Möbel ohne Geld Bei kleiner Anzahlung geben **Wirtschaften** und einzelne **Stühle** auf **Kredit** unter **äußerer** **Verpfändung**, auch **Waren** aller **Art**. **Für** **ganze** **Dien** **läuft** **bei** **uns**. **Kredit** **mann** **u. **Co., **Koppen- **straße 4. **(Eckelstraße **Bahnhof). **10594***
Möbel-Gelegenheitskäufe, gut **verarbeitet**, viele **Gelegenheitsmöbel**, welche **bedeutend** **unter** **Preis** **find**. **Wohlfahrt 68,., **Schreibisch 48,., **Beispiele 33,., **Truhen mit **Tisch 34,., **Garnitur, **Esca, 2 **Esfel, **Esca 45,., **Kleiderständer 46,., **Adressenbuchung 68,., **Esch, **Witte **Schönebergstraße 32. **10368***
Möbel-Gelegenheitskäufe **post-** **billig**, **neue** **bedeutend** **Einzelmöbel** **und** **ganze** **Einrichtungen, **Schlaf- **zimmer (eiche) 288,., **komplette **Wohnzimmer 182,., **bis 240,., **Chaiselongue 24,., **Esca 38,., **Truhen 33,., **Schreibisch 40,., **Bettstellen 25,., **Möbelauswahl, **Rödelgeschäft, **Neue **Königsstraße 5/6, 4 **Etagen, **Teilzahlung **gestattet. **Kauf **Sonntags. **249/1***

Musikinstrumente.
Pianino, Harmonium, Flügel jeder **Preislage**, **gebraucht** **120,00** an. **Teilzahlung. **Scherer, **Chaussee- **straße 105. **5348***
Pianino verkauft **Stanniol, **Kirchstraße 14, **Roabit. **103/6***
Pianino, gebraucht, 1,25 hoch, **großartiger **Ton. **Hoflieferanten- **fabrikat, 330,., **verkauft **3. **Kantich **u. **Co., **Boisdamerstraße 31. **103/3***
Pianino, hohes, **freuzsaitig, **110,00, **Jander, **Larmstr. 9, II. **(Bormärts- **lefer **Roabit). **103/6

Bilder.
Sie **finden** **Bilder** **nirgends** **billiger** **als** **direkt** **fabrik** **bei** **Bilder- **Bogdan, **Belmerstraße 2. **10058***
Fahrräder.
Fahrradindustrie, **Charlotten- **burg, **Bismarckstraße 62. **Billigste **Bezugsquelle. **Arbeiter- **Kabfahrer **10 **Prozent **Rabatt. **15208*
Erstklassige **Fahrräder, **Monats- **rate 10 **Mark. **Louis **Paris, **Bränd- **straße 10a. **Rein **Laden. **16298*
Herrenfahrrad, **Damenrad, **mit **neu. **35,., **Holz, **Blumen- **straße 44. **10338*
Geschäftsbüro, **Inhalt **Stahl **50,00 **an. **Holz, **Blumenstraße 44. *
Wartenherrenrad 25,00, **Damen- **fahrrad **sofort, **Bedersstraße 42, **Quergebäude. **101/7*
Fahrräder, **Teilzahlungen, **größte **Auswahl, **billigste **Preise. **Köster- **straße 40. **Bilalun: **Steglich, **Schloß- **straße 116. **Blumenstr., **Wand- **straße 100. **Charlottenburg, **Kant- **straße 57. **12038*
Fahrrad 30,., **Streich, **Andreas- **straße 54. **Hof. **103/3*
Brennvorrad, 30,., **Freilauf- **rad **und **Damenrad. **Kraus, **Andreas- **straße 54. **103/3*

Unterricht.
Unterricht **in** **der** **englischen** **Sprache**. **Für** **Anfänger** **und** **Fortschrittliche**, **eigeln** **oder** **im** **Stück**, **wird** **englischer** **Unterricht** **erleitet**. **Nach** **werden** **Uebersetzungen** **angefertigt**. **G. **Evoltant- **Vielbrucht **Charlottenburg, **Stuttgarterplatz 9 **Gartenhaus III. **448***************

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Bauarbeiter, 33 Jahre, **sucht** **Stellung** **gleich** **welcher** **Art**. **Oferien** **unter** **St. **„Vorwärts“ **Expedition, **Rheinsbergerstraße. **121**
Mohrgerber, 18, **sucht **Stellung. **G. **Pokam 31. **225/5*******************

Verschiedenes.

Brand, **aktueller **Humorist, **Lotharstraße 9. **22068*
Patentanwalt **Wesell, **Gütchiner- **straße 94a. **10594*
Patentanwalt **Räder, **Güchiner- **straße 81. **24898*
Kunstoperette **von** **Frau **Kostoff **Schlesien, **Königsplatz 8 III. **10594***
Wandliche **Heinrichstraße 13, **Ede **Wesensalderstraße. **101/12*
Jede **Uhr **zu** **reparieren** **1,25** **(außer** **Bruch), **kleinere **Reparaturen** **billiger. **Marie, **Uhrmacher **und **Nummer, **Brunnenstraße 118, **Ede **Wiedemannstraße. **10268***
Kunstschere **Große **Frankfurter- **straße 67. **23998***
Auffösterung, **Kahagen 4,00. **Sola **5,00, **im **— **außerem **Conse. **Chausseestraße 74, **Schier. **103/2

Wohnungen.
Kronplatz, **Lotharstraße 18 **II. **Wohnzimmer 15. **100/3*
Renovierte **Zweizimmerwohnung, **Bad, **Wohnzimmer, **Loggia **sofort **zu** **vermieten, **Weihensee, **Lebder- **straße 61, **Preis **36 **Mark. **225/5***********************************

Kaufgesuche.
Rohngewichte, **Goldschmuck, **Silber- **abfälle, **Platinabfälle, **Stanniol, **Quecksilber, **höchstzählend, **Edelmetalle, **Dresdenerstraße 133, **nabe **Dramen- **platz. **101/8***************************

Unterricht.
Unterricht **in** **der** **englischen** **Sprache**. **Für** **Anfänger** **und** **Fortschrittliche**, **eigeln** **oder** **im** **Stück**, **wird** **englischer** **Unterricht** **erleitet**. **Nach** **werden** **Uebersetzungen** **angefertigt**. **G. **Evoltant- **Vielbrucht **Charlottenburg, **Stuttgarterplatz 9 **Gartenhaus III. **448***************

Stellengesuche.
Bauarbeiter, 33 Jahre, **sucht** **Stellung** **gleich** **welcher** **Art**. **Oferien** **unter** **St. **„Vorwärts“ **Expedition, **Rheinsbergerstraße. **121**
Mohrgerber, 18, **sucht **Stellung. **G. **Pokam 31. **225/5*******************

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen **Streit** **oder** **Lohn-** **differenzen** **sind** **gebeten:**
Berufsverein der Berliner **Parquetgeschäfte, **Char- **lottenburg, **Waldenstraße. **Für **Parquet- **Arbeiter **die **Firma **Matthay, **Schlesische **straße 32. **10594***
Ergebungsliche **Holzindustrie **in **Brand, **Filiale **Dessauer **Str. 36 **Das **Berliner **Arbeitsgewerkschaften- **vermittlungsbureau **d. **gelben **„Handwerker- **Verbandes“ **Arbeitsnachweis **D. **Wiesmann- **innung **und **der **Wagener- **Arbeiter- **Union, **Kaiser- **Frank- **Wendener- **Weg. **Zugang** **ist** **streng** **fernzuhalten. **Die **Ortsverwaltung **Berlin **des **Deutschen **Holzarbeiter- **verbandes.**

Wohnungen.
Kronplatz, **Lotharstraße 18 **II. **Wohnzimmer 15. **100/3*
Renovierte **Zweizimmerwohnung, **Bad, **Wohnzimmer, **Loggia **sofort **zu** **vermieten, **Weihensee, **Lebder- **straße 61, **Preis **36 **Mark. **225/5***********************************

Kaufgesuche.
Rohngewichte, **Goldschmuck, **Silber- **abfälle, **Platinabfälle, **St**********